

Die Politik der Nationalen Versöhnung in Namibia -

Den Spagat überzogen?

Magisterarbeit zur Erlangung der Würde des Magister Artium der Philosophischen Fakultäten der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg i. Br. (Politikwissenschaft)

Vorgelegt von Tobias Müller im Sommersemester 2002

[Druckoptimierte Version für www.freiburg-postkolonial.de/]

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1. Annäherung an das Thema Nationale Versöhnung in Namibia.....	1
1.2. Aufbau der Arbeit.....	4
1.3. Forschungsstand und Besonderheiten des Themas.....	5
2. Modelle von Nationaler Versöhnung.....	6
2.1. Was ist Nationale Versöhnung? Definition und verschiedene Konzepte.....	6
2.2. Exkurs: Das Beispiel der „Truth and Reconciliation Commission“ in Südafrika.....	11
2.2.1. Zusammensetzung und Aufgaben.....	12
2.2.2. Konzeptueller Rahmen und funktionale Besonderheiten.....	12
3. Nationale Versöhnung und Nation Building.....	15
3.1. Nationale Versöhnung als Maßnahme von Nation Building.....	15
3.2. Nation Building im Prozeß der Dekolonisierung.....	16
3.3. „To Be Born A Nation“: Das SWAPO-Manifest zur Nation.....	17
4. Widerhaken in den Startlöchern- Rahmenbedingungen der unabhängigen Republik Namibia.....	20
5. „Nationale Versöhnung“ in Namibia.....	25
5.1. Der namibische Weg: „Nicht zurückschauen!“.....	25
5.2. Ursprünge und Hintergründe der Versöhnungspolitik.....	28
5.4. Die Entwicklung bis heute.....	39
5.4.2. Die Konjunktur der verschärften Töne.....	51
6. Gelungenes Nation-Building in Namibia?.....	55
6.2. Das Verhältnis Schwarz-Schwarz.....	61
6.2.1. Ovambo-Dominanz?.....	61
6.2.2. „Detainees Issue“: Vom Klotz am Bein der SWAPO zum Stolperstein der Versöhnungspolitik?.....	66
7. Fazit.....	71
8. Literaturverzeichnis.....	74

1. Einleitung

1.1. Annäherung an das Thema Nationale Versöhnung in Namibia

„Nationale Versöhnung“ ist ein Schlagwort mit einer ambivalenten Verbreitung. Politische Nachschlagewerke, zumindest in deutscher Sprache, listen den Begriff in der Regel gar nicht auf. In englischsprachigen Büchern findet sich, wenn überhaupt, ein Vermerk im Rahmen von „Nation Building“. Über diesen Begriff läßt sich zumindest eine inhaltliche Verbindung herstellen.

Und doch dürfte vielen Menschen, die im letzten Jahrzehnt kontinuierlich die Meldungen der Medien verfolgten, "Nationale Versöhnung" etwas sagen. Oft fallen in diesem Zusammenhang weitere Stichworte wie das Ende der Apartheidpolitik in Südafrika, die dort im Anschluß eingesetzte *Wahrheits- und Versöhnungskommission* sowie der Name ihres Vorsitzenden, des charismatischen Erzbischofs Desmond Tutu, weltweit bekannt und respektiert aus seiner Zeit als engagierter Bürgerrechtler und Anti-Apartheid-Aktivist.

Dabei ist Süd- Afrika keineswegs das einzige Land, in dem sich die Frage nach einer - wie auch immer gearteten - Politik der Nationalen Versöhnung stellt oder in den vergangenen Jahren gestellt hat. Gibt man den Begriff in eine beliebige Internet- Suchmaschine ein, tauchen als Antwort (Zehn-) Tausende von Veröffentlichungen auf; über vierzig verschiedene Staaten werden darin erwähnt. Die Mehrzahl von ihnen gehören zu Asien oder Afrika (mehr als 50%), jeder andere Kontinent ist aber ebenfalls vertreten.

Nicht nur die latenten und als solche bekannten Krisenherde wie der Balkan, Nordirland, Israel/ Palästina oder ehemalige Militärdiktaturen in Lateinamerika finden Erwähnung, sondern auch die Vereinigten Staaten wegen der Situation der afro-amerikanischen Bevölkerungsgruppe, Australien wegen der der Aborigines oder das wiedervereinigte Deutschland.

In den ersten Wochen dieses Jahres befand sich Bundespräsident Johannes Rau auf einem Staatsbesuch in Südafrika. Schon im Vorfeld seiner Reise tauchten Berichte auf, dass er im kurz zuvor eröffneten Apartheid- Museum in Johannesburg eine Rede halten wolle. Unter anderem würde er darin " [...] auch auf die Gemeinsamkeiten der Versöhnung zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Schwarzen und Weißen in Südafrika eingehen".¹

So wie es Gemeinsamkeiten zwischen einzelnen Ländern gibt, in denen "Nationale Versöhnung" ein Thema ist, ergeben sich aus einem Vergleich natürlich auch wesentliche Unterschiede, nicht nur was Inhalt und Durchführung einer entsprechenden Politik angeht, sondern auch hinsichtlich der historischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Zurück zu Südafrika: Bevor dort 1994 mit dem Wahlsieg des ANC das Ende der Apartheid offiziell besiegelt wurde, entließ die rassistische weiße Minderheitsregierung 1990 Namibia in die Unabhängigkeit. Dieser Schritt war einerseits das Ergebnis von stark zunehmendem internationalen Druck vor dem Hintergrund der schwindenden internen Machtbasis und wirtschaftlicher Probleme in Südafrika selbst. Andererseits waren ihm Verhandlungen voraus gegangen, die ganz im Zeichen der politischen Großwetterlage in der Endphase des kalten Kriegs standen. Die Unabhängigkeit Namibias vollzog sich quasi im Tausch gegen den Abzug kubanischer Soldaten aus Angola. Von dort - wie auch von Sambia aus - hatte die namibische Befreiungsorganisation South West African People's Organisation (SWAPO) seit den 1970er, bzw. 1960er Jahren den bewaffneten Kampf geführt.

Die ehemalige deutsche Kolonie „Südwestafrika“ war nach dem ersten Weltkrieg unter Mandat der südafrikanischen Regierung gestellt worden. Von der dortigen Apartheidpolitik war das Land dementsprechend im gleichen Maße betroffen, und vor einer vergleichbaren Situation stand es hinsichtlich der internen sozialen Verhältnisse, als die ehemalige Befreiungsbewegung auch hier zum ersten Mal eine schwarze Mehrheitsregierung stellte: Namibia war zerrissen, die eklatanten wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze nur *ein* riesiges Problem. Daneben stand das Vermächtnis jahrzehntelanger rassistischer Unterdrückung, unzählige Opfer von staatlicher Repression inklusive der bekannten Faktoren Verschleppen, Mißhandlung, Folter und Mord. Zehntausende Namibier waren im Laufe des Befreiungskriegs aus dem Land geflohen, in ähnlichen Dimensionen bewegte sich die Anzahl der Veteranen.²

¹ Bittorf, Susanne: Bundespräsident auf Afrika-Reise: Rau sorgt sich um Simbabwe. In: Süddeutsche Zeitung, 21.01.2002.

² Vgl. Preston, Rosemary: Integrating Fighters After War: Reflections on the Namibian Experience, 1989-1993, in: Journal of Southern African Studies, No 3/1997, S. 458: Dort ist von 30- 40.000 Kriegsverletzten die Rede. Frank Gatter führt in seinem Fazit nach 200 Tagen Unabhängigkeit eine UNICEF- Studie an, nach der sich die Zahl der Toten unter schwarzen Namibier auf über 11.000 beläuft, was beinahe 1 % der damaligen Gesamtbevölkerung ausmacht. (Vgl. Gatter, Frank: Die ersten zweihundert Tage, in: issa, Nr. 6/1990, S. 33).

Die von Pretoria aufoktroierte Rassenpolitik hatte zudem bewußt auf Unterschiede und Spannungen der verschiedenen afrikanischen Ethnien gesetzt und diese forciert.³ Große Teile der schwarzen Bevölkerung waren dazu auf der Seite der Unterdrücker in den Kampf mit hineingezogen worden. Ihre wirtschaftliche Situation hatte ihnen keine Wahl gelassen.⁴

Schon hier wird klar, dass sich die postkoloniale Konstellation in der unabhängigen Republik Namibia nicht einfach entlang einer sauberen, gerade verlaufenden Trennlinie in zwei Fronten aufteilen läßt. Es gibt keine zwei klar ersichtlichen Lager, die einander geschlossen und homogen gegenüberstehen.⁵

An dieser Stelle soll bereits dem Eindruck vorgebeugt werden, in dieser Arbeit in irgendeiner Form eine Gleichsetzung der südafrikanischen Politik in Namibia und des Widerstands dagegen - sei es als Ganzes oder in einem seiner Teile- vorzunehmen. Die Karten zwischen repressiv und libertär gesinnten Protagonisten waren hier klar verteilt!

Dessen ungeachtet ist es eine Tatsache, dass auch interne Auseinandersetzungen innerhalb der SWAPO nicht nur verbal, sondern auch mit den Mitteln des Verschwinden-Lassens sowie der Internierung geführt wurden, und auch Folter und Mord waren keineswegs Einzelfälle. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre mußte vor allem die breite internationale Unterstützer- Szene die Pille dieser bitteren Erkenntnis schlucken. Gerüchte, die zuvor latent kursierten und immer wieder für Zweifel gesorgt hatten, konnte die SWAPO bis dahin weitgehend zerstreuen.

Die Frage nach dem Umgang der Befreiungsorganisation mit ihren - tatsächlichen oder vermeintlichen - Dissidenten und Spionen hat allerdings maßgebliche und sehr erschwerende Auswirkungen auf die Politik der Nationalen Versöhnung in Namibia. Auch und gerade in diesem Bereich mußten sich alle Beteiligten inzwischen von einer vereinfachten Sichtweise "Schwarz gegen Weiß" verabschieden. So wie diese nicht die einzige Konfliktlinie blieb, so liegt auch heute nicht der einzige Graben zwischen verschiedenen Hautfarben.

³ Vgl. Dollie, Na-iem: A political Review of Namibia. Nationalism in Namibia, Windhoek 1998, S. 124/126:

Während der Zeit der südafrikanischen Verwaltung Namibias wurden traditionelle Eliten teilweise wiedereingesetzt. Im Zeichen der "Pseudo- Unabhängigkeit" war das Land in "Bantustans" genannte Administrationsbezirke unterteilt, die die Funktion von Reservaten hatten. Diese Einrichtung diente nicht zuletzt der (geographischen) Begrenzung und Balkanisierung des schwarzen Nationalismus als Gefahrenquelle der weißen Hegemonie.

⁴ Vgl. Preston (1997), S. 456: Preston nennt die Zahl von etwa 9.000 Namibiern, die in den "ethnischen Bataillonen" der South West African Territorial Force (SWATF) beschäftigt waren, der für Namibia "zuständigen" Abteilung der südafrikanischen Armee. Diese erzwungene Kollaboration erklärt sich einerseits mit der Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Status, der den von extremer Armut geplagten Soldaten in Aussicht gestellt war. Schätzungen zufolge kamen außerdem auf jeden in den ethnischen Bataillonen Beschäftigten fünf weitere Menschen, die von seinem Sold direkt abhängig waren.

Siehe auch Melber, Henning: Die Dekolonisierung Namibias, in: Jahrbuch Dritte Welt 1990, München 1989, S. 214/215: Für die 1980 gegründete SWATF wurde außerdem eine Wehrpflicht unter der afrikanischen Bevölkerung Namibias eingeführt.

Preston (s.o.) zufolge hatte dagegen die Entscheidung, sich der People's Liberation Army of Namibia (PLAN), dem militärischen Arm der SWAPO, anzuschließen, keine finanziellen Motive; mögliche Ambitionen in diese Richtung dürften ebenfalls nicht hoch gewesen sein.

Balch und Scholten führen daneben das Beispiel *Koevoet* (afrikaans für "Brechtange", wörtlich "Kuhfuß") an. Auch bei dieser berüchtigten Todesschwadron der SWATF verdingten sich schwarze Namibier unter dem Kommando südafrikanischer Polizisten. In ihrem Aufsatz verweisen die Autoren auf Berichte, nach denen die Mitglieder dieser speziellen Aufstandsbekämpfungstruppe für einen Mord einen Betrag erhielten, der bis dreimal über ihren normalen Bezügen lag. (Vgl. Balch, Jeffrey/ Scholten, Jan-Nico: Namibian Reconstruction and Reconciliation: Putting the Horse before the Cart, in: Review of African Political Economy, No 49/ 1990, Seite 87.)

Joachim Becker (1989) spricht im Zusammenhang mit der zunehmenden Involvierung der namibischen Bevölkerung gerade auf südafrikanischer Seite von einer „Namibianisierung des Kolonialkrieges“. (Vgl. Becker, Joachim: Vor einem schwierigen Übergang. Kolonialwirtschaft wie aus dem Lehrbuch: Begrenzter Handlungsspielraum für ein unabhängiges Namibia, in: issa, Nr. 5/1989, S. 21).

⁵ Allerdings zogen und ziehen sich infolge dieser Namibianisierung des Konflikts die Trennlinien durch viele Familien. Als sehr bekanntes Beispiel sei hier nur der Fall des ersten Außenministers des unabhängigen Namibia genannt: Ein Cousin Theo- Ben Gurirabs hatte auf Seiten der PLAN gekämpft, während sich ein anderer Koevoet angeschlossen hatte. Vgl. Balch/ Scholten (1990), S.87.

In dieser Arbeit soll ein detaillierter Blick auf Ziele, Inhalte und Ergebnisse in mehr als einem Jahrzehnt Versöhnungspolitik in Namibia geworfen werden.

Wer sind ihre Akteure, welche Maßnahmen, aber auch welche rhetorischen Mittel oder symbolischen Akte machten und machen sie aus, welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bevölkerung des Landes, und wie wurde sie über Jahre bewertet?

Gibt es eine inhaltliche Kontinuität, oder treten rückblickend Brüche oder Richtungsänderungen auf? Welcher Stellenwert kam und kommt der Versöhnungspolitik in Namibia zu?

Auch Hintergrund und Rahmenbedingungen spielen gerade in einem Land, das ein Jahrhundert lang in unterdrückerischer Abhängigkeit von verschiedenen Besatzungsmächten gehalten wurde, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ihr Einfluß auf und Wechselwirkung mit rein internen Faktoren sind für eine solche Analyse unerlässlich und werden deshalb miteinbezogen.

Im Zentrum steht dabei die Frage nach der (Un-) Möglichkeit einer Politik der Nationalen Versöhnung in einer Gesellschaft, die derart gespalten in ihre politische Unabhängigkeit ging. Greift das Konzept von Aussöhnung und Kompromiß; ist es geeignet, um die Vergangenheit zurückzulassen, und wird es den Ansprüchen der einzelnen Bevölkerungsgruppen gerecht?

1.2. Aufbau der Arbeit

„Nationale Versöhnung“ ist ein relativ weit gefaßter und daher unscharfer Begriff. Er kann sehr verschiedene, ja gegensätzliche Inhalte zusammenfassen. Aus diesem Grund werden die verschiedenen Konzepte zunächst vorgestellt (2.). Über den Begriff der Versöhnung als solches wird gezeigt, was *Nationale* Versöhnung bedeutet und welche grundlegenden Varianten in verschiedenen Ländern praktiziert worden sind. Anhand von Schlüsselbegriffen und –kriterien lassen sich diese voneinander unterscheiden (2.1.).

Besondere Bedeutung kommt dem Beispiel Südafrikas zu. Die dortige „Truth and Reconciliation Commission“ (TRC) ist wohl das versöhnungspolitische Instrument, das in den letzten Jahren die größte Medienpräsenz hatte. Eine Untersuchung, die im Hinblick auf die gesamte Arbeit nur kurz und daher nur als Exkurs gehalten werden kann, bietet sich wegen der unmittelbaren Involviertheit Südafrikas in die namibische Frage sowie vor allem wegen der vergleichbaren Auswirkungen der Apartheid an.

Kapitel 2.2. faßt Zielsetzung, Konzept und Modalitäten der TRC zusammen und fragt nach ihrer Bewertung während sowie nach ihrer Arbeit. Auf dieser Grundlage werden später die Besonderheiten der namibischen Versöhnungspolitik deutlicher hervortreten.

In Kapitel 3. wird auf den Zusammenhang zwischen „Nationaler Versöhnung“ und Nation-Building eingegangen: Welche Bedeutung kommt der Versöhnung im Rahmen des Nation-Building- Prozesses zu, und was kann sie zu diesem beitragen (3.1.)?

Der Rolle von Nationaler Identität während des Befreiungskampfes und darüber hinaus der Ambivalenz von Nation Building im Dekolonisationsprozess widmet sich Kapitel 3.2.

Im Anschluß daran wird ein zentrales Dokument des namibischen Befreiungskampfes vorgestellt, in dem die SWAPO die Geburt und Einheit der Nation propagiert. Abgerundet wird dieser Punkt durch eine Kritik dieses Textes kurz vor der Unabhängigkeit (3.3.)

Da die Art und Weise, wie Versöhnungspolitik in Namibia umgesetzt wurde, nicht losgelöst von der sozialen und ökonomischen Realität des Landes und vor allem derjenigen seiner Bevölkerung betrachtet werden kann, geht das 4. Kapitel genau auf diese Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit ein. Diese stellen eine Bezugsgröße dar, um im Verlauf der nächsten Jahre den Erfolg der Versöhnungspolitik beurteilen zu können. Gelegentlich wird dabei auf Daten zurückgegriffen, die aus den letzten beiden Jahren vor Beginn des Transitionsprozesses Namibias stammen oder aber aus den frühen 1990er Jahren, wenn für 1989/90 selbst keine Zahlen verfügbar waren.

Der Hauptteil der Arbeit dreht sich schließlich um die Politik der „Nationalen Versöhnung“ selbst (5.). Hier wird zunächst ihre ideelle Grundrichtung skizziert und damit deutlich gemacht, was dieses Modell von anderen unterscheidet (5.1.).

Danach verlagert sich der Focus auf die –keinesfalls nur internen- Hintergründe namibischer Versöhnungspolitik: Worauf basiert sie; welche konkreten Begebenheiten waren entscheidend, dass gerade dieser Weg eingeschlagen worden ist (5.2.)?

Die einzelnen Maßnahmen und Bestandteile werden unter 5.3. weitestgehend anhand der namibischen Verfassung vorgestellt, die gemeinhin als Grundlage der Versöhnungspolitik angesehen wird.

Kapitel 5.4. zeigt auf, welche Entwicklung diese Politik im weiteren Verlauf genommen hat. Dabei geht es zuerst um die Frage, ob sich diese eher linear vollzogen hat oder aber an einer bestimmten Stelle eine einschneidende Änderung aufweist (5.4.1.). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die regierende SWAPO bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1994 die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittel- Mehrheit gewann. Dadurch hatte sie die formalen Voraussetzungen um wesentliche versöhnungspolitische Elemente umzugestalten. Im Rahmen dieser Fragestellung rücken einzelne Kernaspekte genauer in den Blickpunkt: die sozio-ökonomische Lage, die Situation der ehemaligen Befreiungskämpfer und die so komplizierte wie maßgebliche Landfrage.

Schließlich wird die Situation in den ausgehenden 1990er Jahren unter die Lupe genommen, die von verstärkter innenpolitischer Konfrontation und Repression gekennzeichnet ist. Welche Rückschlüsse lassen sich dadurch auf den Verlauf der Versöhnungspolitik ziehen (5.4.2.)?

Das 6. Kapitel geht schließlich der Frage nach, inwieweit Namibia als Beispiel für ein erfolgreiches Nation- Building gelten kann. Aufgrund der eingangs erwähnten Konstellation – hier liegt nicht allein eine eindimensionale Schwarz- Weiß- Problematik vor - wird sie entsprechend differenziert untersucht.

So beschäftigt sich Kapitel 6.1. mit dem Verhältnis von schwarzer Mehrheit und weißer Minderheit, während Kapitel 6.2. die Situation innerhalb der afrikanischen Bevölkerung des Landes behandelt. Dabei ist vor allem die Bedeutung ethnischer Identitätsmuster im Zusammenhang mit einer vielzitierten Dominanz der größten Volksgruppe, der Ovambo, maßgeblich (6.2.1.) sowie andererseits das heikle Thema des Vorgehens der SWAPO gegen ihre eigenen Mitglieder.

Letzteres schließt die Untersuchungen im Rahmen der Fragestellung ab (6.2.2.), bevor das Fazit, orientiert an den oben genannten Gesichtspunkten, die Ergebnisse zusammenfasst, aber auch die Meinungen anderer Kommentatoren miteinschließt (7.).

1.3. Forschungsstand und Besonderheiten des Themas

Die Hauptschwierigkeit bei einer Analyse der namibischen Versöhnungspolitik liegt darin, dass es keine gesonderten Veröffentlichungen speziell zu diesem Thema gibt.⁶

Insofern mußte ich mich auf zahlreiche Artikel, Aufsätze und Übersichten stützen – letztere zumeist mit Untertiteln wie „Namibia ein, drei, fünf ... (etc.) Jahr(e) nach der Unabhängigkeit“, die einen Gesamtüberblick über die Entwicklung des Landes nach 1990 geben. In diesem Zusammenhang sei Henning Melbers Buch „Ten Years of Independence“ (Windhoek, 2000) erwähnt, das diesem Anspruch keineswegs als Einziges, aber in besonderer Weise gerecht wird.

Besagte Aufsätze und Artikel – bei denen sich, Quantität wie Qualität betreffend, vor allem die Zeitschrift „issa“, bzw. ab 1995 „afrika süd“ hervorhebt - behandeln die namibische Versöhnungspolitik und damit zusammenhängende Aspekte vor allem in den ersten Jahren nach

⁶ Dementsprechend lassen sich auch keine klassischen „Standardwerke“ auflisten. (T. M.)

der Unabhängigkeit. Aus dieser Zeit stammen auch einige Veröffentlichungen, die diese als zentrales Thema haben.

Im Umkehrschluß läßt die Tatsache, dass „Nationale Versöhnung“ in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre meist nur noch als ein Gesichtspunkt unter mehreren anderen auftaucht, vermuten, dass dem Thema, in Namibia selbst wie auch in der internationalen Aufmerksamkeit, nicht mehr die Bedeutung zukommt wie noch in der ersten Zeit nach der Unabhängigkeit.

Eine Folge davon ist, dass die Informationen aus späteren Jahren weniger detailliert sind; beispielsweise konnte ich keine Angaben mehr zu der Zusammensetzung von Regierungskabinetten oder der SWAPO- Fraktion in der Nationalversammlung nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen finden. Dieser Aspekt hatte zuvor auch einen hohen Symbolwert als Indikator der Versöhnungspolitik.

Eine Ausnahme bildet natürlich der so heikle wie wesentliche Punkt der „detainees“⁷, der gerade ab 1996 wieder sehr aktuell und Gegenstand vieler Debatten und Veröffentlichungen war.

Ansonsten taucht „Nationale Versöhnung“ häufig im Zusammenhang mit der Handhabung der Landfrage oder den fortbestehenden extremen sozialen Gegensätzen auf; eine Verbindung, die hier auch entsprechend thematisiert werden soll.

Ein grundsätzliches Problem ist, dass trotz der Vielfalt an relevanter Literatur Stimmen aus Namibia selbst deutlich zu kurz kommen. Es wäre wünschenswert gewesen, öfter auf Quellen wie die mehrfach zitierten John Shangula oder Bience Gawanas zurückgreifen zu können.

So taucht leider die Perspektive der namibischen Bevölkerung vorrangig im Spiegel „westlicher“ Berichterstatter auf, von denen sich glücklicherweise immerhin einige durch ihre engagierte, kritische Position auszeichnen sowie durch den Versuch, gerade diesen Blickwinkel – soweit möglich - einzunehmen.

Inhaltlich ist darauf hinzuweisen, dass in Kapitel 4. in wenigen Fällen widersprüchliche Daten übernommen werden, was an den entsprechenden Stellen vermerkt ist.

Daneben wurde v. a. bei der Auswertung der Literatur zum Kapitel über Nation Building in Namibia (6.) deutlich, dass sich manche Autoren durch eine unhinterfragte, tendenziöse Anti-SWAPO- Sichtweise hervortun, was bei aller berechtigten Kritik an der Regierungspartei erfordert, solche Quellen vorsichtig zu behandeln.

Generell gibt es einige Punkte, die in dieser Arbeit v. a. in den Kapiteln 4 bis 6 an mehreren Stellen zur Sprache kommen. Dazu gehören die soziale Lage, die Landfrage sowie der von der SWAPO propagierte Umgang mit der Vergangenheit. Der Grund dafür liegt darin, dass die einzelnen für die Versöhnungspolitik relevanten Bereiche möglichst umfassend und detailliert beschrieben werden, um auf diese Weise ein vollständiges Gesamtbild ergeben zu können. Dabei sind die genannten Aspekte jeweils unter verschiedenen Blickwinkeln von Bedeutung und werden deshalb mehrmals erwähnt. In den betreffenden Passagen wird auf ähnlich lautende an anderen Stelle im Text verwiesen.

In sprachlicher Hinsicht ist noch anzumerken, dass ich aus rein praktischen Gründen in der Mehrzahl durchweg die männliche Form verwendet habe.

2. Modelle von Nationaler Versöhnung

2.1. Was ist Nationale Versöhnung? Definition und verschiedene Konzepte

⁷ Als „detainees issue“ ist die Frage nach dem Schicksal der SWAPO-Dissidenten seit der Unabhängigkeit immer wieder auf die politische Agenda Namibias zurückgekehrt. (T. M.)

Der Begriff der Versöhnung ist uns zunächst aus dem Alltag und auf persönlicher Ebene bekannt. In praktischer Hinsicht bedeutet er die Beendigung von Konflikten, das Überwinden von Streitigkeiten. Theoretisch betrachtet enthält "Versöhnung" darüber hinaus eine starke ethisch-moralische und religiöse Dimension.

In seinem Aufsatz „Versöhnung in einer ethnisch- pluralen Gesellschaft“ unterscheidet Gerhard Toetemeyer zwischen dem deutschen Wort „Versöhnung“, das er in einen ethisch- religiösen Zusammenhang einordnet, und dem englischen „reconciliation“, das „[...] aus der politischen Perspektive dem Thema eher gerecht [...]“ werde.⁸

Mit der theologischen Konzeption des Begriffs befaßte sich der Windhoeker Universitäts-Professor Christo Lombard 1996 in seinem offenen Brief an die Republik Namibia, in dem er Versöhnung wie folgt interpretiert: "Zuallererst zugeben, was falsch gewesen ist, diese Fehler in Demut bekennen, die Ehre der Betroffenen wiederherstellen und so weit wie möglich das Geschehene wiedergutmachen."⁹

Laut Toetemeyer besteht hier eine stärkere normative Komponente. In deren Zentrum sieht er eine versöhnliche Handlung. Politisch betrachtet bedeute Versöhnung aber oft auch Wiedergutmachung in Form von einem materiellen Ausgleich. Mit einer symbolischen Geste sei es in diesem Fall nicht getan.¹⁰

Angelehnt an die Versöhnung "im Kleinen", an die Rückkehr zu freundschaftlichen, harmonischen Verhältnissen, nachdem Differenzen ausgeräumt oder zumindest entschärft sind, faßt die Organisation „International Center for Law, Trade and Diplomacy, Inc.“ (ICLTD) „Nationale Versöhnung“ so auf:¹¹ Ziel sei die Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse zwischen ethnischen, religiösen oder politische Gemeinschaften, die sich zuvor im Konflikt miteinander befunden haben.¹²

Demnach werde als erster Schritt die Konfliktursache ausfindig gemacht und dann dafür gesorgt, dass sich aufgestaute Gefühle von Ungerechtigkeit und mögliche Rache- Ambitionen auf anderen Wegen entladen können als gewaltsam.

Der Erfolg dieser Strategie hänge letztendlich an mehreren Faktoren: der Art des Konflikts -ergänzend sei hier noch besonders auf die Länge der Auseinandersetzung hingewiesen (T.M.) - die Stärke der demokratischen Institutionen des betroffenen Staats, die Entschlossenheit seiner Regierung zur Nationalen Versöhnung sowie Verfügbarkeit von oder Zugang zu friedenserhaltenden und konfliktlösenden Mitteln der internationalen Gemeinschaft.¹³

Die ICLTD betont ausdrücklich die spirituellen und psychologischen Seiten eines solchen Prozesses und schließt sich damit Christo Lombard an. Reflexion auf einer moralischen Ebene ebenso wie individuelle und kollektive Reue hält sie für essentielle Bestandteile von „Nationaler Versöhnung“, die schließlich ein Klima der Toleranz und des gegenseitigen Vertrauens hervorbringen soll. Dazu bedürfe es aber einer Stärkung der geltenden Gesetze und eines demokratischen Wandlungsprozesses über sprachliche, religiöse oder kulturelle Grenzen hinweg.

⁸ Toetemeyer, Gerhard: Versöhnung in einer ethnisch-pluralen Gesellschaft, in: Afrikanischer Heimatkalender, Windhoek 1996, S. 51.

⁹ Kößler, Reinhard: Bricht die Mauer des Schweigens? In Namibia sind Menschenrechtsverletzungen und Verschwundene wieder ein Thema, in: afrika süd, Nr. 2/1996, S. 23.

¹⁰ Vgl. Toetemeyer, G. (1996), S. 51.

¹¹ Die ICLTD sieht sich selbst als „[...] a not- for- profit, research and development corporation dedicated to developing data and services and long- term educational programs for the Public on issues concerning into world trade and international diplomacy.“ Siehe <http://www.icltd.org/whatis.htm>.

¹² Vgl. ICLTD, Models of National Reconciliation, <http://www.icltd.org/reconcile.htm>.

¹³Vgl. Ebd.: Die ICLTD weist in bezug auf die Rolle der internationalen Gemeinschaft auf deren Interesse hin, nationale, bzw. interethnische Konflikte einzudämmen oder präventiv an ihrer Entschärfung zu arbeiten, da andernfalls die Ausweitung zu internationalen Konflikten drohe.

Als Beispiel wird der Konflikt zwischen Hutu und Tutsi angeführt, der inzwischen die gesamte Region Zentralafrika destabilisiert und unmittelbar mit dem Bürgerkrieg in der DR Kongo verbunden ist.

Toetemeyer ergänzt diese Sichtweise um den unbedingten Anspruch der Gerechtigkeit, an die Versöhnung notwendigerweise gekoppelt sei. Inhaltlich reiche dies weit über „unverbindliche Toleranz“ hinaus; gefordert sei vielmehr eine „praktizierte Toleranz“.¹⁴ Aus der Perspektive der Opfer bedeute das wiederum, als gleichwertig anerkannt zu werden. Die Folge ist demnach die „Aufhebung des Subjekt – Objekt - Verhältnisses.“¹⁵ Auf einen konkreten gesellschaftlichen Kontext übertragen, ergibt sich daraus auch die Notwendigkeit einer inhaltlichen Neuorientierung und strukturellen Umordnung.¹⁶ Nichts weniger als dies forderte z. B. nach der Unabhängigkeit Namibias der Windhoeker Politologe Joseph Diescho, der sich für tiefgreifende sozio- ökonomische Umwälzungen aussprach. Auch der namibische Kirchenrat CCN sprach sich gegen ein schrittweise reformistisches Vorgehen aus.¹⁷ Solche Definitionen sind aber nur der Versuch, auf der Ebene des kleinsten gemeinsamen Nenners einen allgemein gültigen Kern entsprechender Prozesse auszumachen. Letztendlich gibt es neben verschiedenen Konflikt- Ursachen auch sehr unterschiedliche Ansätze der Versöhnung. In einer Klassifizierung der Ursachen nennt die ICLTD einmal ethnische oder ”rassische” Unterschiede¹⁸; davon noch einmal abgegrenzt eher marginale Unterschiede zwischen Volksgruppen, die von politischen Führern aber überbetont und absichtlich forciert wurden.¹⁹ Als dritte Ursache kommen konkrete historische Begebenheiten zur Geltung²⁰ sowie schließlich verschiedene politische oder ökonomische Ideologien.²¹ Anzumerken bleibt an dieser Stelle, dass oft eine Kombination mehrerer Ursachen vorliegt. Der Prozeß der „Nationalen Versöhnung“ kann entweder auf interner Ebene stattfinden oder im Rahmen internationaler Vermittlung.²² Welche konkreten Maßnahmen - oder zunächst: welche Konzepte - werden nun bemüht? Da ist zum einen die Einrichtung einer *Wahrheitskommission*, um Klarheit über die begangenen Menschenrechtsverletzungen zu gewinnen. Solche Kommissionen wurden z. B. in Chile, Argentinien und El Salvador nach der Überwindung der dortigen Militärdiktaturen eingesetzt. Teilweise hatten sie auch die Aufgabe, über Reparationszahlungen an die Opfer zu verhandeln.²³

¹⁴ Toetemeyer, G. (1996), S. 52.

¹⁵ Ebd., S. 52.

¹⁶ Vgl. Ebd., S. 52.

¹⁷ Vgl. Ebd., S. 54.

¹⁸ Vgl. ICLTD, Models of National Reconciliation: Beispiele dafür sind demnach Südafrika oder Kosovo.

¹⁹ Vgl. Ebd.: Der Konflikt zwischen Hutu und Tutsi geht z.B. auf die Kolonialmächte Deutschland und Belgien zurück, die in alter Teile-und-Herrsche-Tradition der Tutsi-Minderheit weitgehende politische und wirtschaftliche Vorteile gegenüber den Hutu eingeräumt. Auch die Situation in Bosnien fällt nach Einschätzung der ICLTD in diese Kategorie.

²⁰ Vgl. Ebd.: Beispiel: Israel/ Palästina.

²¹ Vgl. Ebd.: Beispiele: China/ Taiwan oder Nord-/ Südkorea.

Die Konstellation der beiden deutschen Staaten nach dem Ende der DDR ließe sich ebenfalls hier einordnen. (T.M.)

²² Vgl. Ebd.: Südafrika wird hier stellvertretend für die interne Variante genannt; internationale Bemühungen kennzeichnete dagegen den Fall Bosnien-Herzegovina. Internationale Vermittlungen bestimmten darüber hinaus (und bestimmen in begrenztem Umfang noch) auch im Fall Israel/Palästina. Vor dem Scheitern der Gespräche in Camp David und der nachfolgenden Zweiten Intifada listet die ICLTD dieses Beispiel getrennt von den Anderen auf, da sie in ihm ein Modell für eine friedliche Trennung in unterschiedliche Staatsgebilde sieht.

²³ Vgl. Ebd.

Vgl. auch Rosenberg, Tina: Confronting a painful past, in: Meredith, Martin: Coming to terms. South Africa´s search for truth, New York 1999, S. 343: In Deutschland gab es eine spezielle Enquetekommission und damit die einzige vergleichbare Einrichtung nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Osteuropas. Auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen DDR wurden Anhörungen durchgeführt, deren Ergebnisse 1995 in einem mehr als 1000-seitigen Bericht zusammengefasst wurden.

Auf die *Truth and Reconciliation Commission* in Südafrika wird wegen ihrer Bedeutung im Hinblick auf das Beispiel Namibia gesondert eingegangen (siehe 2.2.).

Im Fall von Bosnien oder Ruanda standen dagegen Prozesse vor Kriegsverbrecher- Tribunalen im Zentrum. Entsprechend der erwähnten Internationalisierung dieser Konflikte waren beide von den UN initiiert.²⁴

Die ICLTD führt außerdem das Beispiel Kambodscha ins Feld. Dort gab es anfänglich weder Wahrheitskommissionen noch Tribunale zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen; stattdessen ebenfalls von den UN geführte Versuche, über den Wiederaufbau demokratischer Strukturen und das Einsetzen einer Zivil Regierung zu Konsolidierung und Versöhnung zu gelangen.²⁵ Seit Mitte 1999 bemühen sich die UN um ein Tribunal für die Führer der Roten Khmer.

Einen Sonderweg abseits der bisher skizzierten Modelle stellt das Konzept dar, das in Deutschland nach der Wiedervereinigung verfolgt worden ist. Die gesellschaftliche Wahrheitsfindung wurde hier direkt an die persönliche gekoppelt. Neben Strafverfolgung wie im Fall der symbolisch und emotional aufgeladenen "Mauerschützen- Prozesse" wurde der Bevölkerung Einsicht in ihre Stasi-Akten gewährt.²⁶ Im Juni 1997 wurden in der Tschechischen Republik ebenfalls die Akten geöffnet, während in Polen im folgenden Jahr ein Gesetz erlassen wurde, das diesen Schritt in absehbarer Zeit vorsah.²⁷

An dieser Stelle soll kurz auf die spezifische historische Situation eingegangen werden, in der sich die Frage nach „Nationaler Versöhnung“ stellt. Sie ist – aus der Perspektive des betroffenen Landes - so einzigartig wie im internationalen Vergleich verschieden.

„Nationale Versöhnung“ kann ein Thema werden, wenn eine (Militär-) Diktatur überwunden wird wie z.B. in Mittel- und Südamerika (Argentinien, Chile, El Salvador, Guatemala, Haiti), aber auch Europa (Spanien, Griechenland)²⁸; nach dem Sturz eines gesamten Systems (Südafrika, Namibia, ehemals sozialistische Länder in Osteuropa), auch wenn damit eine (Wieder-) Vereinigung mit einem anderen Staat einhergeht (Deutschland, möglicherweise später einmal Korea)²⁹; im Anschluß an die Beendigung eines Bürgerkriegs (Balkan, wieder Südafrika und andere afrikanische Staaten); oder auch gerade dann, wenn ein Land dadurch seine Unabhängigkeit erreicht hat - wie Namibia. Natürlich liegt in vielen Fällen eine Kombination verschiedener Faktoren vor.

Die Art und Weise, wie sich der jeweilige Staat ab diesem Punkt mit seiner Vergangenheit auseinandersetzt, ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung demokratischer Strukturen.³⁰ In dieser Situation werden eine Menge von Fragen aufgeworfen: Die nach dem "richtigen" Maß an Gerechtigkeit ist eine der heikelsten und gleichzeitig maßgeblichsten, denn: "too much justice is also injustice [...]".³¹ Zumindest potentiell besteht die Gefahr, dass sich Gerechtigkeit in Rache verwandelt. Die Grenzen sind hier allerdings wieder einmal schwimmend. Dabei geht es darum, hier über alle subjektiven Interpretationsmöglichkeiten hinweg eine allgemeingültige, verbindliche Vorgehensweise zu etablieren.

Wie also umgehen mit den Tätern, die oft genug die Anweisungen ihrer Vorgesetzten oder Regierung und dabei nicht selten eine Staatsdoktrin befolgt haben? Wie läßt sich über die Errichtung formaler demokratischer Strukturen hinaus die Versöhnung auch in der politischen

²⁴ Vgl. ICLTD, Models of National Reconciliation.

²⁵ Vgl. Ebd.: Menschenrechtsanwälte traten jedoch schon seit längerem mit dieser Forderung an die Öffentlichkeit.

²⁶ Vgl. Simpson, Graeme/ Van Zyl, Paul: Amnestie, keine Amnesie, in: afrika süd, Nr. 4/ 1995, S. 10: Die beiden Mitarbeiter des "Centre for the Study of Violence/ Reconciliation" in Johannesburg sprechen in diesem Zusammenhang von einem "sozialen und auch verwaltungstechnischen Experiment" unvergleichbarer Dimension.

²⁷ Vgl. Rosenberg (1999), S. 345: Nötig sind dazu allerdings erhebliche finanzielle und administrative Mittel, was die Ansicht von Simpson/ Van Zyl bestätigt.

²⁸ Vgl. Ebd., S. 324- 329.

²⁹ Vgl. Burkert, Andreas: Fußball wird die Welt vereinen. Südkoreas Präsident Kim Dae Jung mahnt bei der Eröffnung der Weltmeisterschaft zur Versöhnung. In: Süddeutsche Zeitung, 1./ 2. Juni 2002: Darin wird Kim Dae Jung als derjenige, „[...] der den Versöhnungsprozeß mit dem kommunistischen Nordkorea in Gang gebracht hat“, hervorgehoben.

³⁰ Vgl. Rosenberg (1999), S. Vii/ Viii.

³¹ Ebd., S. Viii.

Kultur eines Landes verwurzeln? Wie können Grausamkeiten und Mißhandlungen in Zukunft verhindert werden? Und dazu greifen, wie überall anders auch, die Klauen des realpolitisch Machbaren einschränkend und beschneidend nach dem idealistischen Antrieb in einer solchen Aufbruchsstimmung: Sollten Prozesse stattfinden oder Wahrheitskommissionen überhaupt eingerichtet werden, wenn die dafür anfallenden Kosten zumindest kurzfristig effektiver für Projekte wie den Bau von Schulen und Krankenhäusern verwendet werden können?³² Und –dies nicht zuletzt - wie steht es mit der Reaktion derjenigen, die ihre dominante Stellung in Staat und Gesellschaft offiziell verloren haben, den Griff nach der Macht aber noch so gewohnt sind wie auch verlockend finden?

Was die Nationale Versöhnung in Namibia angeht, so gibt die Präambel der Verfassung von 1990 zunächst eine grundsätzliche Richtung vor: "We, the people of Namibia [...] will strive to achieve national reconciliation and to foster peace, unity and a common loyalty to a single state."³³

In seiner Arbeit "SWAPO and Nation Building in Namibia" bezieht sich Per Strand auf die Vielfalt unterschiedlicher Interpretationen und Spielarten von „Nationaler Versöhnung“. Anhand eines Vergleichs mit entgegengesetzten Auffassungen stellt er die Position der SWAPO vor: Während "Andere" die Verfolgung von Kriegsverbrechern als essentiell ansähen und die Verantwortlichen vor Gericht sehen wollten, sei die Regierungspartei der Ansicht, dass die Namibier die Vergangenheit vergessen, die alten Seiten von Krieg und Haß um- und eine neue aufschlagen sollten. Zentral sei auch ein gemeinsames namibisches Nationalbewußtsein über die einzelnen ethnischen Identitäten hinweg, während von anderer Seite gerade die Eigenständigkeit dieser Ethnien betont und auf ihre verschiedenen Bedürfnisse hingewiesen würde- bis hin zu dem, voneinander getrennt zu leben.³⁴

Auf ein besonderes Problem in Namibia spielt Marietjie Pottas an, wenn sie darauf hinweist, dass Versöhnung nicht bedeutet, soziale und wirtschaftliche Unterschiede zu ignorieren. Auch sei darunter keineswegs ein Ersatz für soziale Gerechtigkeit zu verstehen; vielmehr eine Maßnahme, um diese zu erreichen.³⁵

Toetemeyer warnt in diesem Zusammenhang vor den negativen, da disintegrierenden Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf den Versöhnungsprozeß.³⁶

Dass dieser Aspekt im unabhängigen Namibia von Anfang an sehr intensiv und äußerst kontrovers diskutiert worden ist, wird ein wichtiger Punkt später in dieser Arbeit sein, soll hier aber durch ein Zitat schon einmal angedeutet werden: "[...] reconciliation is the kind of policy that is brought into being when the revolution has not been successful or the revolution has not succeeded in its initial aims. Reconciliation can be understood in Namibia because here we have not had a successful revolution, but a negotiated settlement."³⁷

³² Vgl. Ebd., S. X.

³³ Vgl. Pottas, Marietjie: *The Namibian Way*, Windhoek 1991, S. 22.

³⁴ Vgl. Strand, Per: *SWAPO and Nation Building in Namibia. Transfer of Power in the Post-Communist Era*, Uppsala 1991, S. 44.

³⁵ Vgl. Pottas (1991), S. 22.

³⁶ Vgl. Toetemeyer, G. (1996), S. 53.

³⁷ Aus einer Rede des namibischen Arztes Kenneth Abrahams auf der von der Friedrich- Ebert- Stiftung ausgerichteten Konferenz "Reconstruction and Reconciliation: Critical Choices for Southern Africa" Ende 1990. Friedrich-Ebert-Stiftung/Venter, Minnie: *Reconstruction and Reconciliation. Critical Choices for Southern Africa*, Windhoek 1991, S. 124.

2.2. Exkurs: Das Beispiel der „Truth and Reconciliation Commission“ in Südafrika

Einen genaueren Blick auf Südafrika zu werfen, bietet sich aus zwei Gründen an: Zum Einen gibt die dort 1995 eingesetzte Wahrheits- und Versöhnungs-Kommission Aufschluß über Aufgabe, Ziel und Arbeit einer solchen Institution, und das gerade durch ihre charakteristischen Merkmale, durch die sie sich von Kommissionen in anderen Ländern abhebt. Darüber hinaus finden sich in diesem Zusammenhang bedeutende, sehr eigenständige Interpretationen zum viel diskutierten Maß an Gerechtigkeit, der Bedeutung von Wahrheit und ihrem Verhältnis zur Versöhnung, zur Rolle von Opfern und Tätern sowie der Frage nach Amnestie.

Zum Anderen bietet der Fall gewisse "Vorlagen" im Hinblick auf den Hauptteil der Arbeit, den Versöhnungsprozeß in Namibia. Wie eingangs bereits gesagt, war die überwältigende Bevölkerungsmehrheit in beiden Ländern von der gleichen rassistischen, menschenverachtenden Politik betroffen.³⁸ Nach dem Ende der Apartheid schlugen die ersten schwarzen Mehrheitsregierungen der Nachbarstaaten aber deutlich unterschiedliche, in manchen Aspekten sogar gegensätzliche Wege ein, was den Umgang mit der Vergangenheit betrifft.

Die Wahrheits- und Versöhnungskommission ist natürlich nicht die einzige Maßnahme, die die südafrikanische Regierung zur Umsetzung der Vorgabe Nationale Versöhnung getroffen hat, die wie in Namibia auch in der Verfassung verankert ist. Mit Sicherheit handelt es sich aber um die bekannteste und symbolisiert in ihrer Außenwirksamkeit den gesamten Versöhnungsprozeß im Land.

³⁸ Vgl. Rosenberg (1999), S. iX/ X: Die Autorin arbeitet hier drei spezifische Merkmale des Apartheid- Systems heraus: 1.: Die Bevölkerung war nicht durch politische Ansichten oder Überzeugungen geteilt, sondern durch Identität. 2.: Ihrer Ansicht nach handelte es sich um ein "top- to- bottom- system", d.h. die strikte Rassentrennung in allen Bereichen lief vertikal durch die komplette Gesellschaft: "[...] members of society from the prime minister to the local bus driver were part of the machine and many people were both ist victims and ist perpetrators at the same time." (Letzteres ist eindeutig zu betonen. Die Komplexität dieses historischen Vermächnisses liegt u. a. in der Verwischung der Trennlinie zwischen Tätern und Opfern. T.M.)

3.: Gesetze wurden mit Hilfe von Mord, Folter und Verschwindenlassen durchgesetzt und brachte dadurch Gegenbewegungen hervor, die ihrerseits wieder Verbrechen begingen. -

Was die Gefahr einer möglichen Interpretation dieser Tatsache als Gleichstellung angeht, so gilt dasselbe wie schon in der Einleitung: es kann keine Gleichsetzung von rassistisch- repressiven mit emanzipatorischen Überzeugungen oder Bewegungen geben, auch wenn sich die Mittel ähneln mögen. T.M.

2.2.1. Zusammensetzung und Aufgaben

Im Juni 1995 erließ die südafrikanische Regierung der Nationalen Einheit, angeführt vom ANC, das *Gesetz zur Förderung der Nationalen Einheit und Versöhnung* ("Promotion of National Unity and Reconciliation Act"), das die Gründung einer Wahrheitskommission vorsah. Zu diesem Ziel hatte sie sich schon unmittelbar nach ihrem Wahlsieg 1994 bekannt.³⁹

Am 29. November ernannte Präsident Mandela die 17 Mitglieder der Kommission, die zuvor aus mehr als 300 Kandidaten ausgewählt worden waren. Dazu hatte die südafrikanische Öffentlichkeit Vorschläge einreichen können. Unter den elf Männern und sechs Frauen dominierten "Theologen, Juristen und Mediziner"⁴⁰. Um das eigene Ziel der Ausgewogenheit und Überparteilichkeit nach außen hin widerzuspiegeln, wurde Wert darauf gelegt, das politische Spektrum des Landes möglichst breit zu repräsentieren.⁴¹ Unter dem Vorsitz des Friedensnobelpreisträgers und Erzbischofs Desmond Tutu nahm die "Truth and Reconciliation Commission" im April 1996 ihre Arbeit auf und hielt überall im Land Anhörungen. Drei Ausschüsse waren ihr unterstellt: ein Komitee für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen, eins für Fragen zur Amnestie sowie eins für die Reparation und Rehabilitation der Opfer.⁴²

Übergeordnete Aufgaben der Kommission waren:

- Ein möglichst vollständiges Bild der Menschenrechtsverletzungen zusammenzustellen.
- Denjenigen, die aus eigenem Antrieb ein volles Geständnis ihrer Taten ablegten, Amnestie zu gewähren, solange diese Taten als politisch motiviert bewertet wurden; hierfür gab es festgelegte Kriterien.
- Den Opfern und ihren Schicksalen zwecks deren öffentlicher Rehabilitierung Gehör zu verschaffen und dadurch zur Wiederherstellung ihrer Menschenwürde beizutragen; außerdem Empfehlungen auszusprechen über evtl. Reparationsmaßnahmen.
- Einen möglichst umfassenden Bericht über die Aktivitäten der Kommission und deren Ergebnisse vorzulegen.⁴³

Der Zeitraum der Untersuchungen reichte vom 1. März 1960 - als die damalige Regierung als Reaktion auf die Proteste nach dem Massaker von Sharpeville sämtliche schwarze Parteien verboten hatte - bis zum 5. Dezember 1993. An diesem Tag hatte der nicht gewählte Übergangsrat aus Schwarzen wie Weißen die letzte Regierung des Apartheid-Staats abgelöst.⁴⁴

Überzeugt von der Notwendigkeit, die Wahrheit zu enthüllen, aber gleichzeitig darauf bedacht, den schmerzlich direkten Kontakt zeitlich begrenzt zu halten, hatte das Parlament der TRC eine Frist von 18 Monaten mit einer Option auf ein weiteres halbes Jahr eingeräumt. Schließlich dauerte es jedoch bis zum 29. Oktober 1998, bis Tutu Nelson Mandela die fünf Bände des Abschluß-Berichts überreichte. Selbst zu diesem Zeitpunkt stand das abschließende Dokument des Amnestieausschusses noch aus.⁴⁵

2.2.2. Konzeptueller Rahmen und funktionale Besonderheiten

³⁹ Vgl. African Policy Information Centre: Vergebung statt Vergeltung. Zur Entstehungsgeschichte der Wahrheitskommission, in: afrika süd Nr.5/1996, S.11.

⁴⁰ (keine Autorenangabe): Versöhnung als kollektiver Prozeß. Interview mit Dullah Omar, in: der überblick Nr. 4/1995, S. 111.

⁴¹ Vgl. Ebd., S. 111.

⁴² Vgl. Government Gazette, No. 16579/1995, S. 108/109.

⁴³ Vgl. Ebd., S. 108.

⁴⁴ Vgl. Doerfler, Kordula: Schwierige Suche nach Wahrheit: Eine Zwischenbilanz der Wahrheitskommission, in: afrika süd, Nr.5/1996, S. 9.

⁴⁵ Vgl. Braun, Joachim: Versöhnung braucht Wahrheit. Der Bericht der südafrikanischen Wahrheitskommission, Gütersloh 1999, S. 12.

Im Vorwort zum Abschlußbericht der TRC weist deren Vorsitzender Desmond Tutu darauf hin, dass es für Südafrika unumgänglich sei, sich mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die Entscheidung, dies im oben skizzierten Rahmen zu tun, begründet er letztendlich, indem er andere Optionen verwirft: Das Richten über die Täter im Stil einer "Siegerjustiz", in Südafrika unter dem Stichwort "Nuremburg Option" in Anlehnung an die Nürnberger Prozesse diskutiert, entspreche nicht den historischen Tatsachen, da keine der Parteien auf militärischem Weg als Sieger aus dem Konflikt hervorgegangen sei. Wichtiger noch nennt Tutu die Gefahr, dass große Teile des früheren Sicherheitsapparats in der Aussicht auf ihre Verurteilung alles daransetzten, einen solchen Ansatz auch gewaltsam zu verhindern. Die bereits erwähnten realpolitischen Sachzwänge in Form von finanziellem, zeitlichen und personellen Aufwand stellen nach Tutus Ansicht ein weiteres Argument gegen eine gerichtliche Lösung dar. Ferner bezweifelt er einen Erfolg im Sinne der Wahrheitsfindung, da die TäterInnen so keinen Anreiz hätten, ein wahres Geständnis abzulegen.⁴⁶ Als ebenso unannehmbar weist er die Möglichkeit zurück, die Vergangenheit mit einem Schlußstrich zum Schweigen zu bringen und in die Bereiche des Ungesagten zu verbannen, denn die traumatische Erfahrung der Opfer würde auf diese Weise geleugnet.⁴⁷ Außerdem beinhalte diese Lösung faktisch eine General- Amnestie, wie es die National Party gefordert und der ANC klar abgelehnt hatte.⁴⁸

Für die Opfer ging es also um die öffentliche Anerkennung ihrer Leiden. Die TäterInnen hatten die Möglichkeit, individuelle Amnestie zu erhalten, wenn sie von sich aus ein umfassendes Geständnis ablegten und ihre Straftaten als politisch anerkannt wurden. Eine solche Amnestie sollte allerdings nur bei der vollständigen Enthüllung der Wahrheit gewährt werden.⁴⁹ In diesem Fall war die geständige Person auch vor zivilrechtlichen Ansprüchen geschützt.⁵⁰

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit war hier also kein Selbstzweck, sondern insofern eindeutig zukunftsorientiert, denn Enthüllung und Wissen wurde eine gewisse präventive Substanz zugeschrieben: "Wir müssen über die Vergangenheit Bescheid wissen, damit wir in Zukunft dafür sorgen können, dass niemals wieder derartige Übeltaten stattfinden", wie es Tutu ausdrückte.⁵¹

"Nur wer die Wahrheit kennt, kann sich versöhnen" faßte der Justizminister des Landes, Dullah Omar zusammen, noch bevor die TRC ihre Arbeit aufnahm.⁵²

Als erster, maßgeblichster Faktor läßt sich die Wahrheitsfindung quasi als Grundvoraussetzung in diese Überlegung miteinbeziehen. Was bedeutet vor diesem Hintergrund das zweite Schlagwort, *Versöhnung*, im Namen der Kommission?

Viel zitiert worden ist die wegweisende Formulierung aus dem Nachwort der Übergangsverfassung von 1993. Dort wird zum Erreichen von "Einheit und Versöhnung" "Verständnis statt Rache" gefordert, "Wiedergutmachung statt Vergeltung" sowie "ubuntu (Menschlichkeit) statt Verfolgung".⁵³

Kurz nach der Einsetzung der TRC formulierte Dullah Omar ein Konzept von Versöhnung, dass über die bloße individuelle Ebene zwischen Opfer und Täter hinausreicht und diese vielmehr als "einen sozialen, kollektiven Prozeß" begreift.⁵⁴ Dazu bedürfe es der Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen. Als Beispiel für eine entsprechend breite Ebene, auf der der Prozeß stattfinden soll, nannte er die "Tausende von Menschen in unserem Land", die durch ihre Vorschläge zur Entstehung der TRC beigetragen hätten.⁵⁵

⁴⁶ Vgl. Tutu, Desmond: Vorwort zu Braun (1999), S. 23/ 24.

⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 24.

⁴⁸ Vgl. Braun (1999), S. 10.

⁴⁹ Vgl. Tutu (1999), S. 24.

⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 11.

⁵¹ Ebd., S. 24.

⁵² der überblick (1995), S.110.

⁵³ Braun (1999), S. 12.

⁵⁴ der überblick (1995), S. 111.

⁵⁵ Ebd., S. 111.

Omar betonte eine möglichst tiefe Verwurzelung, die die Idee der Versöhnung in allen gesellschaftlichen Bereichen bräuchte, denn die Kommission könne ihnen diesen Schritt nicht abnehmen, sondern dabei nur als beschleunigender Faktor wirken.⁵⁶

Dem südafrikanischen Journalisten Hein Marais zufolge liegt die Funktion der TRC diesbezüglich darin, "die Dynamik des Konsenses (oder zumindest der Versöhnung), die in der politischen Sphäre gepflegt wird, auch in den sozialen Raum auszudehnen."⁵⁷

Dass das Ziel "Nationale Versöhnung" einen übergeordneten Stellenwert hat, zeigte sich im Fall der Angehörigen einiger bekannter schwarzer Apartheid- Opfer. Sie waren der Auffassung, dass die Regierung ihren Toten Gerechtigkeit verweigere, wenn sie deren Mörder amnestiere, und brachte diese Beschwerde vor das Verfassungsgericht. Das Gericht wies ihre Klage mit dem Hinweis ab, Ziel und Aufgabe der TRC sei die Förderung von „Nationaler Versöhnung“. Da diese nur mittels eben der individuellen Amnestie zu erreichen sei, wäre der Anspruch auf Bestrafung der Verantwortlichen dem unterzuordnen.⁵⁸

Was Handlungsspielraum und - Praxis angeht, wies die TRC in Südafrika einige Merkmale auf, die sie von anderen Kommissionen deutlich unterschied. Dullah Omar, auf einen solchen Vergleich angesprochen, wies zunächst auf die Abkehr von einer Generalamnestie hin, wie sie in einigen lateinamerikanischen Ländern verfolgt worden ist.⁵⁹

Auch die große Bedeutung, die der Unterstützung der Opfer beigemessen wurde, sah er im Licht eines südafrikanischen Sonderfalls. Als Beispiele dafür zählte der Justizminister Entschädigungszahlungen, öffentliche Rehabilitation sowie das integrative Konzept von „Opfer“ auf, das die gesamte Nation miteinschließt.⁶⁰

Ebenso ist die TRC im Hinblick auf Befugnisse und Vollmächte in vorher unbekannte Dimensionen vorgestoßen. Eine Wahrheitskommission war noch nie zuvor für das (Nicht-) Erteilen von Amnestie für die Schergen des alten Systems zuständig, und auch "Hausdurchsuchungen vorzunehmen, Beweismaterial zu beschlagnahmen und Zeugen vorzuladen" hatte nie zu ihren Aufgabenbereichen gehört.⁶¹

Das Zeugenschutzprogramm war ebenfalls ein Novum; Gleiches galt für die Ausstattung der Ermittlungsabteilung.⁶² Dementsprechend konnte Tutu nach Fertigstellung des Berichts in seinem Schlußwort auch darauf hinweisen, wie umfassend die Arbeit der Kommission gewesen sei. Schließlich habe sie auch durch die Öffentlichkeit ihrer Anhörungen und durch ihre transparente Vorgehensweise von vergleichbaren Einrichtungen in anderen Ländern abgehoben, die "hinter verschlossenen Türen zusammengetreten" seien.⁶³

Trotz ihrer weitreichenden Kompetenzen und der weltweiten Anerkennung ihrer Arbeit ist die TRC insgesamt ambivalent bewertet worden. Selbst ein positiv eingestellter Beobachter wie Braun lobt zwar den enormen Beitrag zur Wahrheitsfindung, wofür er das Konzept der individuellen Amnestie verantwortlich macht.⁶⁴

Hinsichtlich der Versöhnung bemängelt er aber, dass der Kommission vom weißen Südafrika überwiegend Ablehnung entgegenschlug.⁶⁵

⁵⁶ Vgl. Ebd., S. 111.

⁵⁷ Marais, Hein: Heilung der Nation? Oder neue Erfindung der Vergangenheit? In: afrika süd, Nr. 5/1996, S. 13.

⁵⁸ Vgl. Braun (1999), S. 12.

⁵⁹ Vgl. der überblick(1995), S. 111.

⁶⁰ Vgl. Ebd., S. 111.

⁶¹ Braun (1999), S.11.

⁶² Vgl. Ebd., S. 11/ 12: Braun nennt "bis zu 60 Staatsanwälte, Geheimdienstexperten, Detektive und Polizisten [...], mit einer Forschungsabteilung, in der allein 15 Researcher der Kommission zur Hand gingen, und mit regionalen Büros in Johannesburg, Durban, East-London und Kapstadt." Im höchsten Fall hat sie 438 Mitarbeiter beschäftigt; finanziert wurde sie zu großen Teilen von der EU, vor allem Dänemark und den Niederlanden.

⁶³ Tutu (1999), S. 22

⁶⁴ Vgl. Braun (1999), S.17/ 21: Braun spricht von 22.000 Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen, die dank der TRC identifiziert werden konnten.

⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 19: Einer hier erwähnten Umfrage zufolge lehnten 83 % der Weißen die TRC als parteiisch und unfair ab. Nicht nur in Kreisen von National Party und rechtsradikalem Boerentum wurde von einer „Hexenjagd“

Die Rehabilitation der Opfer wurde in sehr vielen Fällen erreicht; Doerfler macht darüber hinaus eine „kathartische Wirkung“ in Teilen der schwarzen Bevölkerung aus.⁶⁶ in Teilen der schwarzen Bevölkerung aus.

Nichtsdestotrotz gab es auch eine „Prozeßflut“ gegen die Kommission gerade von Seiten der Opfer und ihrer Angehörigen.⁶⁷ Sie wollten sich gerade nicht der Logik des Konzepts „Amnestie gegen Geständnis“ beugen und fanden die Vorstellung unerträglich, die Täter im Rahmen der Versöhnung straffrei davonkommen zu lassen.

Daneben kritisierten viele Stimmen auch die Trennung von Versöhnungsprozeß und sozio-ökonomischen Verhältnissen. Der südafrikanische Journalist Hein Marais sieht durch die fortbestehenden materiellen Verhältnisse im Land die Wirkung der TRC stark eingeschränkt und bilanziert: „Hier liegt die „Achillesferse des Versöhnungsprozesses, wie er durch die Wahrheitskommission repräsentiert wird.“⁶⁸

3. Nationale Versöhnung und Nation Building

3.1. Nationale Versöhnung als Maßnahme von Nation Building

Sieht man Konzepte zur Nationalen Versöhnung vor einem etwas weiter gefaßten Hintergrund, der die Aspekte der Integration und der Einigung miteinbezieht, ist eine nahe Verbindung zur Politik des *Nation Building* offensichtlich. *The Blackwell Encyclopaedia of Political Science* versteht darunter: „The sum of politics designed to promote national integration.“⁶⁹ Ein Prozeß, so die detailliertere Erklärung, der innerhalb eines Staates in Bewegung gesetzt wird, um die Bevölkerung zu integrieren und in nationaler Gemeinschaft zu verbinden.⁷⁰

Unschwer zu erkennen ist, dass Maßnahmen zur „Nationalen Versöhnung“ zumindest in der Absicht erlassen werden, diesen Prozeß zu stärken. Aus dieser Perspektive werden sie selber zu einer Art Untereinheit von Nation Building. Neben Beispielen der Einrichtung nationaler Institutionen und der Etablierung von Symbolen, neben einer gemeinsamen Verwaltung und Armee, prestigeträchtigen Projekten, Nationalfeiern und einer Architektur, die diese auf einer äußeren Ebene widerspiegelt, erscheint die Idee von Nationaler Versöhnung, idealistisch gesehen, wie der Mörtel, der dieses Gefüge zusammenhalten kann; wie das Element, das die Formen mit Inhalt und Leben füllt; wie die ungleich schwerere Umsetzung dieser Vorgaben nach innen.⁷¹

Die enge Verbindung wird gerade in der Präambel der Verfassung des unabhängigen Namibia deutlich, in der „[...] national reconciliation [...]unity and a common loyalty to a single state“ als Staatsziele genannt werden.⁷²

phantasiert.

Siehe auch Dörfler (1996), S. 8: Populär war in diesem Umfeld auch der abfällige Spitzname „Kleenex- Kommission“, der sich auf die vielen Tränen bezog, die bei den Anhörungen der TRC flossen.

⁶⁶ Ebd., S. 8: Dies bezieht sich nicht zuletzt darauf, daß durch die Aufklärung der Schicksale Verschwundener vielfach noch Leichen identifiziert und begraben werden konnten. Der Beerdigung kommt außerdem in vielen afrikanischen Kulturen eine große Bedeutung zu, um den Zorn der Ahnen nicht zu erregen.

⁶⁷ Ebd., S. 9

⁶⁸ Marais (1996), S. 13.

⁶⁹ Gellner, Ernest: *Nation Building*, in: *The Blackwell Encyclopaedia of Political Science*, Oxford/ Cambridge, Massachusetts 1987/1991, S. 379.

⁷⁰ Vgl. Ebd., S. 379.

⁷¹ Hier sei noch einmal an den südafrikanischen Justizminister Dullah Omar erinnert und seine Forderung, die Politik der Versöhnung müsse auf möglichst breiter Ebene in der Gesellschaft Fuß fassen und verwurzelt werden. (Siehe 2.2.2.)-

Der Journalist Hein Marais sprach, ebenfalls auf Südafrika bezogen, von der Umsetzung des Konsens der Versöhnung von der politischen Sphäre auf den sozialen Raum. (Siehe 2.2.2.)

⁷² Vgl. Erasmus, Gerhard: *Is there enough Consensus for Namibia's Constitution?* In: *International Affairs Bulletin* No 3/1990, S. 35.

3.2. Nation Building im Prozeß der Dekolonisierung

Die Geschichte von Nation Building als Politikinhalt reicht zurück bis ins späte 18. Jahrhundert. Im Kontext der französischen und der amerikanischen Revolution bedeutete es, dass sich durch das Prinzip der Staatsbürgerschaft öffentliche Autorität und Loyalität konstituierten. In Frankreich erklärte sich der Dritte Stand zur Nationalversammlung auf der Basis von Patriotismus als seiner Ideologie. Die Abkehr vom dynastischen Staat vollzog sich in der Symbolik der Nation als einigendem Band zwischen den Mitgliedern einer königlosen, postmonarchischen Gesellschaft. In politischen Studien wurde Nation Building im Zuge der Dekolonisierung zu einem weit verbreiteten Schlagwort. Bezeichnet wurde damit auch der Übergang von traditionellen Loyalitätsbeziehungen und sozialen Strukturen zur Nation als kollektiver Bezugsgröße und einer entsprechenden Identität. Nation Building galt außerdem als essentielle Vorbedingung politischer Modernisierung und wirtschaftlicher Entwicklung. Dazu gehörte eine kulturelle Standardisierung in Form eines einheitlichen Bildungssystems, die Integration von Minderheiten, die politische Partizipation größerer Teile der Bevölkerung sowie wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und solche zur Umverteilung.⁷³

Charakteristisch ist ein gewisses duales Element von Nation Building, da sowohl öffentliche Autorität und Kontrolle als auch die Bedeutung der Bürgerrechte gestärkt werden.

Henning Melber stellt seinen gesammelten Betrachtungen über das erste Jahrzehnt namibischer Unabhängigkeit eine theoretische Einführung über den Prozeß des Nation Building voran. Dabei geht er verstärkt auf die Situation in post- kolonialen, gerade afrikanischen Staaten ein. Als essentiell sieht er an, dass sich die Verbindung zur Nation in ideologischen wie materiellen Aspekten niederschlägt und von diesen gestützt wird.⁷⁴ Solche sieht Melber zunächst in einer gemeinsamen Geschichte und Kultur innerhalb bestimmter geographischer Grenzen. Nationale Einheit konstituiert sich demnach durch die Historisierung von Territorium und der Territorialisierung von Geschichte.

Nationalistische anti- koloniale Bewegungen beziehen sich dabei auf schon existierende koloniale Grenzen; die nationale Ideologie speist sich hauptsächlich aus der gemeinsamen Erfahrung der Unterdrückung.⁷⁵ Hier taucht das Problem auf, dass diese Art von Legitimation oft längerfristig nicht ausreicht, um regionale, bzw. ethnische Identifikationsmuster zu ersetzen. Deshalb müssen gerade solche Bewegungen in noch stärkerem Maß auf eine national ausgerichtete Ideologie setzen.

Verlagert sich der Konflikt auf die militante, bewaffnete Ebene, erfülle der potentiell mythenbildende Befreiungskampf diese Funktion. Oft stellt er die tatsächlich erste *gemeinsame* historische Erfahrung dar, denn nicht zuletzt durch die Stärkung ethnischer Identitäten durch die Kolonialregierungen wurde die vorherige Unterdrückung eher aus einem ethnisch-partikularistisch gefärbten Blickwinkel erlebt. Während des Befreiungskampfes, so Melber, trete nun die Existenz mehrerer, oft konkurrierender Konzepte von Nation innerhalb der anti-kolonialen Bewegung in den Hintergrund.⁷⁶

Amilcar Cabral wies bereits vor der Dekolonisierungswelle im südlichen Afrika - gestützt auf die Erfahrungen in anderen Ländern - darauf hin, dass mit dem Erreichen der Unabhängigkeit die Situation der Unterdrückung ebenso wegfällt wie die Konfrontation mit dem verhaßten Regime und damit zwei national integrierend wirkende Faktoren nicht mehr im Spiel sind. Als Folge treten von diesem Punkt an interne Widersprüche wieder verstärkt zutage.⁷⁷

⁷³ Vgl. Gellner (1987/1991), S. 379.

⁷⁴ Vgl. Melber: Ten Years ... (2000), S. 3.

⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 4.

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 5. Als Beispiel seien hier die Differenzen zwischen SWAPO und SWANU in Namibia sowie zwischen ZANU und ZAPU in Simbabwe erwähnt.

⁷⁷ Vgl. Cabral, Amilcar: Kurze Analyse der Sozialstruktur in 'Portugiesisch'-Guinea. Bremen 1983, S: 121.

Melber schließt sich dieser Sichtweise an und weist auf die Gefahr hin, eine durch den Befreiungskampf zur Unabhängigkeit gelangten Nation als friedlich und harmonisch zu begreifen. Stattdessen sieht er den erforderlichen Minimalkonsens an die Erfüllung materieller Ansprüche gekoppelt. Je mehr Entbehrungen die Bevölkerung während des Kampfes auf sich genommen habe, desto verklärter gestalte sich oft das Bild vom Leben in der Unabhängigkeit, was die Erwartungen steigen lasse. Bleibe die Realität hinter diesen zurück, unterminiere dies in vielen Fällen die Legitimität des neuen Systems und seiner Regierung, darüber hinaus aber – gerade in Afrika - die ethnienübergreifende nationale Identität.⁷⁸

Während des Kampfes konnte das Konzept der Nation noch die Funktion als „überwiegend politisch determinierte Antithese“ zum Kolonialsystem erfüllen, das seinerseits auf ethnisch-partikularistischen Machtstrukturen basierte.⁷⁹

Nun aber zerfalle dieses Konzept aus Sicht der enttäuschten Bevölkerung angesichts realer sozio-ökonomischer Erwartungen in formale Errungenschaften und leere Rhetorik. Dem kolonialen Mythos von Stamm oder Ethnie entgegengesetzt, kämpft der Mythos der Nation in der post-kolonialen Situation - selbst um sein Überleben; entzaubert ist er bereits: er erscheint als bloße Kompensation für die fehlende materielle Substanz.⁸⁰

Nicht zuletzt bieten sich ethnische Bezugsgrößen an diesem Punkt als Möglichkeit an, soziale Probleme zu artikulieren und beschwören dadurch eine geradezu groteske Situation herauf.⁸¹

Was die „Nationale Versöhnung“ betrifft, so läßt sich an dieser Stelle nur ein zweischneidiges Zwischenfazit ziehen: einerseits bietet sie die Chance einer Annäherung und Vermittlung zwischen verfeindeten oder rivalisierenden Gruppen. Wenn sich ihre Idee und Philosophie wirklich auf breiter Ebene in der Gesellschaft verankert, könnte sich dadurch ein konflikteindämmendes, deeskalierendes Moment bilden.

Auf der anderen Seite, und das zeigte sich bereits am Beispiel der kritischen Betrachtung der TRC in Südafrika, ist gerade jegliche Politik der „Nationalen Versöhnung“ von ihren Rahmenbedingungen abhängig. Sie kann diese zwar mitgestalten, aber auch von ihnen zermahlen werden.

3.3. „To Be Born A Nation“: Das SWAPO-Manifest zur Nation

Die 1981 von der namibischen Befreiungsbewegung veröffentlichte Schrift „To Be Born A Nation“ zählt zu den wichtigsten ihrer programmatischen Dokumente. In ihm läßt die SWAPO keinen Zweifel daran, dass sie sich nicht nur als Speerspitze des namibischen Nationalismus versteht, sondern nach eigener Darstellung auch dessen Organisation und Institutionalisierung verkörpert. Sie beruft sich, ähnlich wie von Melber dargestellt (siehe 2.3.1.) auf den Grundsatz, auf nationaler Ebene geeint dem südafrikanischen Regime und der Apartheid entgegenzutreten.

⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 6.

⁷⁹ Ebd., S. 7.

⁸⁰ Vgl. Ebd., S. 8.

⁸¹ Vgl. Ebd., S.8, 9: Diese Situation beinhalte die Gefahr, daß ethnisch- partikularistische Gruppen in Konflikt um die Übernahme des nun zentralisierten Staates geraten. In diesem Fall werde es zum wichtigen und vornehmlichen Mittel zur Sicherung des Machterhalts, Stärke zu demonstrieren. –

Das Ziel des Machterhalts überschneidet sich häufig mit dem der Konsolidierung, da zwischen beiden eine gegenseitige Abhängigkeit besteht. T. M.

Melber betont das Herausbilden von zivilgesellschaftlichen Strukturen als Möglichkeit, dem oben beschriebenen Szenario entgegen zuwirken. Zwar könnten auch sie nicht für eine kritische soziale Lage entschädigen, böten aber doch den Rahmen, um auftauchende Probleme zu diskutieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Allerdings sei auch hierfür ein Minimum an materieller Sicherheit nötig. (Vgl. Melber: Ten Years ... (2000), S. 10.)

Auf dieser Grundlage stelle sie das Bindeglied zwischen mehreren anti- kolonialen Bewegungen dar.⁸²

Hervorgegangen war die SWAPO 1960 aus der *Ovamboland People's Organisation* (OPO), ehemals *Ovamboland People's Congress* (OPC). Deren Gründungsmitglied Herman ja Toivo stand in Kontakt mit Führern anderer Ethnien wie der Herero und der Nama. Bereits die Mitgliedschaft in der OPO stand allen Namibiern, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, offen.

Ihr ursprünglich zentrales Anliegen war die Abschaffung des Kontraktarbeitssystems, durch das viele Ovambo aus dem Norden Namibias über das gesamte Land und Teile von Südafrika verstreut waren. Daraus wuchs noch vor der Umbenennung in SWAPO die Überzeugung, diesen Schritt nur im Rahmen der nationalen Befreiung realisieren zu können.⁸³ 1959 existierten bereits in ganz Namibia (Südwest- Afrika) OPO- Zweige. Den nationalen, über- ethnischen Anspruch machte die Umbenennung ein Jahr später auch nach außen hin deutlich.

OPO und SWAPO hatten ihre Machtbasis unter Arbeitern.

Die 1959 gegründete *South West African National Union* (SWANU) war dagegen eine Verbindung aus städtischen Jugendlichen, Intellektuellen und *Chiefs* der Herero. Entstanden war sie hauptsächlich aus dem *South West African Student Body* (SWASB) und der *South West Africa Progress Association* (SWAPA), zwei der ersten Widerstandsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg.⁸⁴

Die SWAPA bestand aus Lehrern, Kirchenmitarbeitern und Windhoeker Intellektuellen. Beide Organisationen drückten in ihren Namen einen nationalen Ansatz aus. Zudem forderte die SWAPA in ihrem Organ „South West News“, der ersten schwarzen Zeitung Namibias, die Nationalisierung des Widerstands. Sowohl SWASB und SWAPA als auch später die SWANU verfügten aber nicht über eine entsprechende Massenbasis und waren so der OPO, bzw. SWAPO in Bezug auf den Grad der nationalen Organisation unterlegen.⁸⁵

Die Selbstdarstellung als einigendes Element im anti- kolonialen Widerstand behielt die SWAPO auch in der Folgezeit bei. Deutlich wurde dies v. a. Mitte der 70er Jahre, als Pretoria die sogenannte 'interne Lösung' zur politischen Selbstverwaltung Namibias propagierte und zu diesem Zweck die *Turnhallen- Konferenz* einberief.⁸⁶

SWAPO setzte dagegen weiterhin die Forderung nach nationaler Einheit. Wie von Melber beschrieben (siehe 2.3.1.), tauchte hier auf politischer Ebene besonders drastisch die Situation der gemeinsamen Konfrontation mit dem Kolonialregime auf. Die Turnhallenkonferenz stellte darüber hinaus einen der massivsten und organisiertesten Versuche Südafrikas dar, den namibischen Nationalismus zu spalten und ihn regional und ethnisch zu kanalisieren. Mit dementsprechend

⁸² Vgl. SWAPO: *To Be Born A Nation*, London 1981, S. i.

Siehe auch: SWAPO: *Politisches Programm der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) von Namibia*, Lusaka 1976, S. 3: In ihrer Satzung steht folgende Selbstdefinition geschrieben: „Sie ist somit Ausdruck und Verkörperung der nationalen Einheit, Ausdruck und Verkörperung eines einzigen Volkes.“

⁸³ Vgl. SWAPO (1981), S. 172- 175.

⁸⁴ Der frühere anti- koloniale Widerstand wird weiter unten in diesem Kapitel behandelt. (T. M.)

⁸⁵ Vgl. SWAPO (1981), S. 170/ 174/ 175.

⁸⁶ Vgl. Weiland, Heribert: *Verfassung und Verfassungsgrenzen in der dritten Welt: der Fall Namibia*, in: *Nord-Süd* aktuell Nr. 1/1996, S. 93/ 94: Die Turnhallenkonferenz war zwischen 1975 und 1977 eine Reihe von Treffen von Vertretern der einzelnen Ethnien zur Ausarbeitung einer späteren namibischen Verfassung. Auf internationalen Protest gegen die Eingliederung des damaligen „Südwestafrika“ demonstrierte Südafrika sein Bemühen um eine sogenannte „Interne Lösung“, die zu einer schrittweise Unabhängigkeit des Territoriums führen sollte.

Ihr ethnisch- partikularistischer Grundansatz delegitimierte die Konferenz international; SWAPO und mit ihr die Mehrheit der namibischen Bevölkerung standen dem Vorhaben ablehnend gegenüber.

Der Verfassungsvorschlag der Turnhallenkonferenz, der vorsah, die „Homelands“ nicht separat, sondern nur gemeinsam in die Unabhängigkeit zu entlassen, wurde jedoch nie verabschiedet, da erheblicher Widerstand auf internationaler Ebene zur Auflösung der Konferenz nach nur zwei Jahren führte.

Die bis 1999 größte namibische Oppositionspartei „Democratic Turnhalle Alliance“ (DTA) ging nach der Auflösung der Konferenz aus dieser hervor. Bis heute ist sie deshalb in weiten Teilen der Bevölkerung nicht zu Unrecht als Kollaborateurin verurteilt.

entschlossener Rhetorik reagierte die SWAPO darauf: Eine Unterüberschrift in „To Be Born A Nation“ spricht von der Rekrutierung des „Stammes- Zirkus“, die Delegierten der Konferenz werden als „Marionetten der südafrikanischen Regierung“ verurteilt, und auf einer Pressekonferenz im Januar 1975 anlässlich der Konferenz distanzierte sich die SWAPO deutlichst von „currently proposed mulit- racial talks because they are tribally oriented and do not involve the true leaders of the Namibian people.“⁸⁷

Wie polarisiert diese Situation war, zeigt auch das folgende Ereignis: Im Oktober 1976 verfaßten vier der bedeutendsten *Chiefs* des südlichen Namibia eine gemeinsame Erklärung, in der sie -vor die Wahl zwischen SWAPO und der Turnhallenkonferenz gestellt- klar Partei für die Befreiungsbewegung ergriffen. Dabei sahen sie sich in der Tradition der „heldenhaften Opfer ihrer Väter [...] und aller anderen, die schon begonnen hatten, durch aktiven Widerstand gegen die deutsche koloniale Aggression eine Nation aufzubauen und die nur geschlagen wurden, weil sie nicht vereint genug waren [...]“.⁸⁸

Hier trifft also die Feststellung Melbers zu, dass Nationalismus in solchen Konstellationen als Bindeglied fungiert und dabei evtl. bestehende Differenzen kurz- bis mittelfristig überdeckt (siehe 2.3.1.). Gestützt wird sie dadurch, dass sich die besagten vier *Chiefs* erst in einer absoluten entweder- oder- Situation und mehr als anderthalb Jahrzehnte nach Gründung der SWAPO auf deren Seite stellten..

Am umso stärkeren Betonen der nationalen Einheit durch die SWAPO ist auffällig, dass sie dabei mit taktischer Rhetorik auch die Vergangenheit vereinnahmt. In einer einzigen nationalisierenden Verbal- Umarmung bezeichnet sie den anti- kolonialen Widerstand einzelner Völker – Herero, Nama, Bondelswarts und Ovambo - gegen Deutsche und Portugiesen in den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts sowohl als „War of National Liberation (1904-8)“ als auch als „national war of freedom“.⁸⁹

Inwieweit Nationalismus tatsächlich das dominierende Element und das Zentrum der SWAPO-Ideologie bildete, läßt sich aus ihrem Politischen Programm von 1976 erkennen. Da der Blickwinkel und entsprechend auch die „Aufgaben für Gegenwart und Zukunft“ auf das Erreichen der Unabhängigkeit fokussiert sind, geht es dabei hauptsächlich um Maßnahmen der Mobilisierung der Bevölkerung, die Organisation der Massen und das Propagieren eines nationalen Bewußtseins. Eindeutig wird auch hier die Abgrenzung zu jeglichem als spaltend begriffenen Sektierertum vollzogen: „Tribalismus“, Regionalismus“, „ethnische Orientierung“ sowie „rassische Diskriminierung“.⁹⁰

Eine der wenigen Bemerkungen über die Zeit nach der Unabhängigkeit ist die Forderung nach einer klassenlosen Gesellschaft frei von Ausbeutung sowie das Bekenntnis zu den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus.⁹¹ Detailliertere Einblicke werden hier allerdings nicht gegeben.

Artikel II der auf dem gleichen Parteikongreß in Lusaka verabschiedeten Satzung äußert immerhin den Anspruch auf „nationale *und* soziale Befreiung“⁹², ansonsten halten sich die zentralen Dokumente der SWAPO sehr bedeckt, was politische Inhalte angeht – auch wenn im Vorwort von „To Be Born A Nation“ als nächste Aufgabe nach der Unabhängigkeit der „nationale Wiederaufbau“ genannt ist.⁹³

Im Rahmen der - nicht zu unterschätzenden - Einschränkung, dass die spezielle Situation des Befreiungskampfes bei einer Bewertung nicht außer acht gelassen werden sollte, ist Melber insofern zuzustimmen, als dass das Beispiel Namibia seine Beobachtung bestätigt (siehe 2.3.1.):

⁸⁷ Ebd., S. 214 –216.

⁸⁸ Ebd., S. 234 – 236: Bei den *Chiefs* handelte es sich um Pastor H. Witbooi aus Gibeon, S. Isaaks aus Keetmanshoop, J. Stefanus aus Vaalgras und H. Noeteb aus Hoachanas.

⁸⁹ Ebd., S. 158; 164.

⁹⁰ SWAPO: Satzung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) von Namibia, Lusaka 1976, S. 6.

⁹¹ Vgl. Ebd., S. 6/ 7.

⁹² SWAPO: Politisches Programm (1976), S. 3. - Hervorhebung durch den Autor, T. M.

⁹³ SWAPO (1981), S. iii.

Der Nationalismus als bestimmendes ideologisches Element wird umso stärker propagiert, je mehr es an tatsächlichen Inhalten mangelt.

Dollie und Strauss lehnen in ihrer Kritik von „To Be Born A Nation“ den bloßen revolutionären Nationalismus als nicht ausreichende positive Bezugsgröße ab. Dieser sei alleine nicht geeignet, um das Projekt der nationalen Einheit zu verwirklichen.⁹⁴

Es sei unumgänglich, die Inhalte von Nationalismus zu diskutieren, um reaktionäre Tendenzen ausschließen zu können.⁹⁵ Weiterhin müsse die Klassenfrage analysiert werden: die Situation der einzelnen Gesellschaftsschichten, ihre Beziehung zueinander sowie die Möglichkeiten „nationaler Kommunikation“.⁹⁶

Der SWAPO werfen sie vor, solche ideologischen und ökonomischen Aspekte des „Nation Building“ zu vernachlässigen.⁹⁷ Diese Kritik begreifen sie allerdings nicht als konterrevolutionär, sondern aus dem Inneren der progressiven Kräfte in Namibia. Insofern stimmen sie mit der oben erwähnten Forderung nach „nationaler und sozialer Befreiung“ überein.⁹⁸

4. Widerhaken in den Startlöchern- Rahmenbedingungen der unabhängigen Republik Namibia

Es ist viel geschrieben worden über die spezielle Situation ehemaliger Kolonien nach ihrer Unabhängigkeit. In kaum einem Fall taucht dabei nicht früher oder später das Problem auf, dass eine eklatante Lücke klafft zwischen dem formal- politischen Status der Unabhängigkeit und der dennoch fortbestehenden ökonomischen Verkettung, meist ans frühere „Mutterland“. Der Start in die Selbständigkeit ist oft mit enormen wirtschaftlichen und sozialen Hypotheken belastet.

Als Namibia vor nunmehr zwölf Jahren offiziell an die Stelle Südwest- Afrikas trat, übernahm der neue Staat damit auch von der Vorgängerregierung angehäufte Verbindlichkeiten ans Ausland in Höhe von beinahe 800 Millionen Rand.⁹⁹ Eine Verschuldung in dieser Größenordnung war von Südafrika nicht nur fahrlässig in Kauf genommen, sondern auch bewußt forciert worden, um einem unabhängigen Namibia Steine in den Weg zu legen.¹⁰⁰ Hinzu kam eine massive Produktivitätskrise in den letzten Jahren unter südafrikanischer Herrschaft, in der die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukt von 3% (1987) auf 0,2 % (1989) fiel.¹⁰¹ Auch im Unabhängigkeitsjahr lag das Wirtschaftswachstum unter dem der Bevölkerung.¹⁰²

Der angehende Präsident Sam Nujoma hatte ursprünglich angekündigt, seine Regierung würde die angesammelte Schuldenlast nicht übernehmen. Eine entsprechende Entscheidung hätte jedoch in internationalen Finanzkreisen die sogenannte ‚Kreditwürdigkeit‘ Namibias in Frage gestellt. So

⁹⁴ Vgl. Dollie/ Strauss, André: To Be Born A Nation. A Critique, in: Dollie (1988), S.142/142.

⁹⁵ Vgl. Ebd, S. 136.

⁹⁶ Ebd., S. 143.

⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 110.

⁹⁸ Ebd., S. 148.

⁹⁹ Vgl. Becker (1989), S. 21: Dieser Betrag entsprach damals 600 Millionen DM. Ein entsprechender Verschuldungsstand wurde vom damaligen Finanzsekretär Südwest- Afrikas, Johan Jones, genannt. Unabhängige Experten sprachen sogar von mehr als einer Milliarde Rand. Der Schuldendienst des Landes hatte außerdem schon 1986 20 bis 25 % der Exporterlöse verschlungen.

Vgl. auch Namibia. Development Briefing. The Voice of the Namibian Non-Governmental Organisation Forum, No´s 1/ 2 1992, S. 10.: Nach Angaben namibischer NGOs betragen die geerbten Schulden 827 Millionen Rand.

¹⁰⁰ Vgl. Becker (1989), S. 12: Dies geschah zum Einen durch die Einrichtung der South West Africa Territorial Force (SWATF), zum Anderen durch die ethnisch separate Verwaltung –dem Gegenteil von ‚schlanker Bürokratie‘. Letztere bedingte die Existenz eines bürokratischen schwarzen Kleinbürgertums, das mit spürbaren Gehaltserhöhungen bei Laune gehalten wurde.

¹⁰¹ Vgl. Gatter (1990), S. 31.

¹⁰² Vgl. Melber, Henning: Hart am Wind. Namibias Last mit der Bürokratie, in: issa Nr. 4/1994, S. 23.

schwenkte die SWAPO schließlich bereits vor ihrer Wahl auf Linie um und folgte damit den Beispielen der ZANU- PF in Zimbabwe oder der FSLN in Nicaragua.

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt ließ sich die Prognose aufstellen, dass sich eine solch drastische Auslands- Verschuldung als „Fessel für eine eigenständige Entwicklung“ herausstellen würde.¹⁰³

Tatsächlich klaffte bereits im Budget 1992/93 eine Lücke von 567 Millionen Rand zwischen Ausgaben und Einnahmen, was den Finanzminister Hanekom dazu trieb, die zuständigen Stellen um den ersten Kredit Namibias in Höhe von annähernd 350 Millionen Rand zu ersuchen.¹⁰⁴

Ein hoher Grad der Abhängigkeit von außen kennzeichnete somit bereits die ersten Gehversuche Namibias. Auf externe Hilfe angewiesen, hoffte die Regierung auf eine große Zuschußfreudigkeit bei der Internationalen Geber- Konferenz, die Mitte 1990 unter Schirmherrschaft der UN in New York stattfand. Statt der erhofften 800 kamen jedoch nur enttäuschende rund 300 Millionen US-\$ zusammen.¹⁰⁵

Anfang 1991 folgte dann eine internationale Investorenkonferenz auf der Grundlage des kurz zuvor verabschiedeten Investitionsgesetzes (*Foreign Investment Bill*). Dieses sicherte den dringend benötigten Investoren „Zugang zu Devisen, Schutz vor Verstaatlichung und Möglichkeiten zur innerbetrieblichen Konfliktregelung nach international akzeptierten Normen“¹⁰⁶. Die Einschränkungen, denen unternehmerische Initiative damit unterlag, waren marginal.¹⁰⁷ Eine Umsetzung der Forderung nach einer Gesellschaft auf den Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus, in frühen SWAPO- Programmen immer wieder vorgebracht, war schon zu diesem Zeitpunkt äußerst unwahrscheinlich.¹⁰⁸

Da die koloniale Wirtschaft Namibias vollständig in die südafrikanische Binnenökonomie integriert gewesen war, lag die Priorität eindeutig auf der Ausbeutung der Bodenschätze. Die Konzentration auf den Export von Kupfer, Blei, Zink, Uran und Diamanten machte auch das unabhängige Namibia sehr empfindlich für die Entwicklung der Weltmarktpreise dieser Rohstoffe. Der ehemals reiche Fischbestand vor der Küste des Landes war durch Wilderei erheblich dezimiert, die Landwirtschaft im kommerziellen Sektor rein exportorientiert und grundsätzlich fehlte die Struktur zur Versorgung der gesamten Bevölkerung.¹⁰⁹

Dazu kam –und kommt noch immer- eine bedrohliche Wetterabhängigkeit. Insbesondere die Dürreperiode während der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit – die schlimmste seit den ersten Aufzeichnungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts - hatte die meisten Regionen des Landes im Würgegriff.¹¹⁰

¹⁰³ Becker (1989), S. 12.

¹⁰⁴ Vgl. Namibia. Development and Briefing (1992), S. 10.

¹⁰⁵ Vgl. Melber, Henning: Namibia, in: Handbuch der 3. Welt 1993, Bd. 5: Ostafrika und Südafrika, Bonn 1993, S. 409.

Siehe auch Gatter (1990), S. 31.

¹⁰⁶ Melber: Namibia (1993), S. 408/ 409.

¹⁰⁷ Vgl. Gatter (1990), S. 31.

¹⁰⁸ Vgl. Lenaerts, Johnny: Bring back a bit of socialism, in: Analyse und Kritik Nr. 345/1992, S. 26: Hier wird die Wirtschaftspolitik der SWAPO nach 2 Jahren Regierungszeit denn auch mit folgenden drei Schlagworten zusammen: „Privatsektor, Investitionen aus dem Ausland, Export“ - da der eigene Binnenmarkt Namibias sehr klein ist. Siehe dazu auch: Hansohm, Dirk: Macro- Economic Framework, in: Melber: Ten Years ... (2000), S. 24/ 25: Die *terms of trade*- Bilanz Namibias ist nach Darstellung der Bank of Namibia in ihrem Jahresreport 1999 von drei Ausnahmen (1991, 1993 und 1996) abgesehen ebenfalls bescheiden. In den späten 90er Jahren stagnierte die Rate. Tendenziell fallen die Exporterlöse gegenüber den Importkosten ab. Darüber hinaus konzentriert sich der Export immer noch vorwiegend auf die „traditionellen“ Güter (in der Regel Mineralien).

¹⁰⁹ Vgl. Gatter (1990), S. 31.

¹¹⁰ Vgl. Hopwood, Graham: Drought devastes communal farms, in: Namibia. Development Briefing (1992), S. 2: Die kommunale Landwirtschaft – im Gegensatz zur kommerziellen, die vor allem von Weißen Farmern betrieben wurde und wird - im Norden Namibias war von der Dürre am schlimmsten betroffen. Wasserreservoirs waren leer, Nahrungsmittel wurden knapp und über 340.000 Menschen mußten mit Nahrungsmitteln versorgt werden, während ihr Nutzvieh massenhaft starb.

Ein gewaltiges Problem Namibias war von Anfang an die enorme Diskrepanz zwischen dem Ertragspotential und der relativen Beschäftigungszahl mancher Wirtschaftssektoren. So machte im Unabhängigkeitsjahr die Förderung von Bodenschätzen 41% des Bruttoinlandprodukts aus. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung lag dagegen bei nur 5%.¹¹¹

Der gesamte Bergbausektor stand zur Zeit der Unabhängigkeit unter Kontrolle von drei multinationalen, bzw. südafrikanischen Konzernen.¹¹²

Widersprüchliche Angaben existieren über den Anteil der kommerziellen, exportorientierten Landwirtschaft, die vor 1990 ausschließlich von Weißen betrieben wurde, am Bruttoinlandsprodukt. So kursierten für den Zeitpunkt der Unabhängigkeit sowohl der Wert von 40 – bei einer Beschäftigung von gerade mal „9% des landwirtschaftlichen Proletariats“¹¹³ - als auch von 10%.¹¹⁴

Auf der anderen Seite bildete die im dichtbevölkerten Norden Namibias dominierende Subsistenzwirtschaft die Lebensgrundlage für rund die Hälfte der Gesamtbevölkerung, während ihr Anteil am BIP mit 5% äußerst gering war.¹¹⁵ Vor der Unabhängigkeit waren zusammengerechnet nicht mehr als etwa 15% der Bevölkerung im formellen Sektor beschäftigt, was die riesige Bedeutung des informellen noch einmal hervorhebt.¹¹⁶

Zur gleichen Zeit waren deutlich mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten als Staatsbedienstete in Verwaltung oder Regierung tätig. Ein solcher Grad der Bürokratisierung wirkt sich zwangsläufig belastend auf das Budget aus, und da die SWAPO im Geist ihrer Versöhnungspolitik die Weiterbeschäftigung der alten Regierungsbeamten zusagte, besteht dieser Zustand letztendlich bis heute fort.¹¹⁷

Die namibische Wirtschaft zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit wird von Wolfgang Frommlet als „10%- Ökonomie“ bezeichnet, da von Minen und Fischerei über kommerzielle Landwirtschaft bis hin zu Tourismus und Dienstleistungswesen sämtliche Bereiche in der Hand „von 10% Weißen“ lag.¹¹⁸ Das Gros der schwarzen Bevölkerung war in diesem System als un-, bzw. angelegerte Hilfskräfte vorgesehen¹¹⁹- soweit sie überhaupt eine bezahlte Beschäftigung hatten, denn Arbeitslosigkeit ist ein weiteres von Südafrika ererbtes, massives Problem des jungen Namibia.

Vgl. auch Werner, Wolfgang: Agriculture and Land, in: Melber: Ten Years ... (2000), S. 29: Ein Hindernis grundsätzlicher Art ist die Tatsache, daß das aride Klima ohnehin nur 34 % der Fläche Namibias mit der für die Bewirtschaftung des Bodens notwendigen Mindestniederschlagsmenge von 400 mm versorgt.

¹¹¹ Vgl. Gatter (1990), S. 31.

¹¹² Vgl. Melber: Namibia (1993), S. 407.

Siehe dazu auch Lenaerts (1992), S. 26: An dieser Tatsache hat sich insofern nichts geändert, als die SWAPO ihre Pläne zur Verstaatlichung von Produktionszweigen aufgegeben hat.

¹¹³ Vgl. Gatter (1990), S. 31.

¹¹⁴ Vgl. Südwest LB: Länderbericht Namibia, Stuttgart 1992, S. 2.

¹¹⁵ Vgl. Gatter (1990), S. 31.

Siehe dazu aber auch Werner: Agriculture ... (2000), S. 29: Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt geht Werner für 1990 von einem Anteil von 6,4% (kommerzielle Landwirtschaft), bzw. 2,9% (Subsistenzwirtschaft) aus. Demnach hätten sich weiterhin die Werte von 1998 auf 5,5%, bzw. 2,5% verschlechtert.

¹¹⁶ Vgl. Melber, Henning: Namibia (1993), S. 408.

Siehe dazu auch Helbig, Helga und Ludwig: Die soziale Ungleichheit muß ausgeglichen werden, in: issa Nr.1/1993, S. 30: Nach Angaben der Internationalen Arbeits- Organisation (ILO) integrierte der formelle Sektor auch zu Beginn der 90er Jahre nur rund 200.000 von 550.000 Arbeitsfähigen. Demnach entfielen noch immer 270.000 bis 320.000 auf die Subsistenzwirtschaft .

¹¹⁷ Vgl. Melber: Namibia (1993), S. 408: Aus der „Manpower Survey 1988“ des „Department of Economic Affairs“ geht hervor, daß der Öffentliche Dienst mit 23,7% an der Spitze der Beschäftigungsliste steht.

Siehe dazu auch Hansohm (2000), S. 22: Nach Angaben der Weltbank von 1999 wurden ungefähr 17% des BIP Namibias für Regierung und Verwaltung ausgegeben. 1997 lag dieser Wert bei etwa 31%. Der Durchschnittswert der „Lower Middle Income“- Länder, zu denen Namibia dank seines hohen Pro-Kopf-Einkommens irreführenderweise gehört, liegt bei ungefähr 13%, derjenige der südlich der Sahara gelegenen afrikanischen Ländern macht etwa 17% aus, und die Länder mit hohen Einkommen weisen 15% auf.

¹¹⁸ Frommlet, Wolfram: Die einen haben die Freiheit - die anderen haben das Land. Namibia im dritten Jahr der Unabhängigkeit, in: issa Nr. 4/1992, S. 10.

¹¹⁹ Vgl. Ebd., S. 10.

Diesbezügliche Angaben gehen von (geschätzten) 20 bis 30% 1990 aus. In den Städten hatte eine starke Landflucht die Zahlen sogar auf über 50% getrieben.¹²⁰

In einem Zwischenfazit zwei Jahre nach der Unabhängigkeit hielt ein Korrespondent der Süddeutschen Zeitung fest, zwei Drittel aller Namibier seien ohne Arbeit.¹²¹ Auch 1997 war noch von einer Quote von mehr als 40 % die Rede.¹²² (Siehe dazu auch 5.4.)

Besonders drastisch stellt sich das Beschäftigungsproblem seit jeher unter den repatriierten Exilanten dar: Von den 45.000 Flüchtlingen, die Mitte 1989 innerhalb von nur drei Monaten ins Land zurückgeholt wurden, hatten UNICEF zufolge ein Jahr später noch nicht einmal 10% eine feste Arbeit gefunden.¹²³ Zu bedenken ist dabei auch, dass angesichts der damaligen Gesamtbevölkerung von 1,4 Millionen ohnehin nur knapp 180.000 Arbeitsplätze im formellen Sektor bestanden hatten.¹²⁴

Erschwerend kommt hinzu, dass die namibischen Männer, die auf südafrikanischer Seite gegen die SWAPO gekämpft hatten, mit der Unabhängigkeit ebenso ohne Einkommen dastanden wie die Bäuerinnen, die sich auf den Militärbasen der Besatzungsmacht als Putzfrauen oder Küchenhilfen durchgeschlagen hatten.

Wie vertrackt sich eine solche Konstellation auf das Anliegen der „Nationalen Versöhnung“ auswirkt, läßt sich unschwer daran erkennen, dass die zurückgekehrten Kämpfer der People’s Liberation Army of Namibia (PLAN) –ebenfalls arbeitslos- in mehreren Fällen von ihren Familien vorgeworfen bekamen, andere Angehörige hätten durch den Abzug der Südafrikaner ihre Einkommensquelle verloren- und damit letztlich wegen ihnen.¹²⁵

Auch nach der Unabhängigkeit gab es kein Ende der zahlreichen Massenentlassungen.¹²⁶ Der Anteil an gewerkschaftlichen Forderungen, die in der neuen Arbeits- und Sozialgesetzgebung in den ersten Jahren nach 1990 umgesetzt wurden, ist minimal.¹²⁷ „Der namibische Arbeiter wird noch immer schamlos ausgebeutet“, wie der Generalsekretär der *National Union of Namibian Workers* (NUNW), Bernhard Esau, feststellte. Nach der politischen Befreiung sah er die Zeit reif für die „Befreiung des Arbeiters“.¹²⁸

Skeptische Bestandsaufnahmen reihen sich seit Namibias Unabhängigkeit Jahr für Jahr auch in Bezug auf die sozialen Verhältnisse aneinander. „Aufgrund der verfügbaren Daten“, so Melber, weise Namibia „die weltweit größten Unterschiede zwischen Arm und Reich“ auf.¹²⁹

1988 hatte das durchschnittliche Pro- Kopf- Einkommen bei ungefähr 3.000 Rand (damals 2.000 DM/ 1.442 US- \$) gelegen, was für afrikanische Verhältnisse vergleichsweise hoch war. Tatsächlich wies die Verteilung eklatante Ungerechtigkeiten auf: 5% der Bevölkerung (ganz überwiegend Weiße) lagen bei einem Durchschnitts- Einkommen von 41.250 Rand (14.560 US- \$). Weitere 40%, die im monetarisierten Wirtschaftsbereich tätig waren, verdienten

¹²⁰ Vgl. Gatter (1990), S. 31.

¹²¹ Vgl. Behrens, Gerd: Die Mühe, beim Laufenlernen nicht zu stolpern, in: Süddeutsche Zeitung, 30. November 1992.

¹²² Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 11. Juli 1997: Namibias alte Kämpfer werden ungeduldig..

¹²³ Vgl. Melber (1991), Krieg und Kriegsbewältigung in Namibia. „Wir können vergeben, aber nicht vergessen“, Freiburg 1991, S. 23.

¹²⁴ Vgl. Helbig, Helga und Ludwig: Die schwierige Rückkehr aus dem Exil, in: issa Nr. 2/1993, S. 32.

¹²⁵ Vgl. Mayr, Gaby und Bexer, Günther: Autowracks am Straßenrand und leere Kassen, in: Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 1992.

¹²⁶ Vgl. Lenaerts (1992), S. 27

¹²⁷ Vgl. Frommlet (1992), S. 10: Dies bezieht sich z. B. auf die Mindestlöhne, die weitaus geringer liegen als erhofft, die nur rudimentäre Schwangerschaftsregelung, eine Arbeitswoche von 45 statt 41 Stunden und einen höchstens halbherzigen Kündigungsschutz.

¹²⁸ Helbig/ Helbig: Die soziale Ungleichheit ... (1993), S. 32.:

¹²⁹ Melber, Henning: Namibias nachkolonialer Alltag: Eine „Befreiungsbewegung an der Macht“, in: Jahrbuch Dritte Welt 1998, München 1997, S. 101.

Vgl. Auch Schade, Klaus: Poverty, in: Melber: Ten Years ... (2000), S. 111: Die „National Household Income and Expenditure Survey“ von 1993/ 94 bezifferte den Gini- Koeffizienten Namibias auf 0.701. Dies war Mitte der 90er Jahre der höchste Wert weltweit.

(Der Gini-Koeffizient gibt die Verteilungsgerechtigkeit von Einkommen innerhalb eines Landes an; T. M.)

durchschnittlich 1875 Rand; die restlichen 55% im informellen Sektor mußten schließlich mit 212 Rand (63 US-\$) auskommen.

Der Verdienst der obersten 5% betrug 195 mal soviel wie der der letztgenannten 55%.¹³⁰ Dieselben 5% verfügten über mehr als 70% des BIP von 1.895 Millionen US-\$, während sich die Gruppe der untersten 55% mit 3% zufriedengeben mußten.¹³¹ Der Lebensstandard sank in den letzten 10 Jahren vor der Unabhängigkeit um 20%, bedingt durch Krieg, Sanktionen und die unsichere politische Situation. Die weiße Bevölkerung war von dieser Entwicklung allerdings nicht betroffen.¹³²

Auch noch kurze Zeit nach der Befreiung von Südafrika verdienten nach der Studie eines Weltbank-Ökonomen 90% der Beschäftigten im Jahr durchschnittlich 244 Rand, 5% (v. a. Schwarze in städtischen Gegenden) 1.440 Rand und 5% (hauptsächlich Weiße) 46.080 Rand.¹³³ Ein Kommentator beschreibt diese Dimensionen wie folgt: „Was ein Weißer an einem Arbeitstag kassiert, verdient ein Schwarzer in der Stadt in zwei Wochen, und ein Schwarzer auf dem Land muß ein ganzes Jahr dafür arbeiten.“¹³⁴

Von der namibischen Regierung 1995 veröffentlichte Zahlen bezüglich des Konsumverhaltens besagen, dass das reichste ein Prozent der Haushalte ebenso viel konsumiert wie die ärmsten 50%.¹³⁵

Ähnlich sieht das Bild bei der Landverteilung aus: 95% der landwirtschaftlich genutzten Fläche (34,4 von 36,2 Millionen Hektar¹³⁶ oder 6123 von 6292 Farmen) waren Umfrageergebnissen zufolge kurz nach der Unabhängigkeit in weißer Hand.¹³⁷ Nach Ergebnissen der Landreform-Konferenz von 1991 besaßen schwarze Namibier nur 181 Farmen und 2,9% des nutzbaren Landes.¹³⁸ Trotz ihres - aus heutiger Sicht beinahe irreführenden Namens - bewirkte die Konferenz keine wesentliche Änderung der Besitzverhältnisse.¹³⁹

Diese Situation spiegelt sich in erschreckendem Ausmaß auch in den sozialen Verhältnissen wider. „Zur Zeit haben wir ein Namibia mit wenigen Millionären und einer Million Bettler“, so formulierte es der Verfasser eines Leserbriefs in *The Namibian* bereits im Januar 1992.¹⁴⁰

Zumindest in diesen Anfangsjahren mußten sich die letztgenannten demnach also weiter im Verzicht auf elementare Bedürfnisse üben.¹⁴¹ Inzwischen hat die Regierung in den Bereichen Wohnung, Bildung, Arbeit und medizinische Versorgung zwar einige Anstrengung – auch finanzieller Art - investiert, die Situation aber nicht grundlegend verbessern können.

Die Unabhängigkeit hatte auch keinerlei Einfluß darauf, dass die Geburtenrate mit über 3% noch immer ein Vielfaches des BIP-Wachstums betrug.¹⁴² Diese Tendenz setzte sich im Laufe der 90er Jahre fort. Obwohl die durchschnittliche Wachstumsrate im Vergleich zum vorherigen Jahrzehnt erheblich gesteigert werden konnte, stagnierte das Pro-Kopf-Wachstum seit 1995 konstant, wenn es nicht sogar sank.¹⁴³

¹³⁰ Vgl. Melber: Namibia (1993), S. 411.

¹³¹ Vgl. Helbig / Helbig: Die soziale Ungleichheit ... (1993), S. 30/ 32.

¹³² Vgl. Ebd., S. 30

¹³³ Vgl. Lenaerts (1992), S. 26.

¹³⁴ Ebd., S. 26.

¹³⁵ Vgl. Schade (2000), S. 111.

¹³⁶ Vgl. Brinkmann, Peter: Im Schatten der Apartheid. Interview mit Präsident Dr. Sam Nujoma, in: Süddeutsche Zeitung, Beilage Nr. 49, 1. März 1994,

¹³⁷ Vgl. Lenaerts (1992), S. 26.

¹³⁸ Vgl. Brinkmann (1994).

¹³⁹ Vgl. Frommlet (1992), S. 9: Zu diesem Zeitpunkt ist die Rede von „90% allen landwirtschaftlich nutzbaren Landes“ im Besitz von Weißen. Mehr zu diesem Thema unter 5.4.1.4..

¹⁴⁰ Lenaerts (1992), S. 27.

¹⁴¹ Vgl. Ebd., S. 27.

¹⁴² Vgl. Südwest LB (1992): In den 80er Jahren lag die Wachstumsrate des BIP bei geschätzten 0,4%.

Siehe auch Behrens, Gerd: Die Mühe beim Laufenlernen nicht zu stolpern, in: Süddeutsche Zeitung, 30. November 1992: 1991 hatte sie sich auf 0,8 % verdoppelt.

¹⁴³ Vgl. Hansohm (2000), S. 19.

Namibia übernahm eine Analphabetenrate von 60 bis 65%.¹⁴⁴ Wie prekär die Ausgangsbedingungen nach der Befreiung waren, zeigen auch einige Daten aus einer UNICEF-Studie aus dieser Zeit: Ihr zufolge waren in vielen Gegenden bis zu einem Drittel aller Kinder unterernährt. Die Sterblichkeitsrate bei Unter- 5- Jährigen lag bei 11,2%, und mehr als jede 200. Schwangere Frau (0,5%) überlebte die Schwangerschaft nicht. In Ovamboland hatten nur 5% der Häuser Zugang zu Elektrizität und sanitären Einrichtungen; 85% waren auf Holz zum Kochen angewiesen und die Hälfte besaß keine ständige eigene Wasserversorgung, was während der Trockenzeit einen durchschnittlichen Weg von beinahe zwei Stunden zur nächsten Wasserquelle bedeutete.¹⁴⁵

Angesichts dieser Lage formulierte Premierminister Hage Geingob die drei dringlichsten Ziele der SWAPO- Regierung wie folgt: Wirtschaftliches Wachstum, eine ausgeglichene ökonomische Struktur und soziale Gerechtigkeit.¹⁴⁶

Zwei Jahre nach der Unabhängigkeit prognostizierte der Kommentator Johny Lenaerts angesichts der bisherigen Entwicklung des Landes: „Die Massenarbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Ungleichheit und die noch immer wachsende Kluft zwischen arm und reich sind eine Zeitbombe für die Regierung.“¹⁴⁷ Ebenfalls warnte Gwen Lister, die Chefredakteurin der Tageszeitung „The Namibian“, vor der Explosivität dieser Konstellation.

So kam es denn auch bereits 1991 zum ersten Mal zu z. T. gewaltsamen Protestdemonstrationen. Daran beteiligt waren ehemalige Kämpfer der PLAN; manche Aktionen hingen unmittelbar mit den noch immer reichlichen rassistischen Zwischenfällen zusammen.¹⁴⁸

Proteste gab es auch von Seiten der Gewerkschafts- Dachorganisation *Namibia National Workers Union* (NUNW).

Im Juli 1991 schon löste sich die *Namibian National Students' Organisation* (NANSO) von der SWAPO und warf dieser die Aufgabe ihrer sozialistischen Ideale, die ausgebliebene Landreform und den Charakter der Versöhnungspolitik vor, die sie als „Einbahnstraße“ bezeichnete.¹⁴⁹ Die Privilegien der schwarzen Regierungsbeamten brachten bei kritischen Stimmen in der Bevölkerung den Begriff der „BMW- Kultur“ auf.¹⁵⁰ Die Unterstützung der SWAPO ließ vor allem unter den Arbeitern schnell nach. Bereits in den frühen 90er Jahren häuften sich die Arbeitsniederlegungen. Allein im zweiten Viertel des Jahres 1992 kam es zu neun wilden Streiks.¹⁵¹

5. „Nationale Versöhnung“ in Namibia

5.1. *Der namibische Weg: „Nicht zurückschauen!“*

„Let us from this day forget and leave the sad chapter behind us; those memories of bitter and long years of conflict, of racial hatred and deep mistrust among the Namibians must be buried forever.“

¹⁴⁴ Vgl. Melber: Namibia (1993), S. 411.

¹⁴⁵ Vgl. Gatter (1990), S. 33.

¹⁴⁶ Vgl. Ebd., S. 31.

¹⁴⁷ Lenaerts (1992), S. 27.

¹⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 27.

Siehe auch Neue Zürcher Zeitung (1997): Gerade an der Situation der meisten ehemaligen PLAN-Soldaten änderte sich aber weiterhin nichts –trotz fortdauernder Proteste. Schließlich griffen sie 1995 erstmals zum Mittel einer Geiselnahme. Opfer war ein stellvertretender Minister. Zwei Jahre darauf nahm eine Gruppe von 600 ehemaligen Befreiungskämpfern vier Beamte und SWAPO- Funktionäre im Norden als Geiseln.

¹⁴⁹ Lenaerts (1992), S. 27.

¹⁵⁰ Ebd., S. 27.

¹⁵¹ Vgl. Helbig/ Helbig: Die soziale Ungleichheit ... (1993), S. 32.

Präsident Sam Nujoma kurz nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse zur Verfassungsgebenden Versammlung, November 1989¹⁵²

„In der Frage der Vergangenheitsbewältigung haben die meisten Regierungen die Parole ausgegeben, die Vergangenheit ruhen zu lassen, um ein Kippen des heiklen Übergangsprozesses oder gar den Rückfall in eine bereits überwunden geglaubte Diktatur zu vermeiden. Man verhält sich so, als habe man einen Drachen im Keller, den man besser nicht reizt.“¹⁵³

Dieser Einschätzung zufolge steht die namibische Regierung also keinesfalls allein mit ihrer Vergangenheitspolitik, denn genau dieses Nicht-Anrühren des Gestern ist – aus verschiedenen Gründen - von ihr quasi zu einem Dogma erhoben worden.

Vergangenheit und Zukunft sind nicht nur durch die gegenwärtige historische Zäsur der Unabhängigkeit voneinander getrennt, sondern liegen auch, in einem Versuch einer räumlichen Darstellung, in entgegengesetzten Richtungen, sprich: wer einen Pol ins Auge faßt, vernachlässigt dadurch den anderen.

Eine entsprechend definitive, ausschließliche Rhetorik findet sich in vielen Regierungs-Statements zur Versöhnungspolitik.¹⁵⁴

Dabei ist das verordnete Nach-Vorne-Schauen kein Selbstzweck. Es verfolgt offiziell die gleiche Absicht wie sein südafrikanisches Gegenstück „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann sich versöhnen“ (siehe Kapitel 2.1., 2.2.): Eine bessere Zukunft zu ermöglichen, ohne die zurückliegenden Fehler und Verbrechen. Die Beschäftigung mit diesen, so Lauren Dobell Mitte der 1990er Jahre, wecke laut SWAPO das Verlangen nach Rache und lenke die Nation von den wichtigen Aufgaben des Wiederaufbaus und der Entwicklung ab.¹⁵⁵

In Erklärungen der namibischen Regierung war nie die Rede von demütigem Bekennen von Fehlritten, Rehabilitierung der Opfer oder Wiedergutmachung¹⁵⁶ Auch moralische Reflexion und kollektive Reue, wie von der ICLTD gefordert (siehe 2.1.), spielten dabei keine Rolle.

Vielmehr bemüht sich der namibische Weg um eine Art Schlußstrich, um vor dem Hintergrund veränderter Vorzeichen und Regeln die große Herausforderung der nationalen Einigung anzugehen.

Dazu berief sich die Regierung von der Unabhängigkeit an weder auf eine gerichtliche Verfolgung der Täter noch auf eine Wahrheitskommission¹⁵⁷. *Amnesty International* hatte empfohlen, eine solche einzurichten, schon alleine, um die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen im neuen Staat aus wichtigen Positionen v. a. in Militär und Polizei herauszuhalten.¹⁵⁸

Jedoch bestand weder von südafrikanischer Seite noch bei der SWAPO ein übermäßiges Interesse, das Geschehene auf diese Art und Weise aufzuarbeiten. Nach der Unabhängigkeit wies die

¹⁵² Chhabra, Hari Sharan: Tasks Facing SWAPO Leadership, in: Gupta, Vijay: Independent Namibia. Problems and Prospects, Delhi 1990, S. 37.

¹⁵³ Hailonga, Pandu: Drachen im Keller. Versöhnung und <<Kultur des Schweigens>> in Namibia, in: afrika süd Nr. 3/1996, S. 18, zitiert nach Tina Rosenbergs Buch „Dealing with the past“.

¹⁵⁴ Siehe obiges Zitat von Sam Nujoma, oder auch: „Deshalb, Landsleute, müssen wir uns versöhnen, einander vergeben, und die Ereignisse der Vergangenheit in den Annalen festhalten – um der Geschichte willen, aber niemals der Rache wegen.“ (Aus einer Rede des angehenden Innenministers Hifikepune Pohamba an die Teilnehmer des ersten Polizeilehrgangs des künftigen unabhängigen Namibias am 12. Februar 1990. Zitiert nach Melber: Krieg und Kriegsbewältigung. ... (1991), S. 30.

¹⁵⁵ Vgl. Dobell, Lauren: Namibia's Wall of Silence, in: Southern Africa Report, No 4/ 1996), S. 31.

¹⁵⁶ Siehe 2.1.: Interpretation von Versöhnung von Christo Lombard, Universität Windhoek

¹⁵⁷ Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Ähnlich wie in Südafrika stellte der alte Sicherheitsapparat, bis zum Schluß funktionsfähig und vor allem loyal –vgl. Saunders: From Apartheid to Democracy. Namibia and South Africa Compared, Basel 1998, S. 3- eine Gefahr für den fragilen Übergangsprozeß zur Demokratie dar. Außerdem sei noch einmal darauf hingewiesen, daß es im militärischen Sinn keinen Gewinner des Bürgerkriegs gab. Seine Beendigung ging vielmehr auf umfangreiche internationale Verhandlungen zurück. Insofern wäre eine „Siegerjustiz“ schon formal keine realistische Option gewesen.

Eine namibische Besonderheit stellt daneben die Verpflichtung gegenüber Dokumenten und Vereinbarungen dar, die aus diesen Verhandlungen hervorgegangen sind. Dieser Aspekt wird ausführlich unter 4.2. behandelt.

¹⁵⁸ Vgl. Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 28.

Regierung entsprechende Ansinnen von Oppositionsparteien mit dem Hinweis ab, eine solche Kommission sei zwangsläufig einseitig: Es sei unmöglich, die Verantwortlichen auf Seiten der Besatzungsmacht dazu zu bringen, vor ihr auszusagen.¹⁵⁹

Immerhin konnte der Sonderbotschafter der UN, Martti Ahtisaari, eine Expertengruppe einsetzen, die unter der Leitung des nigerianischen Botschafters Clarke im September 1989 die Situation in SWAPO- Lagern in Sambia und Angola untersuchte. Diese Mission wurde mit voller Unterstützung der SWAPO durchgeführt und brachte keine Hinweise auf gefangen gehaltene Personen.

Im Juni des folgenden Jahres ernannte der namibische Premierminister Hage Geingob eine Mehrparteien- Kommission, die Nachforschungen über Tote und Verletzte während des Krieges anstellen sollte.¹⁶⁰

Eine andere Quelle betont, Geingob sei zu diesem Schritt nur unter großem Druck bereit gewesen. Der Bericht der Kommission war demnach unschlüssig und nicht überzeugend und forderte eine nähere Untersuchung entweder durch ein Gericht oder durch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes. Dieses nahm Verhandlungen mit dem Premierminister auf, die aber ohne Ergebnis blieben.¹⁶¹

Essentieller Bestandteil des namibischen „Kein-Blick-Zurück“- Ansatzes ist eine Generalamnestie, über die sich beide Seiten einig waren.¹⁶² Der Weg zur Versöhnung sollte durch ein rechtliches „Niemandland zwischen Verlangen nach Gerechtigkeit und Notwendigkeit von sozialem Frieden“ führen.¹⁶³

Diese „juristische Grundlage für eine nachkoloniale nationale Versöhnungspolitik“ geht zurück auf zwei Erlasse der südafrikanischen Generaladministration unter Leitung von Louis Pienaar während der Transitionsphase 1989/90¹⁶⁴: Die Proklamation A. G. 13 vom 16. Juni 1989 ermöglichte die Repatriierung der SWAPO- ExilantInnen, ohne für etwaige zurückliegende Straftaten belangt werden zu können. Schließlich folgte am 9. Februar 1990 Proklamation A. G. 16, wonach diese Amnestie auf alle Mitglieder der südafrikanischen und südwestafrikanischen Militär- und Polizeieinheiten ausgedehnt wurde.¹⁶⁵

Allerdings war auch schon durch Resolution 435 verbindlich festgelegt worden, „[...] dass nach der Unabhängigkeit keine rückwirkenden Verurteilungen und Bestrafungen, die im Zusammenhang mit Befreiungskampf und Besatzung begangen wurden, erfolgen dürfen“.¹⁶⁶

Hierzu gab *Amnesty International* zu bedenken, dass das Gewähren einer Generalamnestie gerade vor jeglicher gerichtlicher Untersuchung ein fatales Signal an die Täter darstelle, das diese quasi über das bestehende Recht erhebe. Außerdem widerspreche eine solche Regelung in UN-Dokumenten festgehaltenen internationalen Vereinbarungen.¹⁶⁷

So entschieden und ausdauernd die namibische Regierung den eingeschlagenen Weg verteidigte, so konstant wurde er aus der Bevölkerung wie auch von Beobachtern kritisiert. Die Stimmen derjenigen, die die Sünden der Vergangenheit auf diese Art „unter den Teppich gekehrt“ sahen, wurden lauter.¹⁶⁸

¹⁵⁹ Vgl. Saunders, Christopher: From Apartheid to Democracy in Namibia and South Africa. Some Comparisons, in: Melber/Saunders: Transition in Southern Africa – Comparative Aspects, Uppsala 2001, S. 12.

¹⁶⁰ Vgl. Balch/Scholten (1990), S. 90.

¹⁶¹ Vgl. Simon, David: Independent Namibia One Year On, 1991, S. 8.

Siehe dazu in dieser Arbeit auch Kapitel 6.2.2. (T.M.)

¹⁶² Vgl. Saunders (2001), S. 12.

¹⁶³ Smith, Gary: Ein normatives Niemandland? Zwischen Gerechtigkeit und Versöhnungspolitik in jungen Demokratien, in: Smith/ Margalit, Avishai: Amnestie oder Die Politik der Erinnerung in der Demokratie. Frankfurt am Main 1997, S. 13.

¹⁶⁴ Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 26.

¹⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 26/ 27.

¹⁶⁶ Möllers, Hein: Umstrittene Ernennung. Ex-Sicherheitschef der Swapo soll Heereskommando übernehmen, in: issa Nr. 6/1990, S. 36.

¹⁶⁷ Vgl. Melber. Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 26/ 27.

¹⁶⁸ Saunders, (1998), S. 5.

Die namibische Rechtsanwältin Bience Gawanas, selbst als SWAPO- Mitglied von dieser als vermeintliche Spionin inhaftiert, wendet sich dagegen, „die Vergangenheit zu vergessen“.¹⁶⁹ Im Gegensatz zur Regierungsverordnung reiße die Erinnerung eben nicht alte Wunden auf, sondern diene vielmehr dem Ziel, das geschehene Unrecht nicht zu wiederholen.¹⁷⁰

Weit verbreitet ist seit jeher die Auffassung, die SWAPO schiebe die Versöhnungspolitik nur vor, um dahinter die von ihr selbst begangenen Menschenrechtsverletzungen zu verstecken.¹⁷¹ (Siehe Kapitel 6.2.2.). Der bereits zitierte Windhoek Theologieprofessor Christo Lombard kritisierte das Konzept als reines „forgive and forget“- Denken.¹⁷²

Auch wenn es innerhalb der Regierung immer Stimmen wie die des aktuellen „Minister of Higher Education, Training and Employment Creation“ Nahas Angula gab, der neben der moralischen die praktische, materielle Seite von Versöhnung betont, ist die tatsächliche Politik diesem Anspruch nie gerecht geworden.¹⁷³

5.2. Ursprünge und Hintergründe der Versöhnungspolitik

Die Implementierung der Politik der „Nationalen Versöhnung“, so Parlaments- Sprecher Mose Tjitendero (SWAPO) in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit sei die einzige Basis, wie Namibia als Nation überleben könne.¹⁷⁴ Sicherlich liegt in dieser Aussage auch eine Art Kapitulation vor der Realität der sozio-ökonomischen Verhältnisse. „Für uns wurzelt Versöhnung in Pragmatismus und harten Tatsachen“ so formulierte es Premierminister Geingob in seiner Rede zum ersten Jahrestag der Unabhängigkeit.¹⁷⁵

Allerdings stand die junge Republik Namibia ein Jahr zuvor nicht an einer Weggabelung mit freier Richtungswahl. Sie hatte ihre Geburtsstunde, als die südafrikanische Flagge heruntergelassen und die namibische hochgezogen wurde; diese war aber bei weitem keine „Stunde Null“.

Der pragmatische Charakter der Versöhnungspolitik war ein Ergebnis der Unabhängigkeitsverhandlungen zwischen Südafrika, Kuba und Angola unter Vermittlung der USA.¹⁷⁶

Auch Dobell konstatiert, dass die wesentlichen Züge dieser Politik bereits *vor* der Unabhängigkeit bestimmt worden seien.¹⁷⁷

In Anbetracht der internationalen Konstellation sowie im Hinblick auf den Kommentar des Parlamentssprechers stellt sich die Frage, ob es ohne sie überhaupt zur Unabhängigkeit gekommen wäre.¹⁷⁸

Ein wesentliches Merkmal der namibischen Versöhnungspolitik ist – entsprechend Premierminister Geingobs gerade zitierter Aussage - ihre pragmatische Kompromißbereitschaft.

¹⁶⁹ Gawanas, Bience: Wir können vergeben, aber nicht vergessen, in: issa Nr. 4/1990, S. 34.

¹⁷⁰ Vgl. Ebd., S. 34.

¹⁷¹ Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 29.

¹⁷² Dies äußerte Lombard während einer Podiumsdiskussion der „German-Namibian Foundation for Cultural Co-operation“ (NaDS) am 30. Oktober 2001 in Windhoek. Vgl. „Report on Panel Discussion: Reconciliation as an Ethical or Religious Value“, S. 2.

¹⁷³ So geschehen auf derselben Podiumsdiskussion der NaDS. Vgl. Ebd, S. 4

¹⁷⁴ Vgl. Interview mit Parlamentssprecher Mose Tjitendero, in: Africa Political Magazine: Who is Who, Namibia Today, 1992, S. 36.

¹⁷⁵ Melber, Henning. Demokratie kann man nicht essen, in: der überblick, Nr. 1/1992, S. 60.

¹⁷⁶ Vgl. Saunders (1998), S. 4.

¹⁷⁷ Vgl. Dobell (1996), S. 31.

¹⁷⁸ Vgl. Saxena, S.C.: Guiding Principles for Constitution Making, in: Gupta (1990), S. 45: Saxena argumentiert, daß die Annahme einer Verfassung eine grundsätzliche Vorbedingung für die Unabhängigkeit war. Diese wiederum entstand – und konnte nur entstehen - durch eine weitreichende Kompromißbereitschaft der beteiligten Parteien im Allgemeinen und der SWAPO im Besonderen und ging inhaltlich auf ältere Bestimmungen und Abmachungen zurück.

Alle Maßnahmen, die mit dieser Politik zusammenhängen, gehen zurück auf die Verfassung des Landes. Sie ist, in ihrem Entstehungsprozeß wie inhaltlich, ein mustergültiges Spiegelbild dieser Kompromißbereitschaft – eine Tatsache, die im westlichen Ausland zunächst überall begeistert aufgenommen und gelobt wurde.¹⁷⁹

Der deutsche Völkerrechtler Christian Tomuschat verstieg sich sogar zu folgendem verbalen Ritterschlag eurozentrisch - chauvinistischer Prägung: „Wer allein aufgrund der Lektüre des Verfassungstextes erraten sollte, welcher Weltregion das betreffende Land zuzuordnen ist, könnte leicht der Annahme zuneigen, dass es sich um einen in Westeuropa gelegenen Staat handeln müsse. Alle Elemente, die den freiheitlich- demokratischen Staat westlicher Prägung kennzeichnen, finden sich auch in der namibischen Verfassung verankert.“¹⁸⁰

Überraschen dürfte dies eigentlich nicht, basiert die hochgelobte Verfassung doch auf einer Reihe von Grundsätzen, die bereits 1982 für ein zukünftiges unabhängiges Namibia erarbeitet wurden¹⁸¹ und den Rahmen der Verfassungsgebenden Versammlung bildeten.

Die westliche Kontaktgruppe, die damals zwischen SWAPO und der südafrikanischen Regierung zu vermitteln versuchte, hatte 1977/ 1978 einen detaillierten Plan zur Lösung des namibischen Konflikts formuliert. Dieser sah den Übergang zu einer Mehrparteiendemokratie vor und wurde von den Vereinten Nationen als *Sicherheitsrats-Resolution 435* verabschiedet. Allerdings konnte er erst 1989 nach der Wiederaufnahme der zwischenzeitlich lahmgelegten Verhandlungen implementiert werden.¹⁸²

Die *Constitutional Principles*, bzw. „Principles Concerning the Constituent Assembly and the Constitution for an Independent Namibia“¹⁸³ gingen ebenfalls auf die Kontaktgruppe zurück und stellten eine Ergänzung zu Resolution 435 dar.¹⁸⁴ Sowohl SWAPO als auch Pretoria konnten dazu bewegt werden, beiden Dokumenten zuzustimmen¹⁸⁵ - wenn auch widerwillig.¹⁸⁶

Die Verfassungsprinzipien sahen eine durch geheime Wahl legitimierte Einheits-Regierung für das gesamte Territorium vor, ein demokratisches Mehrparteiensystem, eine unabhängige Judikative sowie einen umfangreichen Grundrechtekatalog einschließlich Presse- Versammlungs- und Religionsfreiheit und dem zugesicherten Schutz von Privateigentum.¹⁸⁷ Enteignungen sollte es nur in absolut unvermeidlichen Fällen geben, in denen den Enteigneten aber eine angemessene Entschädigung zustünde.

Neben diesem deutlichen Signal, die Besitzverhältnisse aus Apartheid- Zeiten nicht anzugreifen, besteht ein weiterer Passus, der gleichen Zugang zu Stellen im Öffentlichen Dienst und in den Sicherheitskräften gewährt.¹⁸⁸ Darin liegt ein Zugeständnis an diejenigen Namibier - und besonders an die weiße Bevölkerung - die im Falle der Unabhängigkeit eine Besetzung allein mit SWAPO-Kadern und damit – in ihrer Wahrnehmung - eine Willkürherrschaft mit umgekehrten Vorzeichen befürchtet hatten.

¹⁷⁹ Vgl. du Pisani, A,dré: A Nation In The Making, in: South Africa International, No 4/1990, S. 199/200.

Siehe auch Weiland, Heribert: Demokratie und nationale Entwicklung in Namibia. Eine Zwischenbilanz nach zweieinhalb Jahren Unabhängigkeit, in: Afrika-Spektrum Nr. 27/1992, S. 274.

¹⁸⁰ Tomuschat, Christian: Die Verfassung Namibias, in: Vereinte Nationen Nr. 3/1990, S. 95.

¹⁸¹ Vgl. Ebd., S. 95.

¹⁸² Vgl. Saunders (1998), S. 1/2.

Zu den Hintergründen siehe Weiland (1996), S. 94 sowie Chhabra (1990), S. 34/ 36: Die Kontaktgruppe bestand aus Kanada, Frankreich, Großbritannien, den USA und der BRD (Weiland). Gegründet wurde sie in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre als Reaktion auf Südafrikas Bemühungen um eine interne Lösung des Konflikts; eine Option, nie international weder erwogen noch anerkannt wurde (Chhabra). Resolution 435 wurde 1989 in ihrer Original- Form als Resolution 632 bestätigt (Chhabra).

¹⁸³ Erasmus (1990), S. 35.

¹⁸⁴ Vgl. Weiland (1992), S. 275.

¹⁸⁵ Vgl. Ebd. (1996), S. 96.

¹⁸⁶ Vgl. Saunders (2001), S. 9.

¹⁸⁷ Vgl. Chhabra (1990), S. 40.

¹⁸⁸ Vgl. Weiland (1996), S. 95.

In der Person von Sam Nujoma sowie vor allem dem angehenden Außenminister (und damaligen außenpolitischen Sprecher der SWAPO) Theo-Ben Gurirab schlug diese aber bereits beim ersten Treffen der Verfassungsgebenden Versammlung vor, die Grundsätze von 1982 als Rahmen für die zu erarbeitende Verfassung zu übernehmen.¹⁸⁹ Diese Zustimmung beinhaltete auch das Akzeptieren einer Regelung, nach der zur Verabschiedung der letztendlichen Verfassung eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig sei.¹⁹⁰

Da die SWAPO aus den ersten freien Wahlen mit 56.9% zwar als klare Siegerin hervorgegangen war, andererseits aber unter der erforderlichen Zweidrittel-Marke lag, hatte sie gar keine andere Möglichkeit als ihre Bereitschaft zu Kooperation und Verhandlungen zu demonstrieren. Sie unterlag praktisch einem „Zwang zum Kompromiß“.¹⁹¹

Nichtsdestotrotz löste diese Haltung damals positive Verwunderung und große Erleichterung aus, wie ein Kommentar von Dirk Mudge, dem Vorsitzenden der stärksten Oppositionspartei DTA, zeigt: „[...] I could not believe that after such a long struggle SWAPO and DTA could come up with such similar proposals.“¹⁹²

Der namibischen Regierung als solcher und erst recht nicht ihren einzelnen Mitgliedern soll hier nicht abgesprochen werden, den Weg der Versöhnung aus Überzeugung eingeschlagen zu haben. Allerdings wäre es naiv zu verkennen, dass *jede* Politik, zumal auf dieser Ebene, grundsätzlich von strategischen und taktischen Überlegungen beeinflusst ist. Vor diesem Hintergrund muß auch die „[...] unermüdlich geforderte Einstellung zur Nationalen Versöhnung“¹⁹³ und Konsensbereitschaft ebenso wie das entsprechende Bekenntnis Nujomas bereits zu Beginn des Wahlkampfes gesehen werden.¹⁹⁴

So ist also letztlich festzuhalten, dass die SWAPO-Regierung zwar seit der Unabhängigkeit nicht müde geworden ist, Versöhnung zu propagieren, und dass dieser Aspekt zu einem der charakteristischsten ihrer gesamten Politik geworden ist.¹⁹⁵

Dass die in einem solchen Geist und mit entsprechender Intention ausgehandelte Verfassung nicht nur auf der Grundlage vorher feststehender Arrangements entstand, sondern diese in gewisser Weise auch eine Einschränkung darstellten, darf nicht außer acht gelassen werden. Diese Arrangements selbst waren bereits das Resultat der Suche nach einem Kompromiß nach dem Kernprinzip: bei einer Verhandlungslösung gibt es weder Gewinner noch Verlierer.¹⁹⁶

Aus der Perspektive vieler SWAPO-Anhänger mußte die erreichte Lösung als von außen aufoktroziert wirken, angefangen mit der zumindest zögerlichen Zustimmung der Befreiungsbewegung zum Plan der Kontaktgruppe bis hin zu ihrem Ausschluß (!) von der entscheidenden Verhandlungsrunde ab 1988. Als Begründung für diesen Schritt diente das Argument, SWAPO sei keine staatliche Akteurin. Bei einer anders lautenden Entscheidung hätten demnach weitere nicht-staatliche Organisationen zugelassen werden müssen.¹⁹⁷

Erasmus' in ihrer Konsequenz provokante Feststellung „Namibia became independent through the active assistance and involvement of the international community“ geht vielleicht einen Schritt zu weit.¹⁹⁸ Dennoch ist gerade der Einfluß des Auslands in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen: An der besagten zweiten Verhandlungsrunde nahm neben Südafrika auch Angola

¹⁸⁹ Vgl. Ebd, S. 96;

siehe auch Chhabra (1990), S. 40.

¹⁹⁰ Vgl. Tomuschat (1990), S. 95.

¹⁹¹ Weiland (1992), S. 274.

¹⁹² Weiland./Braham, Matthew: The Namibian Peace Process. Implications for the Future, Freiburg 1994, S. 167.

¹⁹³ Weiland (1992), S. 276.

¹⁹⁴ Vgl. Cliffe (1994), S. 159: Demnach begann Nujoma die Versöhnungskampagne auf seiner ersten Wahlkampfveranstaltung am 23. September 1989 im Stadion von Windhoek.

¹⁹⁵ Vgl. du Pisani, André: Rumours of rain. Namibia's post-independence experience, in: Africa Insight Nr. 3/19 91, S. 171: „Since independence the politics of national reconciliation have provided the guiding light for this nascent state and nation.“

¹⁹⁶ Vgl. Ebd. (1990), S. 197.

¹⁹⁷ Vgl. Saunders (2001), S. 10.

¹⁹⁸ Erasmus (1990), S. 35.

teil, von dessen Territorium aus die SWAPO den Befreiungskrieg geführt und wo ein großer Teil der namibischen Exilanten Zuflucht gefunden hatte. Darunter befanden sich etliche Führungsmitglieder.

Kuba hatte zur Unterstützung Angolas gegen südafrikanische Destabilisierungsversuche Soldaten im Land stationiert. Diese Präsenz, ebenso wie die Rolle der USA als Vermittlerin, bei den Verhandlungen zeugt von der enormen geostrategischen Bedeutung des Namibia-Konflikts – allerdings mit der Einschränkung, dass es vordergründig nicht eindeutig um Namibia, sondern die zu dieser Zeit noch bedeutendere Region des Südlichen Afrikas ging. Ob sich aus dieser Schwerpunktsetzung bereits ableiten läßt, dass die Belange der großen Mehrheit der Bevölkerung auch künftig eine untergeordnete Bedeutung haben würde, sei zunächst einmal dahingestellt.

Besondere Beachtung verdient auch gerade während der Zeit der Verhandlungen und der Transitionsphase bis zur namibischen Unabhängigkeit auch das Verhältnis zu Südafrika. Die Zustimmung Pretorias zur endgültigen Implementierung von Resolution 435 kam 1988 erst zu einem Zeitpunkt, als es in beiden Ländern bereits seit Jahren Modifizierungen der Apartheidpolitik gegeben hatte. Namibia war dabei der Ort, an dem Neuerungen zuerst eingeführt wurden und an dem sich ihre Auswirkungen gerade auch im Hinblick auf Südafrika selbst testen ließen. Nach diesem Muster stellte auch die namibische Verfassung ein Modell für die südafrikanische dar.¹⁹⁹

Unter dem Stichwort „kontrollierter Wandel“ hatte die de- facto- Kolonie Namibia noch im Prozeß ihrer Befreiung eine wichtige Funktion als „Labor“ für Südafrika.²⁰⁰

Nicht zuletzt stellte der Nachbar für den Übergang zur Demokratie, aber auch für die Unabhängigkeit Namibias an sich und sogar während der Zeit danach eine gehörige Bedrohung sehr realer Art dar, was den Handlungsspielraum zusätzlich einschränkte.²⁰¹

Ein abschließender letzter, aber prägender Punkt der namibischen Versöhnungspolitik, der ebenfalls auf Abmachungen oder Gesetze vor der Unabhängigkeit zurückgeht, ist die bereits in Kapitel 4.1. erwähnte Generalamnestie. Die beiden Verordnungen, die ihr zugrunde liegen, blieben im Geist der Versöhnung durch die „[...] explizite Anerkennung und Übernahme von juristischen und personellen Strukturen“ gültig.²⁰²

Alles Recht der Vergangenheit sollte solange weiterbestehen, bis es durch neue Gesetze revidiert oder aufgehoben würde.²⁰³

Nach Auffassung von Avishai Margalit ist die Entscheidung für eine solche Form der Amnestie ebenso wie die Versöhnungspolitik an sich auf die Tatsache der „negotiated settlement“ zurückzuführen. Im Spannungsfeld zwischen zwei Ängsten, der zu vergessen und derjenigen, sich zuviel zu erinnern, liege es in der Natur jeder „negotiated settlement“-Situation, das Bedürfnis nach Vergessen zu entwickeln.²⁰⁴

5.3. Die Maßnahmen und Bestandteile der Versöhnungspolitik im Einzelnen²⁰⁵

¹⁹⁹ Vgl. Saunders (1998), S. 2/ 3.

²⁰⁰ Melber, Henning: Liberation and Democracy in Southern Africa. The Case of Namibia, in: Melber/ Saunders: Transition in Southern Africa – Comparative Aspects, Uppsala 2001, S. 21.

²⁰¹ Vgl. Chhabra (1990), S. 42: „[...] the Pretoria regime will continue to hold the key to Namibian freedom.“

²⁰² Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 32.

²⁰³ Vgl. Ebd., S. 32

²⁰⁴ Vgl. Margalit, Avishai: Gedenken, Vergeben, Vergessen, in: Smith/ Margalit (1997), S. 204.

²⁰⁵ Anmerkung: Die SWAPO ist zwar seit 1990 alleinige Regierungspartei Namibias, deswegen aber natürlich nicht identisch mit der Regierung. Wenn in diesem Kapitel (vereinzelt auch im vorigen, siehe 5.2.) trotzdem von „Kompromißbereitschaft“, „Konsensorientierung“ etc. „der SWAPO“ die Rede ist, geht dies auf genau deren Vorschlag zurück, die Verfassungsprinzipien von 1982 als gegebenen Rahmen der neuen Verfassung zu übernehmen. Danach wurde der von SWAPO vorgelegte Entwurf von den anderen beteiligten Parteien als Verhandlungsgrundlage anerkannt. Inhaltliche Unstimmigkeiten bezogen sich im Folgenden nicht auf Punkte, die für die Frage der Versöhnung direkt relevant waren. (Meinungsverschiedenheiten tauchten auf bei der Machtfülle des Präsidenten, der Form des Wahlrechts, der Einrichtung einer zweiten Parlamentskammer und beim Minderheitenschutz. Außerdem hatten sowohl SWAPO als auch DTA mit einem Passus geliebäugelt, der eine quasi- präventive Verhaftung ohne die

Die Verfassung des unabhängigen Namibia ist die Grundlage der Politik der „Nationalen Versöhnung“. Zudem zeigt sich im Prozeß ihrer Entstehung unübersehbar der kompromißorientierte Ansatz. Im Ganzen gilt sie als erster Schritt und als Grundstein des Versöhnungsgedankens und wurde auch dementsprechend bewertet (siehe Kapitel 4.2.).²⁰⁶

Im Folgenden soll dargestellt werden, welche weiteren Schritte sich daraus im Einzelnen ableiten. Zwar ist die Präambel die einzige Stelle, an der der Begriff „National Reconciliation“ direkt und ausdrücklich auftaucht; der entsprechende „Geist“ spricht aber aus einer Reihe von Artikeln und findet auch seine Entsprechung in politischen Entscheidungen.

Zunächst sei aber symbolisch auf Kapitel XI verwiesen, in dem es um die Grundprinzipien der staatlichen Politik geht²⁰⁷: Artikel 95 ist mit „Promotion of the Welfare of the People“ überschrieben und bekennt sich zu Chancengleichheit für Frauen in sämtlichen Bereichen, Vorkehrungen zum Schutz der Gesundheit von Arbeiter, unabhängigen Gewerkschaften zur Förderung der Rechte und Interessen derselben, der Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); weiter zum fairen, gleichberechtigten Zugang aller Namibier zum Öffentlichen Dienst und öffentlichen Einrichtungen; zu einer ständigen Rentenzahlung an alte Menschen, die ihnen einen angenehmen Lebensstandard ermöglichen sollen; zu Sozialleistungen für Arbeitslose und – Unfähige, Bedürftige und Benachteiligte; zu einem angemessenen Arbeitslohn, ausreichend für einen Lebensstandard oberhalb der Armutsgrenze; zu genügender Ernährung sowie akzeptablem Lebensstandard der gesamten Bevölkerung inkl. Gesundheit und Bildung und schließlich zum Schutz der Umwelt.²⁰⁸

Soweit ist dies auf dem Papier eine beeindruckende Zielsetzung. Zu bedenken ist, dass sich aufgrund der wirtschaftlichen Voraussetzungen und der hohen Verschuldung schon zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit (siehe 3.) bei ihrer Realisierung unüberwindbare Schwierigkeiten ergeben müssen.

Artikel 101, der dieses Kapitel abschließt, relativiert diesen Anspruch denn auch dahingehend, oben genannte Prinzipien als Leitlinien der Regierungspolitik zu sehen, die aber nicht gerichtlich einklagbar sind.²⁰⁹ Weiland spricht in diesem Zusammenhang von „soft law“.²¹⁰

Angesichts des durchaus vorhandenen Reichtums sowie der eklatanten sozialen und ökonomischen Unterschiede ließe sich vermuten, dass Namibia rein theoretisch über genügend Ressourcen und Kapital verfügt, um die Vorgaben aus Artikel 95 längerfristig umzusetzen. Dazu wäre allerdings eine massive wirtschaftliche Umverteilung nötig, doch genau darin besteht seit jeher eine der größten Ängste der weißen Bevölkerung im Zusammenhang mit einer SWAPO-Regierung. Diese Befürchtungen galt es zu zerstreuen, sollten die Weißen im Land gehalten werden.

An diesem Anliegen ließ gerade Nujoma in einer Liasion aus Versöhnungsgeist und ökonomischen Daumenschrauben keinen Zweifel.²¹¹ Also beugt die Verfassung größeren Umverteilungen insofern vor, als sie in Artikel 16 allen Namibiern den Schutz von Privateigentum zusichert.²¹²

Basis eines Gerichtsurteils zugelassen hätte.

Siehe dazu auch Weiland (1996), S. 96.

Die schließlich verabschiedete Form der Verfassung ist in diesem Sinn also ein parteiübergreifender Konsens, aber ebenso Symbol für das Ringen der SWAPO um einen solchen. (T. M.)

²⁰⁶ Vgl. auch Melber (1992), S. 58.

²⁰⁷ Namibia – Constitution: http://www.uni-wuerzburg.de/law/wa00000_.html

²⁰⁸ Ebd.

²⁰⁹ Vgl. Ebd.

²¹⁰ Weiland (1996), S. 98.

²¹¹ Vgl. Chhabra (1990), S. 42.

²¹² Vgl. Weiland (1996), S. 98; Melber (2001), S. 22.

Der Verfassungstext trifft dabei keine Unterscheidung zwischen „[...] immovable and movable property [...]“.²¹³ Der Staat oder ein dazu autorisiertes Organ kann die Eigentümer nur dann enteignen, wenn dies im öffentlichen Interesse und gegen eine gerechte Entscheidung sowie auf Grundlage eines Parlaments-Beschlusses geschieht.²¹⁴

Ganz offensichtlich wird hier auf die Frage nach Enteignungen von Land durch die Regierung angespielt und dieser eine Absage erteilt. Die Formulierung des Premierministers drängt sich auf: Pragmatismus und harte Tatsachen als Grundlagen der Versöhnungspolitik (siehe Kapitel 5.1.).²¹⁵ Eine solche handlungsbeschränkende „harte Tatsache“ ist, dass – vom Einfluß der weißen Farmer-Lobby abgesehen – eine Neuverteilung des Landes Namibia vor enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten stellen würde.²¹⁶ Dass dieses Land zuvor „weitgehend unrechtmäßig“²¹⁷ den Besitzer gewechselt hatte, stellt dagegen eine vergleichsweise weiche Tatsache dar.

Ansonsten fällt die Verfassung hinsichtlich der Landfrage allein dadurch auf, dass sie diese vernachlässigt.²¹⁸

Durch das Ausklammern dieses sehr heiklen Punktes begab sich SWAPO in Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit bereits zu diesem frühen Zeitpunkt zu verlieren, hatte sie doch noch in ihrem Wahlprogramm eine Landreform angekündigt.²¹⁹ Dass von radikalen Maßnahmen aber von vorne herein nicht auszugehen war, ging aus dem Manifest ebenfalls hervor: deutlich war die Abgrenzung von früheren Ideen einer „full-scale-nationalization“.²²⁰

Stattdessen fand zunächst im Juni 1991 eine Landreformkonferenz unter Vorsitz von Premierminister Geingob in Windhoek statt, an der mehr als 500 Delegierte aus den verschiedensten landwirtschaftlichen Bereichen und Zusammenhängen teilnahmen.

Sie stand ganz im Zeichen des oben erwähnten „soft-law“-Prinzips, hatte sie doch ausdrücklich beratenden Charakter, und das dort erlassene 24-Punkte-Dokument war für die Regierung keinesfalls bindend, sondern nur empfehlend.²²¹ Es erkannte zwar einerseits die bestehenden Besitzverhältnisse als ungerecht und veränderungsbedürftig an. Andererseits wurden großangelegte Enteignungen mit der Begründung verworfen, sie seien nicht durchführbar.²²²

Die beschlossenen Schritte beschränkten sich dementsprechend auf Enteignungen in Einzelfällen, d. h. wenn die Besitzer eines Landstücks nicht in Namibia wohnen; weiterhin ein Verbot für Ausländer, Land zu besitzen, die Neuverteilung und produktive Nutzung von brachliegendem Land, den Schutz der Rechte der Farmarbeiter unter dem Arbeitsgesetz, eine Obergrenze von 5.000 Hektar für individuellen Landbesitz und das Verbot des Besitzes mehrerer Farmen sowie eine Besteuerung kommerzieller Betriebe.²²³

Daneben beinhaltet das Dokument immerhin die Verpflichtung, dass bei jedem privaten Landverkauf das entsprechende Grundstück zuerst der Regierung angeboten werden müsse, die ihrerseits nicht an den geforderten Preis gebunden sei. Für diesen Zweck sollten 200 Millionen N\$ bereitgestellt werden.²²⁴

²¹³ Namibia – Constitution (s.o.), Artikel 16 (1).

²¹⁴ Vg. Ebd., Artikel 16 (2).

²¹⁵ Vgl. Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 1.

²¹⁶ Vgl. du Pisani (1991), S. 175: Der bedeutendste Teil des landwirtschaftlichen Sektors, die exportorientierte Viehzucht, ist gerade in einem Land mit so trockenen Böden wie Namibia ökonomisch nur dann lohnend, wenn die Farmflächen sehr groß sind. Das Dilemma von SWAPO und der Regierung im Allgemeinen liegt darin, daß in den kommunalen Farmgebieten durchschnittliche Landgrößen von zwei Hektar die Regel sind und der Ruf nach Umverteilung entsprechend laut.

²¹⁷ Weiland (1996), S. 98.

²¹⁸ Vgl. Erasmus (1990), S. 39

²¹⁹ Vgl. Melber (1992), S. 59.

²²⁰ du Pisani (1991), S. 175.

²²¹ Vgl. Melber (1992), S. 59.

²²² Vgl. Oyowe, Augustin: Namibia. Status Quo and National Reconciliation, in: The Courier, No 135/ 1995, S. 33.

²²³ Vgl. du Pisani (1991), S. 175.

²²⁴ Vgl. Oyowe: Namibia. ... (1995), S. 33.

In welcher Zwickmühle sich gerade Hage Geingob in seiner Rolle als Leiter der Konferenz befunden haben muß, davon zeugen zum Einen seine beständigen Warnungen, dass die Unzulässigkeit von Landbesitz für AusländerInnen das Investitionsklima gefährde.²²⁵

Auf der anderen Seite schwang in seinem Kommentar zur Möglichkeit der Regierung, das Land kaufen zu können, Resignation mit: „That is the catch. Unfortunately we will be buying back our own land.“²²⁶ Das Landreformgesetz („Land Reform Act“) wurde schließlich erst im Oktober 1994, kurz vor der nächsten Parlamentswahl, verabschiedet. Es zeichnete sich durch entsprechend gemäßigte Positionen aus.²²⁷

Ebenfalls dürftig sind die Angaben zur Wirtschaftspolitik des unabhängigen Namibia in der Verfassung. Artikel 98 sieht zur Sicherung von „[...] economic growth, prosperity and a life of dignity for all Namibians [...]“ als Wirtschaftsform eine „mixed economy“ vor.²²⁸

Im folgenden Artikel 99 ist die Rede davon, dass die ausländische Investitionsbereitschaft ermutigt und ein entsprechendes Gesetz erlassen werden soll.²²⁹

Für die Frage der Versöhnung ist das insofern von Bedeutung, als auch hier das Bemühen deutlich wird, einen weißen Exodus zu verhindern und in diesem Sinn ein deutliches Signal der Konsensbereitschaft zu geben. Wie schon erwähnt, grassierte unter den meisten Weißen das Schreckens-Szenario einer Kombination aus Sozialismus und Willkür- Herrschaft, sollte die SWAPO erst einmal an der Macht sein. Tatsächlich (siehe Kapitel 2.3.) hatte sich die Befreiungsbewegung in mehreren Dokumenten zu einer klassenlosen, ausbeutungsfreien Gesellschaft bekannt, zum wissenschaftlichen Sozialismus sowie – auf wirtschaftlicher Ebene - zu Verstaatlichungen.

Eine Distanzierung von diesen Zielen war aber bereits vor der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung 1989 zu erkennen, da sie im Wahlmanifest der Partei nicht mehr auftauchen.²³⁰

Das Festschreiben einer „mixed economy“ in der Verfassung spiegelt deutlich das Lavieren der Regierung wieder. Hier wird – inwieweit dies auch reine Rhetorik sein könnte - nicht der völlig unregulierte Markt propagiert; vielmehr ist das Zugeständnis an die wirtschaftliche Elite des Landes zumindest rein formal an die Zielvorstellung geknüpft, allen Bürgern des Landes ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

²²⁵ Vgl. Lenaerts (1992), S. 26.

²²⁶ Oyowe: Namibia. ... (1995), S. 33

²²⁷ Vgl. Haspel, Annelie: Kontinuität oder Wandel: Das besondere Verhältnis der Deutschen zu Namibia. Hamburg 1995. (1995), S. 72: In diese Bild paßt auch, daß die von der SWAPO angekündigten Mindestlöhne für Farmarbeiter bereits kurz nach der Unabhängigkeit verworfen wurden. Stattdessen appellierte die Regierung an das soziale Gewissen der Farmer, ihre Angestellten angemessen zu entlohnen.

²²⁸ Namibia – Constitution.

²²⁹ Vgl. Ebd., S. 27

²³⁰ Vgl. Cliffe (1994), S. 156.

Zum „Politikwechsel“ der SWAPO siehe auch: KAS- Auslandsinformationen 12/95, S. 50: Von einem „Glücksfall der Geschichte“ spricht B. Dobby, Landesbeauftragter der Konrad- Adenauer- Stiftung für Namibia, über den Regierungsantritt der SWAPO gerade zu der Zeit, als „das kommunistische Imperium zusammenbrach“.

So wie diese Feststellung in ihrer bornierten Unreflektiertheit nicht diskussionswürdig ist, so greift auch das hier aufgestellte Ursache-Wirkungs-Schema eindeutig zu kurz, um den Richtungswechsel der SWAPO zu erklären. Wer in einer solchen „Ende-der-Geschichte“- kompatiblen Verblendung davon ausgeht, daß alleine das Scheitern des sozialistischen Großprojekts in Osteuropa für das Umschwenken der SWAPO auf einen realpolitischen Kurs verantwortlich ist, macht es sich zu einfach. („Daraus ergab sich die Notwendigkeit, ideologischen Ballast über Bord zu werfen und sich neue Partner in der westlichen Welt zu suchen.“)

„Strategic manoeuvring“ nennt dagegen Weiland (1996), S. 94, die widersprüchlich erscheinenden Positionierungsversuche der SWAPO schon vor der Unabhängigkeit. Damit räumt er dem Faktor der politischen und v. a. finanziellen Unterstützung von außen zwar hinreichend Einfluß ein, läßt aber immer noch Raum für interne Entwicklungen und Konflikte. Er betont die Tradition von Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung innerhalb der SWAPO und hält fest: „Eine eindeutige ideologische und politische Zuordnung der Befreiungsbewegung war somit nie möglich.“ (Ebd., S. 94)

Eine sehr differenzierte Analyse von SWAPOs Entwicklung liefert Per Strand (1991). Diese setzt sich grundlegend mit den Hintergründen ihres „change in policy“ (S. 48) auseinander und bezieht dabei alle relevanten internen und externen Faktoren mit ein.

Letzten Endes ist dieser Artikel damit symptomatisch für den Versuch, zwei schier unvereinbare Positionen zu integrieren. Offensichtlich soll hier zwischen , vereinfacht ausgedrückt, den Erwartungen der schwarzen Mehrheit und den Befürchtungen der weißen Minderheit ein Spagat vollzogen werden.²³¹

Gerade im Fall der Artikel 98 und 99 zeigt sich aber auch, welche Richtung die Dinge in der postkolonialen Praxis Namibias meist genommen haben, ließ das 1991 verabschiedete Investitionsgesetz den ausländischen Unternehmern doch weitgehend freie Hand.²³²

Nur scheinbar legen sich die Väter und Mütter der Verfassung an dieser Stelle noch nicht fest. Doch stand bereits im Unabhängigkeitsjahr zu erwarten, dass die Wirtschaftsordnung weitgehend durch die Garantie von Privatbesitz geprägt und bestimmt würde.²³³

Dieses Bild bestätigt sich in der kontinuierlichen Versicherung der marktwirtschaftlichen Grundausrichtung von SWAPOs Politik gegenüber den Unternehmern. Beispielhaft dafür ist nicht nur das äußerst liberale Investitionsgesetz (siehe Kapitel 3.), sondern auch das verhalten- moderate Arbeitsgesetz („Labour Code“) von 1992, das große Proteste unter den Gewerkschaften Namibias hervorrief.²³⁴

„The South African legacy is being accepted where it is useful and modified where it is not.“²³⁵ Auf diesen Nenner bringt ein Kommentar kurz nach der Unabhängigkeit das Verhältnis von Kontinuität und Umbruch in Namibia. „Nützlich“ ist dabei ein durchaus dehnbarer Begriff und verstellt leicht den Blick auf die Frage „... für wen?“

Immerhin ließe sich das, was in der Verfassung hinsichtlich der Beschäftigung festgehalten ist, in diesem Sinn interpretieren: Da ist zunächst der vielzitierte Artikel 141 (1), der die Weiterbeschäftigung sämtlicher Personen garantiert, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit (und damit davor, T. M.) ein Amt (im Öffentlichen Dienst, T. M.) innehatten. Einschränkend sollen nur der Rücktritt von diesem Amt, der Übergang in den Ruhestand, Versetzung oder eine Entfernung der betreffenden Person von ihrem Posten in Übereinstimmung mit dem Gesetz wirken.²³⁶ „Most government officials from the former administration will be retained, although not necessarily in the same position, structures or institutions“ kündigte Sam Nujoma in seiner Eröffnungsansprache an die sich neu konstituierte Nationalversammlung an.²³⁷ Informationsminister Hidipo Hamutenya schloß sich mit der Versicherung an, die alten Verträge einzuhalten.²³⁸

Über die Anzahl der auf diese Weise weiterbeschäftigten Staatsbediensteten existieren widersprüchliche Angaben.²³⁹

Der Sachverhalt an sich stellt jedoch eine zynische Zweiseitigkeit dar. Der Verwaltungsapparat „Südwestafrikas“ war deswegen so aufgebläht, weil es elf separate ethnische Administrationen gab – die sogenannten „Second Tier Authorities“.²⁴⁰ Die Auflösung eines auf diese Weise versinnbildlichten Strukturmerkmals der Apartheid ist ein symbolischer Triumph für das unabhängige Namibia, doch das alte Personal, in seiner Funktion Ausführendes Organ der

²³¹ Vgl. Weiland (1992), S.274.

²³² Vgl. Gatter (1990), S. 31; siehe auch Kapitel 3.

²³³ Vgl. Tomuschat (1990), S. 98.

²³⁴ Vgl. Weiland (1992), S. 283: Der Grundsatz von „fair employment practices“ aus Art. 95 (c) ist, wie schon gesagt, nicht mehr als eine Empfehlung. Das Arbeitsgesetz entzieht zwar diversen Regelungen aus Apartheidzeiten die Gültigkeit, geht aber nicht auf gewerkschaftliche Forderungen wie die 40-Stunden-Woche ein –beschlossen wurde stattdessen eine 45-Stunden-Woche. Auch die von Gewerkschaften propagierten Mindestlöhne wurden nicht gesetzlich festgelegt. Dafür sieht das Arbeitsgesetz die Einführung von Lohnkommissionen vor, die aber ihrerseits auch nur Empfehlungen aussprechen können. Auch im Schwangerschaftsfall gibt es lediglich eine Beschäftigungsgarantie, jedoch keine Lohnfortzahlung.

²³⁵ Kelly, Sean: Constructing a New Nation, in: Africa Report July/ August 1990, S. 29.

²³⁶ Vgl. Namibia – Constitution.

²³⁷ Kelly (1990), S. 29

²³⁸ Vgl. Ebd., S. 29.

²³⁹ Hamutenya geht von 47.000 aus (vgl. Ebd., S. 29), während Melber von über 60.000 spricht (siehe Melber (1992), S. 58).

²⁴⁰ Kelly (1990), S. 29

rassistischen Ordnung, muß beibehalten werden.²⁴¹ Ein UN-Bericht geht davon aus, dass unter diesen verbreiteter Unwille anzutreffen war, überhaupt unter einer schwarzen Regierung zu arbeiten, und es dadurch zu einigen freiwilligen Rücktritten kommen würde.²⁴² Aus dieser Tatsache ist allerdings auch abzusehen, dass mit einer feindlichen Einstellung unter einem großen Teil ihrer Beamten zu rechnen sei.

Da die SWAPO-Regierung allein aus diesem Grund noch eine große Zahl neuer Angestellter in den Öffentlichen Dienst rekrutierte, ist die Verwaltung des Landes seither drastisch überbesetzt und verschlingt einen viel zu hohen Prozentsatz des Budgets.²⁴³

Bei einem so hohen Maß an Zugeständnissen war es für die SWAPO äußerst wichtig, in öffentlichkeitswirksamen Schlüsselbereichen Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und sich vor allem der sozialen Misere zu widmen. Ein solches Regulativ, ein deutlich sichtbares Instrument zum Ausgleich früheren Unrechts, stellt Artikel 23 (2) der Verfassung dar²⁴⁴: *Affirmative Action*, oft auch als „Positive Diskriminierung“²⁴⁵ bezeichnet, bedeutet laut Verfassungstext von der Regierung speziell erlassene Gesetze, um bisher sozial oder ökonomisch benachteiligte Menschen zu fördern und die bestehenden Ungleichheiten einzuebnen.²⁴⁶

Betreffende Bereiche könnten z. B. also Bildung und Erziehung, Soziales, Beschäftigung oder – mit den bekannten Einschränkungen – ökonomische und materielle Verteilung sein. „Institutionelle Veränderungen“ versteht Jauch darunter, und erklärt dieses Schlagwort folgendermaßen²⁴⁷: Kein reiner Personalaustausch, sondern vielmehr und darüber hinaus Änderungen im „modus operandi“.²⁴⁸ (Mehr zu Affirmative Action folgt in Kapitel 5.4.1.3.)

Das in der Verfassung am Ende des Absatzes genannte Ziel „[...] for achieving a balanced structure of the public service, the police force, the defence force and the prison service“ legt nahe, auch die Überbesetzung des Öffentlichen Dienstes als Bestandteil der Affirmative Action-Politik zu sehen.²⁴⁹ Im Übrigen geht auch die Formulierung „balanced structure“ indirekt auf die Verfassungsprinzipien von 1982 zurück, die vorsahen, sowohl den Öffentlichen Dienst als auch die Sicherheitskräfte für alle Namibier zugänglich zu machen.²⁵⁰

In den Kapiteln XIII (Artikel 112 und 113: „Public Service Commission“) und XV (Artikel 116, 119 und 122: „The Police and Defence Force and the Prison Service“) taucht die Vorgabe der ausbalancierten Struktur jeweils wörtlich auf und betraut die Zuständigen – „Public Service Commission“, „Inspector-General of Police“ sowie „Chief on the Defence Force“ - damit, sie zu gewährleisten. Daneben fällt diese auch in den Aufgabenbereich des Ombudsmanns, der sich laut Artikel 91 (b) mit Beschwerden auseinanderzusetzen hat, sollte die Struktur eben nicht ausgeglichen sein.

Gerade auf die Ausgeglichenheit wurde aber gemäß der Verfassung großen Wert gelegt. Die Rekrutierung von Mitgliedern der neugegründeten National Defence Force (NDF) zu gleichen Teilen aus ehemaligen Angehörigen der PLAN wie auch der SWATF wird als gelungenes Beispiel konkreter Versöhnungspolitik bezeichnet, wobei anzumerken ist, dass bei allem politischen Willen

²⁴¹ Vgl. Ebd., S. 29: Übrigens waren auch in der sogenannten „ethnischen Verwaltung“ alle Sekretäre weiß, und unter 40 Apartment- Leitern gab es nur sechs Nicht-Weiße.

²⁴² Vgl. Ebd., S. 29

²⁴³ Laut Weiland (1992), S. 279, hat sich ihre Zahl nach der Unabhängigkeit von 47.000 auf 63.000 erhöht.

Vgl. auch Melber (1994), S. 23/24: Vier Jahre nach der Unabhängigkeit kam auf 24 Einwohner ein Angestellter im Öffentlichen Dienst. Bereits Ende 1992 war ein Plan zu seiner Rationalisierung angekündigt worden, der aber zumindest in der ersten Legislaturperiode in den Regierungsschubladen blieb.

²⁴⁴ Vgl. Erasmus (1990), S. 38.

²⁴⁵ Melber (1992), S. 58.

²⁴⁶ Vgl. Namibia – Constitution.

²⁴⁷ Jauch, Herbert M.: *Affirmative Action in Namibia. Redressing the imbalance of the past?* Windhoek 1998, S. 20.

²⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 20.

²⁴⁹ Namibia – Constitution.

²⁵⁰ Vgl. Weiland (1996), S. 95.

auch die Furcht vor einer großen Zahl nicht integrierter Kriegserfahrener als Gefahr für den inneren Frieden eine Rolle spielte.²⁵¹

Aus diesem Grund sah ein Beschluß des SWAPO- Parteikongresses im Dezember 1991 vor, die Armee quasi als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme von 5.000 auf 40.000 Mitglieder zu vergrößern.²⁵² Dabei war das ursprüngliche Ziel, die Größe der Armee aus wirtschaftlichen Gründen auf 5.000 zu begrenzen.²⁵³

Nach den Anfangsjahren wurde Preston zufolge das Ziel der Ausgeglichenheit nicht mehr realisiert und angeblich auch nicht mehr angestrebt, da das Verteidigungsministerium eine Quote von höchstens 10% für frühere Angehörige der südafrikanischen Streitkräfte verfolgt hätte. Davon abgesehen waren durch den Abzug der hochrangigen Militärs auf Seiten der Besatzungsmacht gemäß Resolution 435 die Verbliebenen den ehemaligen PLAN- Mitgliedern an Ausbildung und Erfahrung unterlegen, was sich in ihren Rängen in der Hierarchie der NDF und in geringeren Gehältern widerspiegelte. Diese Marginalisierung ohne große Aufstiegs-Perspektive verbreitete Frustration, sodass viele von ihnen ihren Dienst quittierten.²⁵⁴

Vergleichbare Probleme gab es auch beim Aufbau der neuen namibischen Polizei NamPol. Dazu kam allerdings erschwerend, dass es sich hier im Gegensatz zur NDF nicht um eine Neugründung handelte, sondern um eine Transformation der alten kolonialen SWAPOL, ergänzt durch Mitglieder der berüchtigten Koevoet-Todesschwadronen sowie ehemalige PLAN-Mitglieder. Im Fall der NamPol wurden damit auch die alten hierarchischen Strukturen übernommen, was sich noch 1992 in einem Anteil von 82% Weißen in den Führungspositionen ausdrückte.²⁵⁵

In der Anfangszeit war das Verhältnis zwischen den vier Direktoren des Verteidigungsministeriums, von denen jeweils zwei von der PLAN sowie aus den Reihen der südafrikanischen Sicherheitskräfte rekrutiert wurden, von großem Mißtrauen geprägt.²⁵⁶

Die Besetzung von Führungspositionen in den Sicherheitskräften war davon abgesehen aber grundsätzlich eine heikle Angelegenheit und hat gerade in den Jahren nach 1990 viel Kritik hervorgerufen. Ein besonders umstrittener Fall war die Berufung des weißen General Piet Fouché, der aus den Reihen der südafrikanischen Sicherheitskräften kam, zum ersten Polizeichef des unabhängigen Namibia durch Sam Nujoma selbst.

Das Gleiche gilt auch für General Willie Meyer, früherer „commanding officer“ der South West Africa Territory Force (SWATF), der für den Tod zahlloser namibischer Befreiungskämpfer verantwortlich gemacht wurde.²⁵⁷

Ein Vorwurf, der auch auf den im Oktober 1990 ernannten Oberkommandierenden der Streitkräfte, Salomon „Jesus“ Hawala, zutraf. Hawala war ehemaliger Sicherheits-Chef der PLAN und als solcher in eine Vielzahl von Mißhandlungen in angolanischen SWAPO-Lagern zumindest verwickelt, worauf sein Spitzname „Schlächter von Lubango“ dezent hindeutet.²⁵⁸

Nicht nur Melber argumentiert, dass hinter diesem Schritt Kompensation, das Zurschaustellen von Handlungsfähigkeit und nicht zuletzt das Ziel stecke, die eigene Wählerschaft mit ihrer Hauptbasis in Ovamboland zufriedenzustellen. Diese hatte sich deutlich dafür stark gemacht, dass Hawala

²⁵¹ Vgl. Ebd. (1992), S. 280.

²⁵² Vgl. Melber (1992), S. 59: Die meisten zumindest der ehemaligen PLAN- Kämpfer waren so kurz nach der Unabhängigkeit arbeitslos. Siehe dazu auch Ebd.: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 25: Sehr viele von ihnen hatten durch ihre Biographie eklatante Bildungsmängel und keinerlei Kenntnisse außer militärischen.

²⁵³ Vgl. Preston (1997), S. 459.

²⁵⁴ Vgl. Ebd., S. 459/460.

²⁵⁵ Vgl. Ebd., S. 461/462.

²⁵⁶ Vgl. Ebd., S. 460.

²⁵⁷ Vgl. Verbaan, Mark: Opening A New Chapter, in: Africa Report , No 2/1990, S. 26.

²⁵⁸ Vgl. Möllers (1990), S. 36: Demnach wurde Hawalas Ernennung von Nujoma persönlich auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt und dann auch durchgeführt, während Premierminister Geingob, Außenminister Gurirab und Parlamentssprecher Tjitendero nicht in Windhoek waren. Sie galten als Gegner dieser Entscheidung.

ungestraft bleibe; schließlich seien auch auf südafrikanischer Seite die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen nie zur Rechenschaft gezogen worden.²⁵⁹

Informationsminister Hamutenya unterstützte diesen Einwand und forderte ebenso ein zweiseitiges Wirken der Versöhnungspolitik. Unter Berufung auf Resolution 435 wandte er sich gegen „selektive Moral“ und erklärte²⁶⁰: „In Armee und Polizei sind Leute, die an Cassinga und anderen Grausamkeiten der SADF teilgenommen haben, und sie haben ihren Job nicht verloren. Warum sollte Hawala eine Ausnahme sein?“²⁶¹

Ins gleiche Horn stießen sowohl die SWAPO- Zeitung „Namibia Today“ und die angesehene „The Namibian“. Letztere wehrte sich in Person von Chefredakteurin Gwen Lister dagegen, Einzelpersonen zu brandmarken, während gleichzeitig vor den Taten der Gegenseite die Augen verschlossen würden.²⁶²

Es lohnt sich indes, hinsichtlich der „Nationalen Versöhnung“ einen weiteren Blick auf die Nominierungen für wichtige Positionen zu werfen.

Wie bereits erwähnt war die Frage nach den Befugnissen des Präsidenten einer der unstimmgigen Punkte bei den Verhandlungen der Verfassungsgebenden Versammlung (siehe oben in diesem Kapitel). Daraus resultierte im Endeffekt eine „erdrückende Machtfülle“²⁶³, die gerade in den späten 1990er Jahren immer wieder in Kommentaren und Aufsätzen thematisiert wurde.²⁶⁴

Unter anderem stand und steht Nujoma danach zu, „[...] in alleiniger Entscheidung den Premierminister, alle Minister und stellvertretenden Minister [...]“²⁶⁵ zu ernennen.

Unter Artikel 32 („Functions, Powers and Duties“) sind sämtliche Befugnisse des Präsidenten aufgeführt.²⁶⁶

Neben dem unermüdlichen Propagieren der Versöhnung nutzte Nujoma diese Möglichkeit auch, um dieser in konkreter Form symbolischen Ausdruck zu verleihen: Im ersten Kabinett Namibias befanden sich „[...] mehrere Weiße, darunter als [...] Finanzminister Otto Herrigel [...]“.²⁶⁷ Gerade die Nominierung des Großfarmers Anton von Wietersheim für das so symbolträchtige Landwirtschaftsressort hatte eine unmißverständliche Signalwirkung.²⁶⁸

Die Vergabe hoher politischer Ämter und Funktionen ist nicht nur im Hinblick auf das Verhältnis von schwarzer Mehrheit und weißer Minderheit von Bedeutung. Die SWAPO zeigte sich auch nach der Unabhängigkeit deutlich bemüht, ihrem alten Negativ-Image als Ovambo-Partei und damit einhergehender ethnischer Orientierung entgegenzuwirken. (Siehe Kapitel 6.2.1.) Nicht einmal die Hälfte der ersten 41 SWAPO-Parlamentarier waren Ovambo, wonach die mit rund 50% größte Bevölkerungsgruppe in Namibia sogar unterrepräsentiert war. Daneben gehörten beinahe die Hälfte der Minister anderen Ethnien an, ebenso wie mehrere Vize-Minister.²⁶⁹

Mit dem Anwalt Vekuui Rukoro von der Namibia National Front (NNF) im Justiz- und Reggie Diergardt von der United Democratic Front (UDF) im Jugend- und Sport-Ministerium waren zwei

²⁵⁹ Vgl. Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 39.

²⁶⁰ Möllers (1990), S. 36.

²⁶¹ Ebd., S. 36.

²⁶² Vgl. Ebd.; S. 37.

²⁶³ Weiland (1996), S. 99.

²⁶⁴ Siehe hierzu z. B. Tapscott, Chris: The Autocratic Temptation. Politics in Namibia Now, in: Southern Africa Report No 3/1997, S. 3-6.

²⁶⁵ Weiland (1996), S. 99.

²⁶⁶ Vgl. Namibia – Constitution.

²⁶⁷ Becker, Joachim: Mit dem Wahlerfolg der SWAPO wurden die Weichen auf Unabhängigkeit gestellt. Ein Sieg für die gesamte Nation, in: Dritte Welt, Nr 1-2/1990, S. 39.

²⁶⁸ Von Wietersheim wurde übrigens Ende 1993 nach einem Streit mit Nujoma über die Durchführbarkeit der Landreform entlassen und folgte damit Herrigel. Siehe dazu: Süddeutsche Zeitung 30. 11. 1993 „Regierungskrise in Namibia“. Der Verfasser des Artikels sieht durch diesen Schritt übrigens, wie er im Untertitel verlauten läßt, die „Versöhnungspolitik gefährdet.“

²⁶⁹ Vgl. du Pisani (1991), S. 171.

wichtige Oppositionspolitiker Mitglieder des Vize-Kabinetts²⁷⁰, während die DTA die ihr angebotenen zwei Kabinettsposten ablehnte, um die Stärke der Opposition nicht zu gefährden.²⁷¹ Schließlich gibt es in der Verfassung nicht weniger als vier Artikel, die von der Kontinuität von Judikative und Gesetzen handeln. Im Einzelnen geht es um die Artikel 66²⁷², 78 (4)²⁷³, 138²⁷⁴ und 140²⁷⁵.

Für die Frage nach der scheinbaren Unabänderlichkeit und Unangreifbarkeit des kolonialen status quo sind gerade diese Artikel maßgeblich.²⁷⁶

5. 4. Die Entwicklung bis heute

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahl 1994, streng genommen die erste im unabhängigen Namibia, markierte formal den Übergang von der ersten zur zweiten Legislaturperiode. Die internationale Demokratie- und Wahlforschung richtete ihr Augenmerk auf den Ablauf dieser Wahlen und erhoffte sich Antwort auf die Frage, wieweit der Prozeß der demokratischen Stabilisierung und Konsolidierung schon gediehen sei.

Im Hinblick auf die Versöhnungspolitik bedeutete dieser Zeitpunkt zweierlei: zum Einen einen Anlaß für Zwischenbilanz und Rückblick; zum Anderen aber auch - von offizieller Seite - einen rhetorischen Einschnitt: Ungeachtet der Tatsache, dass sich an den oben genannten Rahmenbedingungen natürlich nichts geändert hatte und dies inhaltlich entsprechend nicht zu erwarten war, kamen von Seiten der SWAPO neue, bestimmtere Töne in die Diskussion.

Schon zu Beginn des Jahres hatte sich Premierminister Geingob gegen den Eindruck gewandt, die Verfassung bevorzuge die Weißen im Land.²⁷⁷ Ähnliches verlautete aus dem SWAPO-Wahlmanifest, in dessen Eingangskapitel „Strengthening Democracy“ es gleich zu Beginn heißt, die Versöhnung sei bis dahin ein einseitiger Prozeß gewesen und der friedliche Übergang könne nur dann gelingen, wenn sich die Privilegierten an der Lösung der anstehenden Probleme beteiligten.²⁷⁸ Noch deutlicher werden diese mit der Ankündigung in die Pflicht genommen, man werde bei einer negativen Antwort nicht zulassen, dass ihre Sturheit den status quo aufrecht erhalte.²⁷⁹

Welche Entwicklung hat nun die Versöhnungspolitik in den folgenden Jahren genommen? Diente der pragmatische Ansatz der ersten Legislaturperiode vornehmlich der Konsolidierung, um dann

²⁷⁰ Vgl. Ebd., S. 171/ 179.

²⁷¹ Vgl. Simon (1991), S. 7/ 8.

²⁷² Vgl. Namibia – Constitution: Danach bleiben „customary law“ und „common law“ gültig, solange sie nicht gegen die Verfassung oder andere Gesetze verstoßen, können aber durch Parlamentsbeschluß verändert oder aufgehoben werden.

²⁷³ Vgl. Ebd.: Dieser Artikel garantiert „Supreme Court“ wie auch „High Court“ gleichbleibende Zuständigkeiten und Befugnisse.

²⁷⁴ Vgl. Ebd.: Hier wird die Weiterbeschäftigung sämtlicher Richter zugesichert (1), erneut die fortdauernde Gültigkeit von Gesetzen und Gerichtsprozeduren sowie die Autorität von Richtern, Magistraten und sämtlicher anderer Gerichtsbeamten bestätigt (2a) und gewährleistet, daß jegliche Verfolgung von Verbrechen unter namibischer Judikative ebenso weitergehen (2c) wie diese Verbrechen selber in gleicher Weise verurteilt und bestraft werden sollen (2d).

²⁷⁵ Dieser Abschnitt garantiert noch einmal die Übernahme der Gesetze (1), verpflichtet die namibische Regierung dazu, innerhalb dieser Gesetze alle Handlungen der Vorgänger- Regierung quasi als ihre eigenen anzusehen (3) und die Gültigkeit der sie selbst betreffenden Stellen anzuerkennen (4).

²⁷⁶ Vgl. Weiland (1992), S. 278: Durch die „[...] explizite Anerkennung und Übernahme aller juristischen und personellen Strukturen [...]“ wird gewährleistet, daß die krassen Ungerechtigkeiten hinsichtlich Lebensstandard und Einkommen erhalten bleiben und nur diejenigen Gesetze, die ausdrücklich diskriminierend waren, abgeschafft wurden.

²⁷⁷ Vgl. Behrens, Gerd: Labor für Südafrika. Interview mit Ministerpräsident Hage Geingob, in: Beilage zu Süddeutschen Zeitung, 1. März 1994.

²⁷⁸ Vgl. Simon (1991), S. 5-7.

²⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 6.

quasi im zweiten Anlauf an die Beseitigung der strukturellen Ungleichheiten zu gehen, oder wurde der einmal eingeschlagene Weg fortgesetzt?

5.4.1. Die „Zweite Phase“: Zäsur oder Rhetorik?

„We are at the take-off point and our emphasis is now on bringing about economic reconciliation.“

SWAPO-Election Manifesto 1994: „Better Opportunities for all Namibians“²⁸⁰

„Wir beginnen jetzt die zweite Phase, die die Wirtschaft und die Landwirtschaft betrifft.“

Premierminister Hage Geingob im Frühjahr 1994²⁸¹

5.4.1.1. Die soziale und wirtschaftliche Lage in den 1990ern und die Maßnahmen der Regierung

Es ist nicht allzu überraschend, dass sich die Kommentare zur namibischen Versöhnungspolitik in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nicht wesentlich von den vorherigen unterscheiden.

P.J. Isaaks wies 1997 darauf hin, dass ein solcher Prozeß neben der spirituellen auch eine materielle Seite habe und forderte als Konsequenz das Recht auf Land, Ausgleich für erlittenes Unrecht, Beschäftigung und Entwicklung.²⁸²

Schon ein Jahr zuvor hatte Weiland das namibische Modell von Nationaler Versöhnung zwar als in Ansatz und z. T. auch Ausführung beispielhaft gelobt, andererseits aber darauf hingewiesen, dass sich an der sozialen Situation nichts gebessert habe.²⁸³

Ebenso bescheinigt H. G. Toetemeyer der SWAPO „Unvermögen“²⁸⁴, ihre Wahlkampfversprechen hinsichtlich der Landfrage sowie Gesundheit, Bildung und Wohnen einzulösen²⁸⁵ und wirft ihr „Beschwichtigungspolitik gegenüber den weißen Namibiern“ vor.²⁸⁶

Alle diese Bewertungen lassen darauf schließen, dass sich an den Koordinaten, die die Versöhnungspolitik in Namibia von Anfang an bestimmt haben, nichts geändert hat. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1994 mit einem „Erdrutsch-Sieg“²⁸⁷ für SWAPO endete. Ein Stimmenanteil von 72,7%²⁸⁸ brachte die ehemalige Befreiungsbewegung nun anders als 1989 in die Lage, die Verfassung ändern zu können, denn die dazu benötigte Zweidrittel-Mehrheit wäre gesichert.

Entsprechende Befürchtungen bestanden in der Opposition, während viele SWAPO-Wähler neue Hoffnung auf tiefgreifende soziale Reformen schöpften. Doch zeichnete sich bereits im folgenden Jahr ab, dass die einzige ernsthaft angestrebte Verfassungsänderung die sein würde, die Sam Nujoma eine dritte Amtszeit als Präsident ermöglichen sollte.²⁸⁹

Diese Einschätzung teilte auch du Pisani, der jegliche darüber hinaus reichende Korrekturen als unwahrscheinlich verwarf.²⁹⁰

²⁸⁰ SWAPO (1994), S. 6.

²⁸¹ Vgl. Behrens (1994).

²⁸² Vgl. Isaaks (1997), S. 54.

²⁸³ Vgl. Weiland (1996), S. 276/ 277.

²⁸⁴ Toetemeyer, H. G. (1997), S. 378.

²⁸⁵ Vgl. Ebd., S. 378.

²⁸⁶ Ebd., S. 378.

²⁸⁷ Weiland, Heribert: Landslide Victory for SWAPO in 1994. Many New Seats But Few New Votes, in: Journal of Modern African Studies No 33/1995, S. 349.

²⁸⁸ Ebd., S. 350.

²⁸⁹ Vgl. Ebd., S. 357.

²⁹⁰ Vgl. du Pisani, André: Limited Choice. The 1994 national and presidential elections in Namibia, in: ai Bulletin, No 1/1995, S. 3.

Weiland weist darauf hin, dass es sogar eine Ankündigung der Regierung gab, solche würden höchstens nach einem Referendum mit positivem Ausgang durchgeführt.²⁹¹ Der bereits vor der Unabhängigkeit ausgehandelte Kompromiß „Machtfülle des Präsidenten“ gegen „Verzicht auf einschneidende Änderungen“ wurde so indirekt bestätigt.

Ganz ähnlich wurde die Lage nach den nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bewertet. 1998 hatte die SWAPO ihr Anliegen durch die Abstimmung in der Nationalversammlung gedrückt, Nujoma kandidierte erneut und erreichte auf der Grundlage der geänderten Verfassung mit 76,7% der Stimmen beinahe genau den gleichen Wert wie seine Partei (76,3%)²⁹² Trotzdem konstatierte Simon anschließend nur geringe Aussichten auf eine grundlegende, substantielle Änderung der politischen Richtung.²⁹³

Was die von Geingob angesprochene ökonomische Lage und speziell die in der Landwirtschaft angeht, hätte dazu jedoch noch immer aller Anlaß bestanden: Das namibische *Central Statistics Office* ermittelte 1996 nämlich einen Gini-Koeffizienten von 0,0701 für das Land. Im Vergleich mit dem Wert vor der Unabhängigkeit (Stand 1988: 0,7; siehe Kapitel 3.) ist demnach sogar eine, wenn auch minimale, tendenzielle Verschlechterung eingetreten, und Namibia befand sich noch immer unter den weltweiten Spitzenreitern, was extreme Einkommensunterschiede angeht.²⁹⁴

Die heutige Gesellschaftsstruktur Namibias weist offiziell keine und praktisch zumindest weniger „rassische“ Trennlinien auf; laut Melber besteht aber dennoch „[...] a new post-colonial system of modified (but similarly gross) inequality.“²⁹⁵

Konstant war auch die Bedeutung der Subsistenzlandwirtschaft. In den sechs einkommensschwächsten Regionen war sie nach wie vor die Haupterwerbsquelle, von der insgesamt 42,2% der Bevölkerung abhängig waren.²⁹⁶

Für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit waren die Prognosen Mitte der 1990er Jahre alles andere als optimistisch: durch das hohe Bevölkerungswachstum ging die National Planning Commission von zusätzlich 250.000 arbeitsfähigen Menschen bis zum Jahr 2000 aus.²⁹⁷

Selbst kurz vor den Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der Unabhängigkeit hatte sich das Verhältnis von Wirtschafts- zu Bevölkerungswachstum nicht zugunsten des ersteren gewandelt, wodurch auch die Stagnation des Pro-Kopf-Einkommens Kontinuität hat. Von 1995 bis zur Jahrtausendwende lag das Pro- Kopf- Wachstum sogar im negativen Bereich.²⁹⁸ Einkommenszuwächse gab es nur im gewerkschaftlich beeinflussten formellen Sektor zu verzeichnen und hier speziell im Bereich der Besserverdienenden, während im informellen Sektor Stagnation herrschte.²⁹⁹

Für das erste Jahrzehnt nach der Beendigung der südafrikanischen Besatzung bilanziert Hansohm, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht ausreicht, um Armut und die extremen Ungleichheiten zu beheben.³⁰⁰ Auch Schade bestätigt, dass die vorhandenen ökonomischen Ressourcen Namibias

²⁹¹ Vgl. Weiland (1995), S. 357.

²⁹² Vgl. Simon, David: Namibian Elections: SWAPO Consolidates its Hold on Power, in: Review of African Political Economy, No 83/2000, S. 113/ 114.

²⁹³ Vgl. Ebd., S. 115

²⁹⁴ Vgl. Hansohm, Dirk/Presland, Cathy: Poverty, Inequality and Policy in Namibia. The state of knowledge and the way ahead in poverty research, in: The Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU): In Search for Research, Windhoek 1999, S. 55.

Siehe dazu auch Ebd., S. 61: Das Durchschnittseinkommen der deutsch-, englisch- und afrikaanssprachigen Haushalte lag bei etwa 63.000 N\$, der Landesdurchschnitt bei 17.198 N\$, während sich von den nicht-weißen Sprachgruppen allein die Tswana-sprachigen Haushalte in dieser Höhe aufhielten (17.138). Die anderen waren in der Mehrzahl deutlich darunter angesiedelt (Quelle: Central Statistics Office 1996).

²⁹⁵ Melber, Henning: Which Way, Namibia? In: The Namibian Community, 29. September 2000, <http://www.namibian.com.na/WebX?50@141BDF1aG3MaLv^0@.ef269fe.>, S. 2.

²⁹⁶ Vgl. Hansohm/Presland (1999), S. 67.

²⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 76.

²⁹⁸ Vgl. Hansohm (2000), S. 19.

²⁹⁹ Vgl. Ebd., S.22.

³⁰⁰ Vgl. Ebd., S. 23.

nicht eingesetzt wurden, um einen höheren Lebensstandard und soziale Entwicklung für die gesamte Bevölkerung zu fördern.³⁰¹ Ebenso fielen die *terms of trade* in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.³⁰²

Trotz des äußerst unternehmerfreundlichen Investorengesetzes (siehe 3.) blieb der davon erhoffte Boom aufgrund von Rezessionen weitgehend aus. Negativ machte sich hier auch die geographische Lage Namibias bemerkbar: Nach dem verebten Interesse der internationalen Gemeinschaft mit erreichter Unabhängigkeit wurde das Land schnell und unverkennbar wieder zu einem Stück der Peripherie.³⁰³

1998 schließlich sah sich die Regierung veranlaßt, einer Weltbank- Strategie zur Armutsbekämpfung zuzustimmen.³⁰⁴ Damit sollte das Ziel erreicht werden, bis zum Jahr 2000 die Anzahl der Haushalte in Armut auf 40% und der in absoluter Armut von 14% auf 7% zu senken., was angesichts des kaum wahrnehmbaren Zuwachses des GDP und steigender Arbeitslosigkeit nicht gelungen ist.³⁰⁵

Ebenfalls nicht erfüllt werden konnten die Vorgaben des 1995 verabschiedeten „Ersten Nationalen Entwicklungsplans“. Diese beinhalteten ein jährliches BIP-Wachstum von 5%, die Angleichung der Einkommensverhältnisse, Armutsbekämpfung, die Verringerung des staatlichen Haushaltsdefizit auf 3% des BIP und die Schaffung von 70.000 neuen Arbeitsplätzen.³⁰⁶

Dabei war die Regierung keineswegs untätig, was Maßnahmen zur Armutsbekämpfung angeht. So modifizierte sie zwischen 1992 und 1994 das von Südafrika ererbte rassistische Rentensystem, sodass inzwischen alle Namibier über 60 Jahren, Blinde ab 16 Jahren sowie alle behinderten Bürger zu einer monatlichen Auszahlung von N\$ 160 berechtigt sind. Zuvor standen Weißen pro Monat 382 Rand zu, während sich Schwarze mit 55 Rand begnügen mußten.

Ein solches Rentensystem stellt innerhalb Afrikas eine absolute Ausnahme dar. Obschon sich die Regierung nach Angaben des Finanzministeriums diese Zahlungen im Jahr N\$ 172 Millionen kosten ließ (Stand: 1994/1995), geht die Maßnahme gerade an vielen der Ärmsten bislang vorbei, da sie zu weit entfernt von den Zentren wohnen und oftmals über ihre diesbezüglichen Anrechte nicht Bescheid wissen.³⁰⁷

Ebenfalls korrigiert wurden 1996 die Ungleichheiten im 1960 erlassenen *Children's Act*, der allein erziehenden Müttern und armen Familien ebenfalls N\$ 160 im Monat und weitere N\$ 60 für jedes Kind garantiert. Darüber hinaus stehen ihnen noch einmal monatlich N\$ 60 für jedes behinderte Kind zu. Für den Erhalt dieser Unterstützung liegt die Einkommensobergrenze bei N\$ 500 im Monat, sodass sie auf die Ärmsten der namibischen Gesellschaft abzielt. Noch zur

³⁰¹ Vgl. Schade (2000), S. 112.

³⁰² Vgl. Hansohm (2000), S. 24.

³⁰³ Vgl. Weiland (1992), S. 283;

Beilage zur SZ 1. 3. 1994: Hage Geingob äußerte im Interview seine Enttäuschung über die unbefriedigende Resonanz. Vgl. Auch Guy Arnold (1996) in seiner Bilanz „Five Years After“, New African No 338/1996, S. 29: „The inflow of investment into the country has been disappointing“.

³⁰⁴ Vgl. Schade (2000), S. 113/120: Als Kernbereiche galten dabei die gerechte und effiziente Gewährleistung von „public services“, die Beschleunigung fairer landwirtschaftlicher Expansion sowie die Verbesserung von Optionen im nicht-landwirtschaftlichen und speziell im informellen Sektor. Konkrete Maßnahmen waren aber zunächst noch nicht erkennbar.

³⁰⁵ Vgl. Ebd., S. 114;

siehe auch NZZ 11. 7. 1997: Im Artikel „Namibias alte Kämpfer werden ungeduldig“ wird eine Arbeitslosenquote von über 40% genannt. Gerhard Töttemeyer, aktueller namibischer Vize- Minister für *Regional and Local Government and Housing*, erklärte auf einem Vortrag zur Lage Namibias im Freiburger Arnold- Bergstraesser- Institut am 15. April dieses Jahres, daß die Arbeitslosenquote noch immer zwischen 35 und 40% liege.

³⁰⁶ Vgl. Halbach (1999) IN ifo, S. 23: „Keines dieser Ziele wurde auch nur annähernd erreicht.“ –

Melber: *Which Way ...* (2000): Demnach lebten noch ein Jahrzehnt nach der Unabhängigkeitüber die Hälfte der Bevölkerung in absoluter Armut.

³⁰⁷ Vgl. Schade (2000), S. 121;

Hansohm/ Presland (1999), S. 84.

Jahrtausendwende gab es allerdings Berichte, nach denen durch fehlende Information der Bevölkerung längst nicht alle Empfangsberechtigten auch erreicht werden.³⁰⁸

1999 erließ die Regierung den *Social Security Act* und führte damit eine Art Sozialversicherungssystem ein. Aus einem Topf mit obligatorischen Einzahlungen von Arbeitgebern- und -nehmern sollen schlechter bezahlte Arbeitnehmer im Fall von Mutterschaft, Krankheit oder Tod Geld erhalten. Die Beiträge zur Finanzierung sind dabei nach Höhe der Einkommen gestaffelt. Laut der *Social Security Division* des Arbeitsministeriums profitierten 70% der Arbeitnehmer davon; allerdings gehörten z. B. im Fall der Mutterschaftszahlungen gerade mal 25% der Empfängerinnen armen Haushalten an. Dies liege daran, dass die meisten Armen – und v. a. Frauen verstärkt - eher im informellen Sektor arbeiteten und damit juristisch gesehen nicht empfangsberechtigt sind.

Nach Angaben der *Namibian Economic Policy Research Unit* (NEPRU) senken seit der Einführung des Gesetzes viele Arbeitgeber die Stundenzahl ihrer Angestellten, um für sie nicht beitragspflichtig zu werden. Außerdem wollten kommerzielle Farmer seither keine neuen Arbeitskräfte einstellen.

Hansohm/Presland schätzen, dass eine solche wohlfahrtsstaatliche Maßnahme keinen bedeutenden Einfluß auf die Minderung der Armut habe.³⁰⁹

Auch scheint es ein generelles Problem solcher abfedernder Regelungen zu sein, dass sie - wie bereits beschrieben - gerade an den Ärmsten vorbeigehen. Aus den genannten Gründen gilt das auch für den Bereich Gesundheit, obwohl die Regierung ihm 1996/1997 mit N\$ 740 Millionen 14% ihres Budgets zukommen ließ.³¹⁰

Ein weiteres Beispiel hierfür ist die Wohnsituation in Namibia. 1991 wurde eine offizielle „National Housing Policy“ verabschiedet, die in ihrer weitreichenden Anlage in Afrika einzigartig ist.

Mit Hilfe des „Build Together Programme“ (BTP) und „National Housing Enterprise“ (NHE) konnten bis Mitte der 1990er Jahre über 5.500 Darlehen gewährt werden; dennoch ist der Mangel an verfügbarem Wohnraum seit der Unabhängigkeit von etwa 35.000 auf rund 80.000 Einheiten gestiegen.³¹¹

Ein Hauptkritikpunkt an den Programmen ist, dass sie zu sehr auf den *Besitz* von Wohnraum abzielen und damit wiederum an den Möglichkeiten der Ärmsten vorbei, für die diese Option aus Kostengründen kaum möglich ist.³¹²

Neben solchen Initiativen fallen indirekt auch die unbestritten hohen Ausgaben für Gesundheit und Bildung in den Bereich der Armutsbekämpfung: Von 18% (1990/1991) wurde der auf Bildung verwendete Anteil des Etats bis auf 24,1% (1999/2000) angehoben; weitere 14,2% (1999/2000) entfielen auf Gesundheit und soziale Dienste der Regierung.³¹³

5.4.1.2. *Affirmative Action*³¹⁴

³⁰⁸ Vgl. Ebd., S. 121; Ebd., S. 84

³⁰⁹ Vgl. Ebd., S. 86

³¹⁰ Vgl. Ebd., S. 88

³¹¹ Vgl. Ebd., S. 88: Die Zahlen sind geschätzt und gehen zurück auf die *National Planning Commission*. Eine Jahresangabe über den Stand von 80.000 Wohneinheiten fehlt in dieser Quelle. (T. M.)

³¹² Vgl. Ebd., S. 90.

³¹³ Vgl. Schade (2000), S. 122.

³¹⁴ An dieser Stelle wird das Thema „Affirmative Action“ relativ knapp und im Zusammenhang mit Nationaler Versöhnung behandelt. Ausführlich wird seine Bedeutung im namibischen Kontext und die kontroverse Debatte darum in Herbert M. Jauchs Buch „Affirmative Action in Namibia (1998)“ vorgestellt.

Das SWAPO-Wahlmanifest von 1994 zog ein gemischtes Zwischenfazit des Versuchs, die alten Benachteiligungen in Beschäftigungsstruktur, Lebensstandard und Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen auszugleichen.

So wurde einerseits darauf hingewiesen, dass die meisten Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst durch die Regierung ein direktes Ergebnis dieser Politik seien. Für die folgende Legislaturperiode kündigte die SWAPO an, ihre Anstrengungen dabei noch zu verstärken, denn die Ergebnisse im Privatsektor seien dagegen äußerst bescheiden. Aus diesem Grund, so heißt es im Text weiter, sei das Verabschieden einer entsprechenden Gesetzgebung vorgesehen.³¹⁵

Die bis dahin einzige dahingehende Regulierung außer Paragraph 23 (2), in dem *Affirmative Action* beschlossen wird, war der 1992 verabschiedete „Local Authority Act“, sodass Jauch davon sprach, *Affirmative Action* sei außerhalb des Öffentlichen Dienstes praktisch nicht vorhanden. Allerdings weist er an gleicher Stelle darauf hin, dass ein solcher Ansatz nicht geeignet wäre, um die ererbten strukturellen Ungleichheiten zu beseitigen. Vielmehr handelte es sich um unterstützende Maßnahmen eines tiefgreifenden Wandels.³¹⁶

Was die Implementierung dieser in der Verfassung verankerten Politik in Namibia angeht, so kritisiert er grundsätzlich die dabei vorherrschende Ungenauigkeit und fordert stattdessen zu klären, welchem Zweck die getroffenen Maßnahmen überhaupt dienen sollten: Repräsentation, eine Veränderung der institutionellen Kultur, sozioökonomische Umverteilung, eine Kombination aus mehreren Aspekten, und nicht zuletzt: wer soll überhaupt davon profitieren?³¹⁷

Jauch wirft der Regierung darüber hinaus Unwillen vor, eine wirkliche Implementierung von *Affirmative Action* umzusetzen, die unweigerlich eine Konfrontation mit den weißen Wirtschaftslobbys bedeuten würde. Wegen dieser Beschränkungen hält er die ergriffenen Initiativen für ineffizient zu Redistributionszwecken, zumal auch die Landfrage sowie der Zugang zu Ressourcen ausgeklammert seien.³¹⁸

Ähnlich äußerte sich auch Melber in seiner Bilanz eines Jahrzehnts namibischer Unabhängigkeit: Innerhalb der gegebenen Strukturen seien *Affirmative Action*- Maßnahmen höchstens Korrektive ohne tiefere Wirkung.³¹⁹

5.4.1.3. Die Situation der ehemaligen Kämpfer

Unmittelbar nach der Unabhängigkeit herrschte die Meinung vor, dass die früheren FreiheitskämpferInnen am besten bei ihren Familien in ihrer alten Heimat aufgehoben wären. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, v. a. die exorbitante Arbeitslosenquote (siehe Kapitel 1.1. und 3.), mangelnde Qualifizierung für den Arbeitsmarkt und soziale Probleme (siehe Kapitel 1.1.) erwiesen sich bei ihrer Reintegration allerdings als große Hindernisse. Dazu kam die nur zu verständliche Erwartung der Protagonisten des Befreiungskampfs, als solche nach erreichter Unabhängigkeit auch von ihr zu profitieren.

³¹⁵ Vgl. SWAPO (1994), S. 13.

³¹⁶ Vgl. Jauch (1998), S. 16.

³¹⁷ Vgl. Ebd., S. 16. Siehe auch: Ebd., S. 146: Ein brisanter Nebenaspekt ist hier, daß individuell Profitierende an einer grundsätzlichen Systemänderung vielfach nicht mehr interessiert sind.

³¹⁸ Vgl. Ebd., S. 147.

³¹⁹ Vgl. Melber (2000), S. 171: „Since the decolonisation process is not taking place in a social vacuum, ‘national reconciliation’ and ‘affirmative action’ are mainly two initiatives within a status quo oriented policy of co-optation and integration into existing structures of class and property under the new formal political power relations. In contrast to its original intention, ‘affirmative action’ is mainly misused as a practical tool for obtaining comparative advantages in competition for better access to higher positions, thereby serving the class interest of a new elite in the making. This means that crucial and substantial aspects of social transformation in a process of decolonisation are not touched or at best undergo cosmetic changes.“

Erst nach den ersten Drohungen und Protesten (siehe Kapitel 3.) bemühte sich die Regierung, ihre Situation mit besonderen Maßnahmen zu verbessern und damit nicht zuletzt präventiv die innere Stabilität des Landes zu stärken.

Zunächst erhielten alle Arbeitslosen, die zur Zeit der Implementierung von Resolution 435 Waffen getragen hatten, von März 1991 an eine einmalige Zahlung von 1.400 Rand. Insgesamt wurde dieser Betrag an ungefähr 16.080 Personen ausgehändigt.

Daneben rief das neu gegründete „Ministry of Land, Resettlement and Reparation“ (MLRR) die „Development Brigades“ ins Leben. Diese sollte für ehemalige Kämpfer und Rückkehrer aus dem Exil kurze Trainingsprogramme zur Aneignung der für die Arbeitsuche notwendigen Qualifikationen sowie länger angelegte Umsiedlungsprogramme organisieren und sich besonders um Kriegsversehrte kümmern. Die Dauer war auf zwei Jahre angesetzt und sollte 18.000 registrierten Ex-Kämpfern Platz in den landwirtschaftlichen- und Bau-Programmen bieten.

Durch fehlerhafte Planung und schlechte Bedingungen in den Brigade-Zentren selbst wie unerfahrene und schlecht vorbereitete Ausbilder und durch die verbreitete Frustration, keine Beschäftigung in der neuen namibischen Armee NDF gefunden zu haben, entwickelte sich intern eine latent schlechte, explosive Stimmung, die bald zu Unruhen in beinahe allen Brigade-Zentren führte.³²⁰

Von außen war die SWAPO wegen diesem Engagement ebenfalls starker Kritik ausgesetzt: Ihr wurde vorgeworfen, politisch tendenziös, u. a. wegen der Tatsache, dass diese Programme direkt an ein staatliches Ministerium gebunden waren und dadurch angeblich die Möglichkeit der Finanzierung von dritter, sprich internationaler Seite zumindest eingeschränkt würde.³²¹

Tatsächlich gefährdeten gravierende finanzielle Probleme konstant die Existenz der Development Brigades. Die monatlichen Zahlungen von 50 Rand an jeden Teilnehmer konnten Ende 1992 nicht mehr geleistet werden, sodass die Brigaden wurden vorübergehend aufgelöst wurden.³²²

Im Mai 1993 wurden sie in Form der parastaatlichen „Development Brigades Corporation“ wieder gegründet mit dem Ziel, „[...] training and skills development opportunities to unemployed persons“ zu garantieren.³²³

Was blieb, war die denkbar schlechte Organisation der Brigaden. Allein 1993/1994 häufte die DBC ein Defizit von N\$ 13 Millionen und Kontouberziehungen von insgesamt N\$ 11 Millionen an. Es folgte eine Restrukturierung und eine zusätzliche Geldspritze in Höhe von N\$ 13 Millionen aus dem „Socio-Economic Integration Fund“.³²⁴ Dennoch blieben die meisten der ehemaligen Kämpfer auf sich alleingestellt.³²⁵

In der Regierungserklärung zum Budget des Haushaltsjahrs 1999/2000 wurden Posten für ein sogenanntes *Peace Project* angekündigt, das weitere 9.000 Veteranen beschäftigen sollte. Daneben war vorgesehen, Veteranen über 55 Jahren, deren Chance auf einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt wesentlich geringer waren, monatlich N\$ 500 zukommen zu lassen.

Dass die so bereitgestellten Arbeitsplätze vielfach im Öffentlichen Dienst waren, diesen damit noch weiter aufblähten und seine Kosten in die Höhe steigen ließen, ist seitdem oft kritisiert worden.³²⁶

Hansohm/Presland weisen in diesem Zusammenhang auf einen grundsätzlichen Zielkonflikt zwischen politischer und ökonomischer Legitimation solcher Entscheidungen und Initiativen vor dem speziellen Hintergrund der Situation Namibias hin.³²⁷ Positiv muß dem *Peace Project* aber

³²⁰ Vgl. Preston (1997), S. 463-465.

³²¹ Vgl. Hansohm/ Presland (1999), S. 85.

³²² Vgl. Preston (1997), S. 466.

³²³ Vgl. Hansohm/ Presland (1999), S. 85.

³²⁴ Vgl. Ebd., S. 85.

³²⁵ Vgl. Preston (1997), S. 466.

³²⁶ Vgl. Schade (2000), S. 121.

³²⁷ Vgl. Hansohm/Presland (1999), S. 83.

sein deutlicher Beitrag zur Armutslinderung angerechnet werden, denn die Betroffenen hätten auf anderem Weg kaum Zugang zu regulärer Arbeit gefunden.³²⁸

Simon erwähnte in einem Aufsatz über die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1999, die SWAPO habe ihren Stimmenanteil u. a. deshalb noch einmal steigern können, weil die Regierung als Reaktion auf eine der schon üblich gewordenen Protestaktionen zusicherte, 9.000 ehemalige Plan-Soldaten in den Öffentlichen Dienst zu übernehmen.³²⁹

Nach Auskunft des aktuellen Vize-Ministers für *Regional and Local Government and Housing*, Gerhard Toetemeyer, sind inzwischen die letzten 2.000 Veteranen mit Jobs versorgt worden.³³⁰

Neben der Beschäftigung der ehemaligen Befreiungskämpfer kümmerte sich die Regierung auch um deren Wohnsituation. So wurde von 1990 an ein *Resettlement Programme* gestartet. Auf von Weißen gekauftem Land richtete sie erst sechs, später acht Zentren ein, die u. a. 4.000 Veteranen Zugang zu nutzbarem Boden mit regelmäßiger Wasserversorgung bieten sollten. Finanziert wurden diese wie auch die dort angebotenen Trainingsprogramme von der Regierung selbst sowie von Hilfsorganisationen. Die finanziellen Mittel waren noch knapper als bei den Development Brigades, und auch hier waren strukturelle Probleme an der Tagesordnung: Häufig bestand entgegen der Planung nur eine unzureichende Wasserversorgung. Zudem behinderten zu große Entfernungen von und mangelnde Transportmöglichkeiten zu Orten mit staatlichem Gesundheitsservice und Schulen den geregelten Zugang zu Märkten, um die angebauten Produkte dort zu verkaufen.³³¹

5.4.1.4. Landfrage und landwirtschaftliche Situation

Nach einer Weltbank-Statistik von 1992 waren damals etwa $\frac{3}{4}$ der Armen in Namibia zumindest zum Teil von der Landwirtschaft abhängig. Das *General Statistics Office* veröffentlichte 1994 Zahlen, nach denen über 70% der Bevölkerung in ländliche Gebieten lebten.

Etwa die Hälfte der ökonomisch Aktiven des Landes waren in der Landwirtschaft beschäftigt, und zumeist war ihre Lage prekär, denn die geschätzten 36.000 Arbeiter auf kommerziellen Farmen mußten mit niedrigen bis äußerst niedrigen Löhnen auskommen.³³²

Die Ankündigung der SWAPO, im Fall ihrer Regierungsübernahme feste Mindestlöhne für sie einzuführen, erwies sich letzten Endes als nicht realisiertes oder realisierbares Wahlkampfversprechen. Stattdessen appellierte sie kurz nach der Unabhängigkeit an das „soziale Gewissen“ der Farmer, angemessene Löhne zu zahlen.³³³

Grund genug für die Regierung, im Oktober 1995 die *First National Agricultural Policy* und damit landwirtschaftliche Richtlinien zu verabschieden. Deren hauptsächliches Anliegen bestand darin, die Erträge des beschäftigungsintensivsten Sektors des Landes ab 1997 um jährlich 5% zu steigern. Dieser Produktivitätszuwachs sollte der „National Planning Commission“ zufolge gerade im Bereich der *Communal Farming Areas* sicherstellen, dass genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, um selbst das rasant steigende Bevölkerungswachstum auffangen zu können.

Allerdings bestand auch hier das Problem der Zielgenauigkeit, denn viele Initiativen liefen erneut an den Bedürftigsten vorbei und nützten stattdessen größeren Farmern. Dem versuchte die *National Agricultural Policy* zwar vorzubeugen, was aber letztlich nicht wirksam genug gelang.

Auch im Rahmen des am relativ erfolgreichen Beispiel anderer afrikanischer Staaten orientierten „Expenditure on extension“-Programms erreichten Subventionen oft nicht die, die sie am nötigsten gebraucht hätten, und die Vorbereitung von unterstützend eingesetztem Personal war

³²⁸ Vgl. Schade (2000), S. 121.

³²⁹ Vgl. Simon (2000), S.113.

³³⁰ Dies erklärte Toetemeyer während seines Vortrags im Freiburger Arnold-Bergstraesser-Institut am 15. 4. 2002.

³³¹ Vgl. Preston (1997), S. 466/ 467.

³³² Vgl. Hansohm/ Presland (1999), S. 79.

³³³ Vgl. Haspel (1995), S. 72.

vielfach mangelhaft. Trotz solcher Anstrengungen blieb die Produktivität ebenso wie die Einkommen konstant niedrig.³³⁴

Grundsätzlich stellt sich die Frage, inwieweit es bei solchen Maßnahmen nur um einen Ersatz für eine durchgreifende Landreform ging, die schon 1992 „aufgeschoben“ genannt wurde.³³⁵ Auch Außenminister Gurirab wählte, allerdings drei Jahre später, die Bezeichnung „halbherzig“ für die bis dahin vollzogene Entwicklung.³³⁶

Anzeichen genug, dass die Regierung auch hier nur sehr zögerlich vorgegangen ist. Laut Gurirab bevorzuge sie Gespräche gegenüber Zwangsmaßnahmen und appellierte einmal mehr an das Gewissen der Farmer.³³⁷

Erst als sich mehr und mehr Unmut über den schleppenden Prozeß äußerte, wurde im September 1994 die Regierungsvorlage für ein Landreformgesetz verabschiedet.³³⁸

Der „Land Reform Act“ beinhaltet letztlich das Vorhaben, auf lange Sicht 44% des kommerziellen Farmlandes zugunsten der Unterprivilegierten Landbevölkerung umzuverteilen. Die genauen Modalitäten wie auch konkrete Maßnahmen zur Finanzierung waren allerdings nicht enthalten.³³⁹

Eine Möglichkeit bietet freilich die beschlossene Landsteuer auf privaten Farmbesitz. Weiterhin sieht das Gesetz vor, dass die Regierung Privatfarmen entweder durch ein ihr garantiertes Vorkaufsrecht zu Marktpreisen erwerben kann, oder aber durch eine Initiative des Ministers für *Land, Resettlement and Rehabilitation*. Dieser kann seinerseits Agrarland in sogenannte „wirtschaftliche Einheiten“ unterteilen. Wenn ein Farmer mehr als eine solcher Einheiten besitzt, darf der Minister diese als „Überschußland“ erklären und zur Umverteilung kaufen.

Ähnliche Maßnahmen stehen ihm auch im Fall von nicht produktiver Nutzung von Land offen. Das so erworbene Land wird wiederum zum Kauf ausgeschrieben, wozu die Bewerbungen auf mehrere Kriterien geprüft werden, oder aber vom Minister ohne ein langes Verfahren an den nächstbesten Interessenten verkauft.³⁴⁰ Allerdings hat der vorherige Eigentümer die Möglichkeit, wenn er über die Einschätzung seines Landes anderer Meinung ist, ein Sondergericht einzuschalten.³⁴¹

Die Umverteilung soll zwar nach dem Grundprinzip „Williger Verkäufer, williger Käufer“ ablaufen und bewegt sich damit eindeutig innerhalb des von der Verfassung vorgegebenen und der Landreformkonferenz von 1991 bestätigten Rahmen.³⁴²

Doch selbst diese Art der Regelung brachte viele weiße Farmer gegen die Regierung auf. Ihrer Meinung nach widerspricht das Vorkaufsrecht der Regierung dem Grundsatz, dass Eigentum frei verkäuflich sei, und damit der Verfassung.³⁴³ Dagegen forderte selbst noch 1999 Oloff Munjanu vom schwarzen Bauernverband „Namibian National Farmers Union“ (NNFU), mehr Druck auf die weißen Farmer auszuüben, damit diese ihr Land überhaupt zu angemessenen Preisen verkaufen.³⁴⁴

³³⁴ Vgl. Ebd., S. 78/ 80.

³³⁵ Weiland (1992), S. 281.

³³⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. September 1995: SWAPO bekennt sich zu Marktwirtschaft. Kabinettsumbildung in Namibia. Kaum Reaktionen auf Investitionsanreize.

³³⁷ Vgl. Ebd.

³³⁸ Vgl. Handelsblatt (1994) –

Hier geht es um eine Reform im kommerziellen Sektor der Landwirtschaft. Die Situation im kommunalen wird weiter unten behandelt (T. M.).

³³⁹ Vgl. Germund, Willi: Angst der weißen Bauern vor der Reform. Namibias Regierungspartei Swapo hofft auf eine Zweidrittel-Mehrheit bei den heute beginnenden Wahlen. 44% des kommerziell genutzten Landes sollen umverteilt werden, in: taz, 7. Dezember 1994, S. 11.

³⁴⁰ Vgl. Weinbrenner, Dietrich: Die vertagte Landreform, in: afrika süd, Nr. 2/1995, S. 10.

³⁴¹ Vgl. Handelsblatt (1994).

³⁴² Vgl. Ruffert, Michael: Williger Verkäufer, williger Käufer. In Namibia soll das Farmland ohne Enteignungen nach streng rechtsstaatlichen Prinzipien neu verteilt werden, in: Frankfurter Rundschau, 6. 3. 2001.

³⁴³ Vgl. Germund (1994).

³⁴⁴ Vgl. Ruffert (2001).

Letzten Endes wurde die verabschiedete Form des Gesetzes aber nicht nur von Seiten der kommerziellen Farmer kritisiert. Auch viele NRO zeigten sich unzufrieden und hielten die beschlossenen Maßnahmen für unzureichend.³⁴⁵

Stellvertretend für viele Kommentatoren steht das Fazit Weinbrenners, der festhielt: „Das Gesetz zum kommerziellen Sektor der Landwirtschaft [...] bringt kaum Fortschritt.“³⁴⁶

Weiterhin bemängelt wurde grundsätzlich das Fehlen eines breiten Meinungsbildungsprozesses in Form einer öffentlichen Diskussion. Um dem entgegenzuwirken, fand ebenfalls im September 1994 die „People's Conference On Land“ statt, die von einem Komitee aus mehreren NRO organisiert worden war. Unglücklicherweise lag der Termin genau einen Tag vor der entscheidenden Parlamentssitzung, sodass sämtliche Regierungsvertreter ihre Teilnahme absagten, was zu großer Enttäuschung führte und das Bild von einer „Politik von oben“ festigte.³⁴⁷

Gerade die Landfrage ist in Namibia nicht nur politisch und ökonomisch, sondern auch symbolisch wie emotional ein äußerst wichtiges, sensibles und kompliziertes Thema. Die Umverteilung von Land nach einem gesetzlich beschlossenen Handelsprinzip ohne kompensationslose Enteignung drückt das Bemühen um Konsens und Versöhnung aus. Das Zögerliche, Stockende am Verlauf dieses Prozesses und seine schwierige Umsetzung im Einzelnen, die auf viel Kritik und Widerstand stieß, spiegelt andererseits aber auch den schweren Stand der Versöhnungspolitik wieder.

Zu beachten ist aber, dass die Beziehung zwischen Landfrage und Versöhnung weit vertrackter ist, als das auf den ersten Blick den Anschein hat. Zunächst einmal, so Premierminister Geingob, seien die eklatanten Mißverhältnisse im Landbesitz ein vornehmliches Motiv im Befreiungskrieg gewesen.³⁴⁸

Auch von anderen hohen Positionen innerhalb der SWAPO verlautete beständig, es handele sich um ein Thema mit höchster Priorität.³⁴⁹

Allerdings betonen verschiedene Beobachter, dass dahinter mehr vorgeschobene Rhetorik als wirkliches Bemühen stecke. Landumverteilung, so Werner, besitze eben *keine* Priorität – „auch wenn Politiker anders reden“.³⁵⁰

Das SWAPO-Wahlmanifest von 1989 hatte trotz seiner Abkehr von Verstaatlichung von Land noch angekündigt, immerhin einen Teil davon von denen, die zuviel haben zu den Benachteiligten umzuverteilen.³⁵¹ Dass das Thema danach mit Ausnahme der Landreformkonferenz 1991 erst

³⁴⁵ Vgl. Weinbrenner (1995), S. 9: Das „Legal Assistance Centre“ (LGA) in Windhoek fasst eine Reihe von Kritikpunkten zusammen: Die Zusammensetzung der Beratungskommission ohne feste Quote für Gewerkschaftsmitglieder und Frauen; die fehlende „Definition“ von „nicht voll genutztem Land“ oder „wirtschaftlicher Einheit von Land“. Aufgrund dessen hätten Familienmitglieder die Möglichkeit, Farmen untereinander aufzuteilen und damit die Anzahl der Einheiten zu manipulieren; ebenso keine genaue Festlegung, wer von den Reformen profitieren soll und damit erneut ein Ignorieren der Bedürfnisse der Unterprivilegiertesten; die Einbeziehung der finanziellen Möglichkeiten der Bewerber für von der Regierung erworbenes Land: gerade so komme die Reform nicht den wirklich Armen entgegen; Frauen werden nicht als besonders berechtigte Gruppe erwähnt, obwohl sie bis dahin gerade beim Landerwerb deutlich benachteiligt waren. Damit verstoße der Land Reform Act gegen Artikel 23 (3) der Verfassung, der die besondere Unterstützung von Frauen beschließt; schließlich die Sonderregelung, wonach der Minister für „Land, Resettlement and Rehabilitation“ das Gesetz umgehen und Land relativ willkürlich verkaufen kann.

³⁴⁶ Ebd., S. 9.

³⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 12.

³⁴⁸ Vgl. Ruffert (2001).

³⁴⁹ SWAPO (1994), S. 23: „For SWAPO, the satisfying of land hunger is of prime importance“; Africa Political Magazine, Namibia Today, Who is Who, Parlamentssprecher Tjitendero im Interview, S. 34: „[...] the very sensitive and important question of landlessness.“; the Courier, Country Report Namibia No 153 (1995), S. 35, Sam Nujoma im Interview: „Landreform is one of the most difficult issues we have had to face“. Tapscott (1994) IN southern African Report, S.12, faßt zusammen: „[...] with the onset of independence, the land question has ranked high on the political agenda.“

³⁵⁰ Werner, Wolfgang: Machtkontrolle und Armutsbekämpfung. Landfrage in Namibia, in: afrika süd, Nr. 5/2000, S. 11.

³⁵¹ Vgl. Tapscott (1994), Land Reform in Namibia. Why Not? In: Southern Africa Report, No 3/1994, S. 12.

einmal brachlag war möglicherweise genauso Zufall wie seine Rückkehr auf die Agenda vor den nächsten Wahlen 1994 in Form des *Land Reform Act* und als Wahlkampfthema.³⁵²

Auch Tapscott vermutet hier vor allem Lippenbekenntnisse der SWAPO. Die lautstarken Forderungen nach einer Umverteilung kamen und kommen weitestgehend von den Bevölkerungsgruppen, die unter dem kolonialen Landraub der Deutschen gelitten haben. Dieser betraf hauptsächlich Herero, Nama, Damara und San, die in den zentralen und südlichen Landesteilen Viehzucht betrieben hatten. Die weiter nördlich von Ackerbau und Viehzucht lebenden Gruppen blieben davon weitgehend verschont.³⁵³

Da die Basis der SWAPO aber genau dort liegt, hält sich zumindest der politische Druck auf die Regierungspartei in Grenzen. Folgerichtig hatte sie keinen besonderen Anlaß, das Thema zusätzlich zu forcieren.³⁵⁴ Damit ist allerdings nicht automatisch von einer ethnischen Orientierung der SWAPO auszugehen, sondern vielmehr von (macht-)politischem Kalkül und dem Bedienen von Klientelgruppen.³⁵⁵

Daneben gibt es allerdings auch objektive Einwände gegen eine Landreform, zumal wenn diese nicht in erster Linie dem Bekämpfen von Ungleichheiten, sondern der Produktionssteigerung und damit dem Reduzieren von Armut und Arbeitslosigkeit dienen.³⁵⁶

Bedenklich sind nicht zuletzt die immensen Kosten, die der Regierung durch den Erwerb von Farmland zu Marktpreisen entstehen. Im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit beliefen sich diese auf rund N\$ 50 Millionen. Erstanden wurden dafür über 410.000 ha im gesamten Land.

Mehrfach ist in dieser Zeit angesichts solcher Summen Kritik am Prinzip „willing seller-willing buyer“ laut geworden.³⁵⁷ So forderte z. B. der SWAPO-Abgeordnete Ya France, dieses Verfahren außer Kraft zu setzen, da es diejenigen mit großen Besitztümern dazu ermutige, die Preise anzuheben und es der Regierung damit absichtlich zu erschweren, Grundstücke für die Ansiedlung von Landlosen zu erwerben.³⁵⁸

Selbst „technische“ Einwände wie die gerade genannten können weder die moralische Rechtfertigung der Forderung nach Landrückgabe noch ihren Symbolwert, ob durch Kauf oder Rückaneignung, nicht aufwiegen. Die betroffenen Bevölkerungsgruppen, auch wenn außerhalb des klassischen SWAPO-Klientels stehend, hatten an die Unabhängigkeit entsprechende Erwartungen geknüpft, äußerten später Enttäuschung und griffen schließlich zu anderen Methoden: 1992 wurde im Westen Namibias erstmals ein Stück Land besetzt.³⁵⁹

³⁵² Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 2./3. Oktober 1994: Bodenreform als Wahlkampfthema in Namibia.

³⁵³ Vgl. Tapscott (1994), S. 13/14;

Werner (2000), S. 10, erklärt die historischen Hintergründe damit, daß „Hirtenvölker wie Herero, Nama und Damara [...] nicht über signifikante zentrale politische Strukturen verfügten“ und insofern wesentlich leichter zu unterwerfen waren als „[...] die Königreiche der Ovambo und Kavango im Norden und Nordosten ...“.

³⁵⁴ Vgl. Ebd., S. 11.

³⁵⁵ Vgl. Tapscott (1994), S. 13.

³⁵⁶ Vgl. Werner (2000), S. 10: Genannt wird hier zuerst die schlechte Qualität des Bodens: Die wenigen und dazu unregelmäßigen Niederschläge lassen nur extensive Viehzucht und keinen Ackerbau zu und sind damit ungeeignet für eine Intensivierung und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion. Bei diesen Bedingungen, so hat die „Land Reform Advisory Commission“ ermittelt und dem „Ministry for Land, Resettlement and Rehabilitation“ empfohlen, bräuchte jeder Haushalt eine zugewiesene Mindestfläche von 1.000 ha – im Süden das Dreifache – Land, das die Regierung zuvor als willige Käuferin von willigen Verkäufern erworben hat.

Ein weiteres Problem entstehe durch die etwa 35.000 in der kommerziellen Landwirtschaft Beschäftigten, die mit ihren Angehörigen zu einer Gesamtzahl von ungefähr 150.000 anwachsen, die im Fall einer Akquisition „freigesetzt“ würden. Angesichts einer Bevölkerungswachstumsrate, die auch zehn Jahre nach der Unabhängigkeit noch bei 3,2% lag, ist Werner zufolge von einem großen Einfluß einer Reform des kommerziellen Landwirtschaftssektors auf das Ausmaß der Armut nicht auszugehen.

³⁵⁷ Vgl. Ebd., S. 10.

³⁵⁸ Vgl. Nanyeni, SaimaThe ticking bomb, in: New African, No 390/2000, S. 11.

³⁵⁹ Vgl. Tapscott (1994), S. 15: Es handelte sich um eine Gruppe aus Au Xiaigas, in den 1950er Jahren im damaligen „Damaraland“ zwangsangesiedelt, die die Aktion als Besetzung des Landes ihrer Vorfahren verstanden. Die Regierung hätte die Aktion mit einer Räumung beendet, wenn Hage Geingob in einer aufgeheizten Situation nicht eine Einigung ausgehandelt hätte: Die Gruppe konnte auf von der Regierung gekauftem Land siedeln, während die

Sei es durch die davon ausgehende Signalwirkung oder dadurch, dass das Thema nach wie vor einem großen Teil der Bevölkerung unter den Nägeln brennt: Landbesetzungen sind seither ein Thema in Namibia, ob als potentielle Gefahr und Anlaß von Diskussionen angesichts von Besetzungen im benachbarten Zimbabwe oder als reale Aktionen. 1998 jedenfalls hielt sich die Regierung an eine strikte Linie und vertrieb nach einem entsprechenden Gerichtsbeschuß 56 Bauern, die meisten Hereros, von einer Farm.³⁶⁰

Die These, dass die Vernachlässigung der Landfrage durch die Regierung reine taktische Klientelbedienung wäre, wird allerdings dadurch in Frage gestellt, dass die *kommunale* Landreform trotz dringendem Bedarf ebenfalls jahrelang aufgeschoben wurde. Noch 1998 eröffnete Werner einen Aufsatz zum Thema mit der Feststellung: „Die Landreform in Namibia kommt nicht aus den Startlöchern. Das Problem liegt allerdings weniger im kommerziellen Sektor, als in der rechtlich verworrenen Situation in den Kommunalgebieten.“³⁶¹

Zur Verteilung von Land in diesen Gegenden legte die Regierung 1997 ein Weißbuch vor, das auf einen nationalen Workshop zum Thema ein Jahr zuvor in Windhoek zurückgeht. Wie diese Frage genau geregelt werden sollte, geht daraus allerdings nicht klar hervor, vor allem nicht bezüglich der einzurichtenden „Land Boards“ und ihr Verhältnis zu lokalen Autoritäten, die traditionell kommunales Land vergeben.³⁶²

Zu Beginn des Jahres 2000 befaßte sich die Nationalversammlung abschließend mit einem entsprechenden Gesetzesentwurf und reagierte damit auf das Drängen der *Namibia National Farmers Union* und verschiedener NRO.

Vor allem die drückende Frage der Einzäunungen in kommunalen Gebieten wurde aber nur äußerst unbefriedigend geregelt³⁶³: Die beschlossene Illegalisierung gilt nur mit Inkrafttreten des Gesetzes und nicht rückwirkend, und bisher eingezäunte Flächen sollen nach Pachtrecht vergeben werden. Die fehlende Einbindung der betroffenen Communities in den Entstehungsprozeß des Gesetzes äußerte sich in der folgenden Bewertung: „Der Gesetzesentwurf bevorteilt traditionelle Führer und Wohlhabende, die kommunales Land zur individuellen Nutzung abgezäunt haben. Die ärmeren und marginaleren Bauern und Bäuerinnen haben keinen nennenswerten Nutzen von dem Gesetz zu erwarten.“³⁶⁴

Auf kommunaler Ebene werden durch den *Communal Land Reform Act* sogenannte *Land Boards* eingesetzt und die Zuständigkeitsbereiche der traditionellen Autoritäten geregelt.³⁶⁵

Festzuhalten bleibt, dass die Landfrage auf kleinerer Ebene durchaus symbolisch für die gesamte Versöhnungspolitik zu sehen ist. Einen „Fußabdruck des Kolonialismus“³⁶⁶ sieht Tapscott in der Situation und betont, dass durch sie zwar der Frieden gefördert, aber auch der status quo erhalten würde.³⁶⁷

Regierung eifrig bemühte, es handelte sich dabei keineswegs um einen Präzedenzfall.

³⁶⁰ Vgl. Werner (2000), S. 11.

³⁶¹ Werner, Wolfgang: Zum besseren – zum Schlechteren. Die Landreform in Namibia, in: *afrika süd*, Nr. 2/1998, S. 31.

³⁶² Vgl. Ebd., S. 31: Werner spricht von einer „mehrdeutigen Aussage“.

³⁶³ Vgl. Werner (2000), S. 11/ 12: Die Dringlichkeit der gesetzlichen Regelung ging nicht zuletzt auf dieses seit der Unabhängigkeit immer gravierender gewordene Problem zurück. In den letzten Jahren haben immer mehr besser gestellte Bauern in den kommunalen Gebieten mit den *Chiefs* oder *Headmen*, die traditionell für die Landvergabe zuständig sind, Abkommen zur privaten Nutzung von Gemeinschaftsland abgeschlossen, das sie von diesen praktisch kauften und dann einzäunten. Siehe dazu auch Werner (1998), S. 31.

³⁶⁴ Werner (2000), S. 12.

³⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 11.

³⁶⁶ Tapscott (1994), S. 12.

³⁶⁷ Vgl. Ebd., S. 12;

Siehe dazu auch Maletsky, Christof: „Farmers urged to assist on land reform, in: *The Namibian*, 14 September 2001: <http://www.namibian.com.na/2001/September/news/0112D1178FE.html>, S. 1/ 2: Auch der aktuelle namibische „Lands Minister“, Hifikepune Pohamba, zeigte sich – im zwölften Jahr der Unabhängigkeit – unzufrieden mit den Ergebnissen der Landumverteilung. Auf einem Kongreß der „Namibia Agricultural Union“ (NAU) im September 2001 sprach er angesichts von ganzen 105 von der Regierung erworbenen und nur rund 30.000 umgesiedelten Menschen von einer Einbahnstraßenpolitik.

5.4.2. Die Konjunktur der verschärften Töne

Speziell in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre war in der namibischen Politik immer wieder ein besonderes Phänomen zu beobachten: Parallel zu stagnierende Wirtschaftsdaten, unverändert schlechter sozialer Lage des überwiegenden Teils der Bevölkerung und einer Versöhnungspolitik, deren angekündigte emanzipatorische Dimension (siehe Kapitel 5.4.1.1.) der pragmatischen noch immer um Längen hinterherhinkte, zeichneten sich hohe Mitglieder von Regierung und SWAPO zunehmend durch Verbal- Radikalität und polemische Konfrontationslust aus.³⁶⁸

Die meisten dieser Situationen weisen ein auffällig ähnliches Muster auf: In der Regel ist dieses Verhalten als Reaktion auf Kritik an der Regierung zu verstehen und stellt sich, so scheint es, beinahe automatisch ein, sobald diese unter Druck gerät.³⁶⁹ Die reflexartige Antwort schießt meist mit einer Kombination aus folgenden rhetorischen Fragmenten zurück: Der Vorwurf, die Einheit des Landes aufspalten zu wollen, ethnische Unterschiede und Identifikationsmuster neu zu forcieren, weiße, bzw. ausländische Aufwiegler zu sein oder aber korrumpierte Agenten des westlichen (Neo-) Kolonialismus und Imperialismus.

Nicht, dass zu diesen Formulierungen überhaupt kein Anlaß bestünde; der inflationäre Gebrauch dieser Versatzstücke und seine politische Instrumentalisierung bringt allerdings leider ihre z. T. auch berechnete Verwendung als willkürliche, verschwörungstheoretische Rundumschläge in Verruf.

Inwieweit auch Repressionen gegen Wähler, Politiker und Parteien der Opposition in diesem Licht zu sehen sind, darüber kann letztlich nur spekuliert werden. Da sich aber die Rhetorik in diesen Fällen nahtlos der eben beschriebenen anschließt, läßt sich zumindest festhalten, dass solche Begebenheiten sich in das Bild eines zunehmend konfrontativen und autoritären innenpolitischen Klimas einfügen.

Bereits im Vorfeld der Verabschiedung des *Land Reform Act* 1994 reagierte Erziehungsminister Nahas-Angula mit Empörung auf die Proteste der hauptsächlich weißen Landwirtschaftsunion (siehe Kapitel 5.4.1.4.). Wie emotional besetzt gerade Themenkomplexe wie Landreform und Versöhnung sind, zeigt sich an den fließenden Übergängen zwischen Angulas Bemerkung, die SWAPO wisse, was mit gestohlenem Land zu tun sei, und seiner quasi- präventiven Rechtfertigung, mit der er Übergriffen bis hin zu Tötungen weißer Farmer vorbeugt.³⁷⁰

Die Gewerkschaft der schwarzen Bauern warf ihren Widersachern bei dieser Gelegenheit vor, „unpatriotisch“ zu sein.³⁷¹

³⁶⁸ Siehe dazu Melber: *Which Way ...* (2000), S. 3: „Populist rhetoric replaces the need to address the real issues at stake in terms of meaningful socio-economic transformation in the process of decolonisation.“

³⁶⁹ Siehe dazu Toetemeyer (1996), S. 53: Hier ist die Rede von der enormen Erwartungshaltung, der sich die SWAPO mit Übernahme der Regierung ausgesetzt sah. Toetemeyer spricht von der Möglichkeit, „[...] daß – sollten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande nicht merkbar verbessern und damit die Erwartungen des größten Teils der Bevölkerung sich nicht erfüllen – die Regierung die Zügel straffer zieht.“ –

Daß dieses Zügelanziehen hauptsächlich auf verbaler Ebene geschieht, zeugt von dem begrenzten Handlungsspielraum der Regierung oder möglicherweise auch von Unwille; in jedem Fall hat es aber wohl die Funktion eines Entlastungsangriffs (T. M.).

Siehe dazu auch Dobell, Lauren: *The Legacy*, in: Leys, Colin/ Saul, John S.: *Namibia's Liberation Struggle: The Two-Edged Sword*, London 1995, S. 187: Letztlich ist die Regierung nicht nur mit der gerade angesprochenen Erwartungshaltung aus der Bevölkerung konfrontiert; Druck entsteht vielmehr auch durch SWAPO- interne Konflikte um die politische Linie. Gerade der Bereich der Versöhnungspolitik hat sich hier von Anfang an als Streitpunkt erwiesen, wie die massive Kritik daran schon kurz nach der Unabhängigkeit zeigt.

³⁷⁰ *Süddeutsche Zeitung*, 27. Oktober 1994: Streit um Landreform in Namibia. Weiße Farmer werfen der Regierung Vertrauensbruch vor: „Überfälle auf weiße Farmer erklärte Angula damit, dass einige Schwarze angesichts der schlechten behandlungen durch Weiße gezwungen sein könnten, das Gesetz in ihre eigenen Hände zu nehmen und Weiße zu töten.“

³⁷¹ Ebd.

Ungleich heftigere, aber doch inhaltlich vergleichbare Reaktionen löste die Veröffentlichung des Buchs „Namibia-The Wall of Silence“³⁷² aus, das die Frage nach Menschenrechtsverletzungen der SWAPO im Exil behandelt.³⁷³

Der Anlaß wurde von der Regierung offenbar als so ernst eingeschätzt, dass Präsident Nujoma sich kurz darauf in einer Fernsehansprache an die Nation wandte. Er trat dabei, so Köbler in einem Aufsatz zum Thema, nicht als namibischer, sondern als SWAPO-Präsident in Erscheinung und offenbarte eine frappierende Unfähig- oder Unwilligkeit- zur Differenzierung.³⁷⁴

Das Werk des deutschen Pfarrers Siegfried Groth ist zwar - im Rahmen seiner Zielsetzung, die Menschenrechtsverstöße *der SWAPO* zu thematisieren - zugegebenermaßen einseitig, außerdem religiös verblendet³⁷⁵ und an einzelnen Stellen taucht ein klischeehafter Antikommunismus auf³⁷⁶, stellt aber keineswegs den Befreiungskampf und die Unabhängigkeit des Landes in Frage.³⁷⁷

Diese meinte Nujoma jedoch als solche verteidigen und rechtfertigen zu müssen und verfällt dabei unübersehbar in ein starres Freund-Feind-Schema: Groth verfolge eine „heimtückische Sache“; der Theologe Christo Lombard von der Universität Windhoek, der sich für Groth eingesetzt und zu einer offenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit aufgerufen hatte (siehe Kapitel 2.1.) sei ein „Apartheidsapostel“, und wer, wie Groth, „niemals ein Freund der SWAPO (...)“, könne auch „[...] daher niemals ein Freund des namibischen Befreiungskrieges“ gewesen sein.³⁷⁸

Die 15- minütige Rede Nujomas ist aber auch aufschlußreich, was den Hintergrund solcher rhetorischen Muster betrifft. Inwieweit die SWAPO mit ihrer Versöhnungspolitik politisch opportunistisch handelt und versucht, ihre Macht abzusichern – wie jede andere Partei innerhalb vergleichbarer Systeme - sei hier einmal dahingestellt.

Offen ersichtlich wird, wie unsicher die Regierung auf ihren Füßen steht beim Versuch eines beinahe übergroßen Spagats, und welchem Druck sie dabei ausgesetzt ist: „Er (Groth, T. M.) sagt nicht die Wahrheit, dass viele unter denen, die er als unschuldige Menschen hingestellt hat, buchstäblich die Waffen der Befreiung gegen ihre eigenen Genossen richteten und höhere Befehlshaber der PLAN an Bäume fesselten. Diejenigen, die an Bäume gefesselt wurden, befinden sich noch in der namibischen Wehrmacht und verübeln die Tatsache sehr, dass jene Personen, die die Waffen gegen sie richteten, bei der SWAPO-Regierung Vergebung gefunden haben und bequem in luftgekühlten Regierungsbüros sitzen.“³⁷⁹

Die bereits angesprochene starke Opposition gegen den Kurs der Versöhnungspolitik gerade innerhalb der SWAPO macht die Lage für die Regierung noch wesentlich prekärer. Bereits auf dem ersten Parteikongress im unabhängigen Namibia 1991 hatte es von den Delegierten scharfe Kritik an dem moderaten Konzept gehagelt.³⁸⁰

³⁷² Titel der deutschen Originalfassung: *Namibische Passion. Tragik und Größe der namibischen Befreiungsbewegung*. Wuppertal 1995. Unten gemachte Angaben und Zitate beziehen sich auf die deutschsprachige Ausgabe (T.M.)

³⁷³ Das heikle Thema der „Detainees“ wird in dieser Arbeit im Rahmen des Kapitels über Nation Building (6.2.2.) noch ausführlicher zur Sprache kommen (T. M.).

³⁷⁴ Vgl. Köbler, Reinhard (1996), S. 23.

³⁷⁵ Siehe Dobell (1996), S.31: „The author’s faith, however sorely tested it has been, pervades the book; indeed its generous doses of biblical content may, in places, make it tough going for more secular readers.“

³⁷⁶ Vgl. Groth (1995), z. B. S. 14 (Vorwort von Dr. Carl Mau): „Kommunistische Ideologie, Machtbesessenheit und Anti- Intellektualismus [...] trugen schließlich dazu bei, daß gewisse Führer zu Macht kamen und sie mißbrauchten.“ S. 106: „In kommunistischen Länder, in Bulgarien, Jugoslawien, in Kuba, aber auch in Tansania fand man Helfershelfer, die diejenigen, die als Spione verdächtigt wurden, dem SWAPO- Geheimdienst auslieferten.“ – Siehe auch S. 140 ff.: Überlegungen zur Rolle des „kommunistischen Einfluß“ (S. 140) während des „spy-drama“ in den 1980er-Jahren.

³⁷⁷ Groths Position *für* die Unabhängigkeit Namibias ist trotz aller Kritik unanfechtbar. Davon zeugt nicht zuletzt die Tatsache, daß die südafrikanischen Behörden wegen seiner Tätigkeit als Pfarrer und Seelsorger im Land von den südafrikanischen Behörden von 1971 bis 1987 ein Einreiseverbot gegen ihn verhängten. Siehe Groth (1995), S. 8; 21

³⁷⁸ Köbler (1996), S. 23/24

³⁷⁹ Ebd., S. 24;

³⁸⁰ Dobell (1995), S. 187: „It was the government’s policy of national reconciliation however, that came under the fiercest fire from delegates, who perceived it as shoring up an unjust *status quo*. Reconciliation could not work – was

Vor diesem Hintergrund erscheint es, als empfinde Nujoma die Veröffentlichung des Buches als eine einseitige Verletzung des getroffenen (Stillhalte-) Abkommens über die Vorfälle der Vergangenheit, stellt er doch direkt gegenüber: „Wir haben wegen solcher Aktivitäten gegen unseren Befreiungskampf keine Vergeltung gesucht“ – „Pastor Groths Buch wurde geschrieben, um den Namen der SWAPO anzuschwärzen und alte Wunden zu öffnen, die dabei waren zu heilen.“³⁸¹

Offensichtlich wird „Namibia - The Wall of Silence“ also auch als Frontalangriff auf die Versöhnungspolitik wahrgenommen, die Nujoma bei dieser Gelegenheit bestärkt³⁸²: Er betont aber auch ihre Verletzlichkeit durch „[...] jegliche Art der unverantwortlichen Berichterstattung, die leicht zur Störung unseres sozialen Friedens und der Ruhe führen kann.“³⁸³

Nujomas dramatisierender Wortwahl zufolge muß die Lage sehr angespannt und explosiv gewesen sein, denn, so der Präsident, „[...] Pastor Groths Absichten werden nur zu Blutvergießen in unserem Land führen.“³⁸⁴

„Finger weg von der Vergangenheit!“, so ließe sich diese Aussage auch interpretieren, und entsprechend einem imaginären Nebensatz im Stil von „... oder es kracht“, versichert Nujoma auch gleich, Zuwiderhandlungen nicht hinzunehmen: „Das können wir in Namibia nicht dulden.“³⁸⁵

Auffällig oft finden sich gerade gegen Ende der Rede Formulierungen wie „vereinigtes Volk“, „[...] die Hand der Freundschaft und Versöhnung“ oder „[...] die Politik des Einen Namibia und der Einen Nation“³⁸⁶ Das zugrundeliegende Konzept scheint klar: diese Werte werden umso stärker und beinahe verzweifelt betont, je mehr die Regierung in die Kritik gerät. ‚Zusammenrücken gegen Nestbeschmutzer‘ wird zum Gebot der Stunde erklärt.

„Die Priorität“, so Politikprofessor du Pisani von der Universität Windhoek, „liegt jetzt bei der Schaffung eines Nationalgefühls, nationaler Versöhnung und Einheit, und es herrscht die Meinung vor, die SWAPO verkörpere diese Einheit.“³⁸⁷

Außerdem verweist er auf die Bedeutung von Loyalität gegenüber politischer Führung und Nation in der politischen Kultur des Landes, was sich an Nujomas Jargon in diesem Beispiel unschwer erkennen läßt.³⁸⁸

Auch Susan Glover erwähnt in diesem Zusammenhang die in Namibia verbreitete Gleichsetzung von regierender Partei und Staat und betont, dass in einer Reihe indigener Sprachen einschließlich der dominierenden Oshiwambo-Gruppe der Begriff „Opposition“ nicht neutral, sondern negativ besetzt sei.³⁸⁹

Die Fernsehansprache des Präsidenten war insofern eine Art Präzedenzfall, als sich seitdem die Meldungen über ähnliches Drohgebaren häufen. Zunächst soll hier noch SWAPO-Generalsekretär Moses Garoeb zu Wort kommen, der seinem Präsidenten kurz darauf verbal unter die Arme griff und ein Szenario von „[...] unverantwortlichen, unpatriotischen Elementen und ausländischen

too high a price to pay for stability, they insisted – if it continued to be seen to benefit the „haves“ at the expense of the „have-nots“. While the debate over other policy areas reflected primarily differences in detail, strategy or emphasis, the clash over the issue of national reconciliation highlighted an area of genuine ideological dissension within SWAPO.“

³⁸¹ Kößler 1996), S. 24.

³⁸² Ebd., S. 24: „Unsere Politik der nationalen Aussöhnung ist gut konzipiert, um im Gemüt unserer künftigen Generationen den Geist der Einigkeit einzuschärfen [...]“

³⁸³ Ebd., S. 24.

³⁸⁴ Ebd., S. 24.

³⁸⁵ Ebd., S. 24.

³⁸⁶ Ebd., S. 24.

³⁸⁷ Hintze, Rolf- Henning: Abweichende Meinung nicht als legitim verstanden. Interview mit André du Pisani, in: afrika süd, Nr. 1/2000, S. 11.

³⁸⁸ Vgl. Ebd., S. 11.

³⁸⁹ Vgl. Glover, Susan K.: Namibia's Recent Election: Something New or Same Old Story? In: South African Journal of International Affairs, No 2/ 2000, S. 144.

Überresten von Faschismus und Apartheid“ heraufbeschwor.³⁹⁰ Außerdem erklärte er die Versöhnungspolitik kurzerhand für gescheitert, da die SWAPO beleidigt und provoziert worden sei (siehe auch Kapitel 6.2.).³⁹¹

Ähnlich klang Nujoma zwei Jahre später, als er den Protest gegen das geplante Elektrizitäts-Großprojekt an den Epupa-Fällen im äußersten Nordwesten Namibias verteufelte. Dieser wurde vor allem von den ansässigen Ovahimba getragen und von weißen Gruppen unterstützt.

Eine verhängnisvolle Konstellation für Nujoma, und die schon bekannten Reflexe folgten auf den Fuß: „White foreigners [...] thinking they could divide Namibia on an ethnic basis“³⁹² polterte der Regierungschef los, und unverhohlen folgten die Warnungen, neokoloniale und destabilisierende Kräfte zu bekämpfen: „[...] if you come here with white superiority, we will get rid of you. We are warning you, do not disturb peace in Namibia. And I am warning you for the last time. White friends who want to create tribal divisions, we will get rid of you“³⁹³.

Dem Heiligen Zorn der Regierung im Gewand konstanter Einschüchterungsversuche sieht sich seit ihrer Gründung auch die inzwischen stärkste Oppositionspartei des Landes, der *Congress of Democrats* (CoD), ausgesetzt.³⁹⁴ Nujoma hielt ihr von Beginn an „einen besonderen Haß“ sowie „rebellische Aktivitäten“ gegen seine Partei vor.³⁹⁵

Laut CoD-Gründer Ben Ulenga führten verschiedene Aspekte zu dessen Entstehung: Neben dem Engagement der namibischen Armee in der DR Kongo, der Verfassungsänderung zugunsten der dritten Amtsperiode Sam Nujomas sowie ausbleibende Fortschritte im Kampf gegen die Armut³⁹⁶ war es vor allem die „[...] zunehmende Intoleranz der Regierung und der SWAPO [...]“; diese „[...] gefährde inzwischen die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.“³⁹⁷

Der ehemalige Staatssekretär im Handels- und Industrieministerium, Tsudao Gurirab, der ebenfalls zum CoD konvertierte, warf der SWAPO daneben noch mangelhafte innerparteiliche Demokratie vor.³⁹⁸

Premierminister Hage Geingob enthüllte daraufhin die seiner Meinung nach wahre Bedeutung der Abkürzung CoD – nämlich „Congress of Deserters“.³⁹⁹ Innenminister Jerry Ekandjo schloß sich an und schwadronierte von Verrätern und Spionen, die die berüchtigten *Casspirs*, die Panzerfahrzeuge der SADF, zurückbrächten.

Beinahe schon obligatorisch war die Bemerkung Nujomas auf einer SWAPO-Versammlung, die Bevölkerung solle wachsam sein gegenüber neuen, von Weißen organisierten Parteien.

Auch auf persönlicher Ebene wurde gegen Ulenga integriert: Erziehungsminister Nahas- Angulas verwies auf ein – vielfach als gefälscht bewertetes - Dokument, in dem sich Ulenga angeblich zu seiner Spionagetätigkeit für Südafrika bekennt. Daraufhin sei er von seinem Bruder verprügelt und von der Familie verstoßen worden.

Daneben wurden CoD-Treffen verstärkt von SWAPO-Anhängern gestört und angegriffen – diese behaupteten allerdings umgekehrt, ihrerseits von seiten der Opposition attackiert worden zu sein - und auch Agenten des staatlichen Sicherheitsdienstes tauchten mit Vorliebe auf Versammlungen der neuen Partei auf.⁴⁰⁰

³⁹⁰ Kößler (1996), S. 23.

³⁹¹ Vgl. Lüdemann, Adolf: Wenn die Toten wieder reden, in: taz 21. 3. 1996.

³⁹² Shigweda, Absalom: Nujoma ignites a race row, in: New African, No 367/1998, S. 25.

³⁹³ Ebd., S. 25.

³⁹⁴ Vgl. Informationsstelle Südliches Afrika (keine Autorenangabe): Der Kongreß der Demokraten, in: afrika süd Nr. 2/1999, S. 9: Ende August 1998 war der namibische Botschafter in London, Ben Ulenga, aus Protest gegen die Politik der SWAPO von seinem Posten zurückgetreten und gründete im März 1999 den CoD.

³⁹⁵ Ebd., S. 9.

³⁹⁶ Vgl. Frankfurter Rundschau, 18. Mai 2000, Interview mit dem Oppositionspolitiker Ben Ulenga..

³⁹⁷ Informationsstelle Südliches Afrika (1999), S. 9: Zitiert nach einer „Politischen Erklärung“ des CoD.

³⁹⁸ Vgl. Hintze, Rolf-Henning: Visionen braucht das Land. Interview mit Tsudao Gurirab, in: afrika süd, Nr. 2/1999, S. 8.

³⁹⁹ Glover (2000), S. 145.

⁴⁰⁰ Vgl. Ebd., S. 145/ 146

Mehrere Journalisten des staatlichen Senders NBC berichteten außerdem, sie seien angehalten worden, Berichte über den CoD als dessen Propaganda zu enttarnen; die SWAPO übe zunehmend Druck auf sie aus, die Partei nicht positiv darzustellen.⁴⁰¹

Auch Dobell machte kurz vor der Jahrtausendwende einen schon seit der Unabhängigkeit anhaltenden Trend zur Unterdrückung unbequemer Meinungen aus, auf die mit Verleumdung, politischer Marginalisierung und Einschüchterung reagiert werde.⁴⁰²

Solche Vorfälle rissen auch in der Folgezeit nicht ab: gerade ein Jahr ist es her, dass die *National Society of Human Rights* (NSHR) Präsident Nujoma scharf kritisierte, er befinde sich „[...] auf dem Kriegspfad [...]“ gegen sexuelle und „rassische“ Minderheiten, nachdem es wiederholt zu Ausfällen gegen Homosexuelle und verbalen Angriffen auf Weiße gekommen war.⁴⁰³

Im Windschatten des Präsidenten machte sich der SWAPO-Abgeordnete Ponhele Ya France angesichts der fortbestehenden und für Viele frustrierenden Landbesitzverhältnisse dafür stark, die Kinder von „Landdieben“ für die Sünden ihrer Vorfahren zu bestrafen.⁴⁰⁴

Während Nujoma feststellte, die SWAPO habe nicht für ein unabhängiges Namibia gekämpft, das Homosexuellen Rechte gewähre, dort ihre „schlechten Dinge“⁴⁰⁵ zu tun und Homosexualität als „nationale Bedrohung“⁴⁰⁶ geißelte, preschte sein Innenminister mit der Forderung vor, die Polizei solle Schwule und Lesben „[...] vom Gesicht Namibias eliminieren.“⁴⁰⁷

In den letzten Jahren war festzustellen, dass die Argumentation in solchen Fällen zunehmend nationalistischer wird.⁴⁰⁸ Auch völkische Anklänge finden sich darin, z. B. wenn Nujoma namibische Frauen auffordert, sich nicht in „Fremde“ zu verlieben oder mit diesen zu schlafen.⁴⁰⁹

Die NSHR wirft dem Präsidenten denn auch vor, sein verfassungsgemäßes Mandat, das Land zu einen und seine nationale Versöhnung voranzutreiben, zu vernachlässigen und stattdessen soziale und politische Disintegration zu beschleunigen.⁴¹⁰

6. Gelungenes Nation-Building in Namibia?

„Es wird Zeit, dass die Weißen endlich ein Gespür für die sich aufstauenden Frustrationen der Schwarzen bekommen, denen die Unabhängigkeit bisher keine sichtbare Verbesserung der sozialen Verhältnisse gebracht hat. [...] Es ist unverantwortlich und gefährlich für die Weißen, selbstzufrieden zu werden und diejenigen, die immer am schwächeren Hebel im sozio- ökonomischen System waren und noch sind, zu provozieren.“

John Shangula/ Katutura, „How the Black Citizens of Namibia View the Presidential Guard“, Leserbrief im „Windhoek Advertiser“, 12. 1. 1991⁴¹¹

⁴⁰¹ Vgl. Ebd., S. 144.

⁴⁰² Vgl. Dobell, Lauren: The Ulenga Moment. Swapo and Dissent, in: Southern Africa Report, No 1/1998, S. 6.

⁴⁰³ Vgl. Archiv der Informationsstelle Südliches Afrika: Kateg. B4, Datum 2. 4. 2001, Thema Rechtsalltag, Schlagwörter NSHR- Erklärung. Nujoma: „We have the capacity to fight you, we will get you [...] I warn those whites, it is the first and last time I hear you insulting us.“

⁴⁰⁴ Vgl. Ebd.

⁴⁰⁵ Ebd.

⁴⁰⁶ Archiv der Informationsstelle Südliches Afrika: B4/ 31. 3. 2001/ Rechtsalltag/ NSHR Pressemitteilung/ Schwule Lesben.

⁴⁰⁷ Ebd.

⁴⁰⁸ Vgl. Archiv der Informationsstelle Südliches Afrika: B4/ 8. 9. 2000/ Rechtsalltag/ Innenminister Ekandjo greift Richter an: Innenminister Jerry Ekandjo hatte angedroht, sogenannten „ausländischen“ Richtern die Arbeitserlaubnis zu entziehen.

⁴⁰⁹ Vgl. Ebd.

⁴¹⁰ Vgl. Ebd.

⁴¹¹ Vgl. Shangula, John: How the Black Citizens of Namibia View the Presidential Guard, in: issa Nr. 2/1991, S. 26 (zitiert nach einem Leserbrief im Windhoek Advertiser, 12. Januar 1991, deutsche Übersetzung von Werner

„Wir hier [...] merken eigentlich noch gar nichts von veränderten Umständen. Nach wie vor arbeiten wir mit derselben schwarzen Belegschaft und sind da gut eingearbeitet. Natürlich kommen aufrührerische Parolen unter den Schwarzen auch bis zu uns. Wir machen aber keine Zugeständnisse und halten die Zügel nach alter 'kolonialer' Manier in der Hand. Anders geht es eben nicht. Natürlich kommt uns dabei zugute, dass die Arbeitslosigkeit weiterhin steigt, und wer heute seine Arbeit verliert, bekommt keine neue. Das wirkt doch positiv auf die allgemeine Arbeitsmoral.“

Aus dem „Weihnachtsrundbrief der Deutschstämmigen“ 1991/1992⁴¹²

Sicherlich sind dies zwei willkürlich herausgegriffene Aussagen zum Verhältnis zwischen schwarzer Mehrheit und weißer Minderheit in Namibia. Es läßt sich auch einwenden, sie seien – möglicherweise oder sogar sehr wahrscheinlich - nicht repräsentativ, und außerdem stammen sie aus der allerersten Zeit nach der Unabhängigkeit und somit 10 Jahre alt.

Trotz allem sind beide Kommentare enorm aussagekräftig. Das zweite Zitat zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass es das im ersten geforderte „Gespür“ unter den weißen Bewohnern des Landes vollständig vermissen läßt und dazu auch noch die Warnung vor Provokationen –zurückhaltend formuliert - in den Wind schlägt. Schlimmer noch: es läßt eine totale Ignoranz der veränderten politischen Situation nach der Selbstständigkeit erkennen und nicht zuletzt ein schockierendes Maß an Zynismus.⁴¹³

Von der Verbreitung solcher Einstellungen kann man sich beim Besuch Namibias selbst ein Bild machen und sich den Eindruck bestätigen lassen, dass weißes Herrenmenschentum und Begriffe wie „Kaffern“ auch über ein Jahrzehnt nach dem offiziellen Ende der Apartheid noch immer Konjunktur haben.⁴¹⁴

Dasselbe gilt für die Gleichsetzung „kriminell = schwarz“: Jeder der vergleichsweise wenigen Fälle in weißen Wohnvierteln wird zu einer existenziellen Bedrohung der Weißen in Namibia hochstilisiert und fordert so ein Belagerungsklima.⁴¹⁵

Belegen läßt sich dieses Bild aber auch anhand von zahlreichen Veröffentlichungen des letzten Jahrzehnts.

Auf Seiten der Weißen überwog zunächst die Erleichterung über den eingeschlagenen Weg von Versöhnung und Ausgleich. Hohe Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft zeigten sich darüber äußerst zufrieden.

Im Brustton paternalistischer Überzeugung verkündete Dirk Mudge, Boere, Farmer und DTA-Vorsitzender auf der Investorenkonferenz 1991: „Die Demokratie funktioniert in Namibia.“⁴¹⁶

Versöhnlich war auch Mudies Bewertung des Wandels im Land ein Jahr später, als er auf einer internationalen Konferenz betonte, die Verhältnisse seien weitaus besser, als er erwartet habe.⁴¹⁷

Diese Einschätzung basiert auf einer anderen, nämlich der, dass er, wie mit ihm wohl die meisten

Hillebrecht).

⁴¹² Vgl. Melber (1992), S. 60.

⁴¹³ Siehe dazu auch: Haspel (1995), S. 161: Zumindest unter den deutschsprachigen NamibierInnen überwiegt die Einstellung, das Land gehöre ihnen, da sie es „kultiviert“ hätten. Haspel zitiert die Ergebnisse einer Umfrage von Christa Brand und Erhard Kamphausen aus dem Unabhängigkeitsjahr und bilanziert, „[...] daß die Mehrheit der traditionellen „Südwester“ offenbar nicht realisiert hat, was die Transformation der Apartheidgesellschaft in eine Republik im einzelnen bedeutet.“

⁴¹⁴ Vgl. Jenrich, Holger: Man spricht deutsch, in: taz, 23. April 1994, S. 23: Ebenfalls sehr beliebt sind demnach rassistische Klischees wie „faule Hottentotten“.

⁴¹⁵ Vgl. Schmidt- Lauber, Brigitta: Die verkehrte Hautfarbe. Ethnizität deutscher Namibier als Alltagspraxis, Berlin/Hamburg 1998, S. 141.

⁴¹⁶ Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 35.

⁴¹⁷ Vgl. Weiland/ Braham (1994), S. 163.

Weißem im Land, zehn Jahre zuvor eine SWAPO- Regierung nur als eines empfunden habe: „Ein Desaster.“⁴¹⁸

Einmal in solch dramatischer Rhetorik angekommen, setzte Mudge noch nach: „[...] conditions in Namibia are beyond my wildest dreams.“⁴¹⁹ Weiterhin sprach er von der Notwendigkeit, zusammenzurücken und demonstrierte gleich seinen persönlichen Schulterschluss mit den neuen Verhältnissen, indem er Außenminister Gurirab einen früheren Feind nannte, der nun zu seinem Freund geworden sei.⁴²⁰

Auch, Kosie Pretorius, Abgeordneter der rassistischen „Action Christian National“ (ACN) und früher führendes Mitglied der National Party (NP) gehört hatte, zeigte sich kurz nach der Unabhängigkeit angetan von Verfassung und Verhältnissen im neuen Staat.⁴²¹

Stellvertretend für die weiße Privatwirtschaft mag die folgende Einschätzung stehen: „Ich bin da ‚Economist‘. Ich finde, es ist alles so gut geworden, wie ich es nicht erwartet hatte. Denn unsere SWAPO- Führung hat sich ja *so* gedreht [...]“⁴²²

Allerdings blieb ein Rest von skeptischer „Bis jetzt ging alles gut, aber ...“- Attitüde weitgehend erhalten. Rüdiger prägte in diesem Zusammenhang den Begriff der „Noch- Gesellschaft“.⁴²³ Änderungen zugunsten der Mehrheit werden nach wie vor sehr kritisch beäugt und mißtrauisch wahrgenommen; Einstellungen wie die, in Namibia als Weiße kaum noch leben zu können, sind keine Seltenheit. Skepsis überwiegt bei der Einstellung zum neuen Staat und seinen Strukturen, und eine Selbstbezeichnung als Namibier bleibt unter der europäisch-stämmigen Bevölkerung die Ausnahme.

Einer Umfrage von Weiland zufolge waren 1991 unter der weißen Minderheit massive Zukunftsängste vorhanden, und gerade das Geschäftsklima wurde als sehr schlecht eingeschätzt.⁴²⁴

Solche Stimmungen passen ins Bild, wenn man bedenkt, dass noch in den Verhandlungen zur Verfassung gerade die Vertreter der reaktionären Weißen sehr darum bemüht waren, den Minderheitenschutz in Form spezieller Paragraphen in dieser zu verankern.⁴²⁵

Diese Einstellung äußert sich nicht unbedingt im Bereich der Politik am Stärksten. Im Gegenteil, bescheinigt der Chefredakteur der deutschsprachigen *Allgemeinen Zeitung* den Namibiadeutschen doch eine weitverbreitete „Ohne-mich-Haltung“ und bemängelt eine um sich greifende Passivität, was die Beteiligung am politischen Prozeß angeht. Bestärkt wird er in dieser Meinung vom DTA- Abgeordneten Hans-Erik Staby.⁴²⁶

Der SPD-Politiker Hans-Günther Toetemeyer, in Namibia geboren, kritisierte vor Jahren, dass die meisten weißen Namibier keine Ahnung vom Inhalt der Resolution 435 hätten, sie aber dennoch ablehnten.⁴²⁷

Sein Bruder Gerhard, bereits zu Beginn dieser Arbeit zitiert (siehe Kapitel 2.1.) bescheinigt dem überwiegenden Teil der weißen Namibier folgende Einstellung: „Die schwarze Mehrheitsregierung soll sich um Politik kümmern, aber sich nicht in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse einmischen.“⁴²⁸ Gerade diese Abkapselung kritisiert er als enorm gefährlich für das Ziel politischer Integration und nicht zuletzt für den Versöhnungsprozeß.⁴²⁹

⁴¹⁸ Ebd., S. 163.

⁴¹⁹ Ebd., S. 163.

⁴²⁰ Vgl. Ebd., S. 164/ 165.

⁴²¹ Vgl. Haspel (1993), S. 33.

⁴²² Schmidt-Lauber (1998), S. 136: Zitiert wird hier Konrad Mann, ein „[...] gebürtiger Namibier von 73 Jahren, einflußreicher Eigentümer mehrerer städtischer Betriebe und Firmen“.

⁴²³ Rüdiger, Klaus H.: Die Namibia-Deutschen. Geschichte einer Nationalität im Werden, Stuttgart 1993, S. 131.

⁴²⁴ Vgl. Haspel (1995), S. 160/162.

⁴²⁵ Vgl. Erasmus (1990), S. 37; Weiland (1996), S. 95: Da jedoch sogar die DTA von der Forderung nach sogenannten *Group Rights* abrückte, waren sie hoffnungslos auf sich allein gestellt.

⁴²⁶ Vgl. Brender, Reinhard: Es läuft besser als erwartet. Die Nachfahren der Kolonialherren Südwesafrikas fühlen sich in Namibia nicht unwohl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. September 1993..

⁴²⁷ Vgl. Haspel (1995), S. 35/36.

⁴²⁸ Toetemeyer (1996), S. 53.

⁴²⁹ Vgl. Ebd., S. 53.

In kultureller Hinsicht allerdings kommen Bedenken und Ressentiments verstärkt und aktiver zum Ausdruck.⁴³⁰

Ein Beispiel ist der Schritt der Regierung, Englisch als offizielle Landessprache einzuführen, was in den Augen vieler Deutschstämmiger den Erhalt ihrer Sprache und Kultur gefährdete.⁴³¹ Zumindest in den ersten Jahren nach 1990 pflegte beispielsweise die „Deutsche Höhere Privatschule“ (DHPS) in Windhoek lieber weiter die „abendländische Kultur“, als Anstöße zur Integration wahrzunehmen. Solche kamen sogar von der deutschen Regierung, worauf unter den Deutschstämmigen wieder einmal das Wort vom „roten Bonn“ die Runde machte.⁴³²

Um die kulturelle Eigenständigkeit zu bewahren, hat man sich in einer Art Belagerungsmentalität eingerichtet, und das Konzept der kollektiven Identität funktioniert – wie so häufig - über Abgrenzung.⁴³³ Quertreiber in den eigenen Reihen, so Melber, würden stigmatisiert und als Bedrohung wahrgenommen.

So ist auch das Gros der „Südwester“ bestürzt über einen vermeintlichen „Linksruck“ in der jungen Generation, der schon kurz vor der Unabhängigkeit einsetzte. Seitdem bekennen zunehmend mehr junge Deutschstämmige öffentlich ihre Sympathie für oder sogar Mitgliedschaft in der SWAPO.⁴³⁴

Störrisch hält aber die Mehrheit an Vergangenen fest. Dazu zählt mit Sicherheit „[...] die reichlich zur Schau gestellte Reichskriegsflagge“, die laut einem Aufsatz zum Thema kolonialer Symbolik in Namibia z. B. in Swakopmund bis 1993 jährlich zu Hitlers Geburtstag illegalerweise gehißt wurde.⁴³⁵ Die Regierung „übersah“ diese Vorfälle geflissentlich um des inneren Friedens willen, ohne sie jedoch völlig herunterzuspielen.⁴³⁶

An all diesen Beispielen zeigt sich, dass es gerade die Symbolik ist, die das Festklammern vieler Weißer – und gerade Deutschstämmiger - an der alten Ordnung mitsamt ihren rassistischen Kräfteverhältnissen widerspiegelt.

Deutlich wird dies auch am Fall der Straßenumbenennung, die nur sehr schleppend voran kommt. Noch Jahre nach der Unabhängigkeit beschränkten sich die Neuerungen in Windhoek auf die Hauptgeschäftsstraße, die inzwischen nicht mehr „Kaiserstraße“, sondern „Independence Avenue“ heißt.

Im Laufe der 1990er Jahre folgten dann „Sam-Nujoma-Drive“, „Robert-Mugabe-Avenue“ oder „Hendrik-Witbooi-Drive“ „als vom Staat eingesetzte Bausteine des *nation-building*, symbolische Bekräftigung einer neuen Zeit und einer zu fordernden Einheit.“⁴³⁷

⁴³⁰ Vgl. Haspel (1995), S. 165: Die Autorin weist darauf hin, daß die Deutschstämmigen am empfindlichsten auf die Frage nach Pflege und Erhalt ihrer Kultur reagierten.

⁴³¹ Vgl. Ebd., S. 166.

Siehe auch Melber, Henning: Südwafrika über alles (1992): Für helle Empörung sorgte auch der deutsche Botschafter, der zur Feier der Wiedervereinigung seine Rede auf Englisch hielt und außerdem eine Musikgruppe der SWAPO zu einem Auftritt eingeladen hatte. „Für die Südwester war dies ein entsetzlicher Affront und eine ungeheure Entgleisung.“

⁴³² Vgl. Behrens, Gerd: Im Kahn der Vergessenheit. Aus nationalistischem Schrot und Korn: Deutsche in Namibia, in: Süddeutsche Zeitung, SZ am Wochenende, 11./12. Januar 1992.

⁴³³ Vgl. Lemberg (1964), Eugen: Nationalismus, Bd. 2, HH 1964, S. 16 ff. : Hier wird der Mechanismus von Intagration nach innen und Abgrenzung nach außen in nationalistischen Ideologien und Bewegungen beschrieben. Siehe dazu auch Rüdiger (1993), S. 23: „Aspekte aus dem sozialdarwinistischen Denken und aus dem europäischen Sendungsbewußtsein wie auch ein zivilisatorisches Superioritätsgefühl erhielten im Denken und Handeln vieler Südwester eine fast normative Funktion.“

⁴³⁴ Vgl. Rüdiger (1993), S. 129.

⁴³⁵ Vgl. Leskien, Jürgen.: Eintreuer deutscher Reiter unter fremdem Himmel. Namibias Fußnoten zur Geschichte, in: Freitag, 20. Januar 1995. In der gleichen Quelle werden die berüchtigten Hakenkreuz-Brötchen erwähnt.

⁴³⁶ Vgl. Oyowe, Augustin: Struggling for the 'economic empowerment' of Namibians. An Interview with President Sam Nujoma, in: The Courier, No 135/1995, S. 34: „We still have neo-Nazi elements here who celebrate Hitler's birthday and who sometimes cause trouble. But they are an insignificant minority and we have the capacity to deal with them. We also have racist Boers who want to divide our country.[...] We also have the capacity to deal with them.“

⁴³⁷ Schmidt-Lauber (1998), S. 263/264.

Solche Anzeichen des Wandels wurden von vielen Deutschstämmigen bestenfalls verwundert, in der Regel aber empört aufgenommen. Für sie war damit eine Art Vorstufe zur Demontage von von Denkmälern und Soldatengräbern erreicht.⁴³⁸

Grundsätzlich fällt bei diesem Thema auf, dass sich die Nachkommen der Kolonialisten einerseits mit einer wie selbstverständlichen Gleichgültigkeit über neue nationale Symbole hinwegsetzen. Beispielhaft dafür steht der *Cassinga*-Gedenktag am 4. Mai.⁴³⁹ Bei den ersten Feierlichkeiten zum Gedenken der Toten tauchten 1991 wie auch auf den Jahrestagen der Unabhängigkeit nur höchst vereinzelt Weiße auf. Wichtiger war an diesem Tag offensichtlich der Ausklang des Windhoeker Karneval, wie ihre massenhafte Anwesenheit dort vermuten läßt.⁴⁴⁰

Andererseits erhebt sich beim geringsten Anlaß ein ängstlich-egozentrisches Gezeter, wenn es um die Achtung der eigenen kollektiven Befindlichkeiten geht. Der Plan der SWAPO, aus dem *Cassinga*- Gedenktag einen nationalen Feiertag zu machen, wurde von der DTA als Affront angesehen, gedenke er doch nur der Toten der einen Seite.⁴⁴¹

Schnell wird in Situationen wie dieser das Schlagwort „Nationale Versöhnung“ bemüht, wobei tun sich gerade diejenigen hervortun, die selber am wenigsten zu Zugeständnissen bereit sind: Der *Cassinga*- Tag als unerhörter Verstoß gegen die Versöhnungspolitik; die ausgebliebene Ehrung der PLAN-Kämpfer bei der Unabhängigkeitsfeier am 21. März 1990⁴⁴² – eine ignorante Zweckentfremdung des Versöhnungsgedankens oder dreist-zynisches Ausnutzen der pragmatischen Realität?

Ähnliche Reaktionen löste der Besuch zweier Minister auf dem Hererotag in Okahandja 1992 aus, die dort den im antikolonialen Widerstand getöteten Herero, aber nicht den auf der Gegenseite tötenden deutschen Offizieren die Ehre erwiesen. Die *Allgemeine Zeitung* schäumte, dies sei kein gelungenes Beispiel nationaler Versöhnung und verstieg sich zu der ungeheuren Bemerkung, dieser Vorfall grenze an Rassismus.

Einen noch tieferen Stich mitten hinein in die empfindliche („südwestdeutsche“) Volksseele bedeutete die Anwesenheit des weißen SWAPO-Mitglieds Gerhard Toetemeyer, bis dahin Organisator von Parlaments- und Regionalwahlen, bei derselben Veranstaltung ein Jahr später., der sich dazu noch gegenüber Herero-Vertretern zur deutschen Schuld bekannte.⁴⁴³

Für große Aufregung auf beiden Seiten sorgten kurz nach der Unabhängigkeit zudem die Vorfälle um die Leibgarde des Präsidenten Nujoma. Die demonstrative Mißachtung der neuen (schwarzen) Autorität durch viele Weiße, die die Eskorte – gerne mit ausgestrecktem Mittelfinger - auf der Straße überholten, zog in mehreren Fällen stark überzogene Reaktionen – sprich: Schußwaffengebrauch - der Leibwächter nach sich und löste eine breite Diskussion in Bevölkerung und Medien aus.⁴⁴⁴

Zu bedenken ist allerdings grundsätzlich, dass „die Weißen“ keineswegs einen homogenen Block bilden. Nach außen hin eint sie noch die Bestrebung, ihre Vormachtstellung zu erhalten. Dahinter verbergen sich allerdings Differenzen, Abneigungen und Rivalitäten. Peinlich genau sind viele

⁴³⁸ Vgl. Ebd., S. 265: Die „südwestliche“ Volksseele kochte vollends über, als ein schwarzer Namibier bei einer Chatshow der NBC anrief und vorschlug, das „Südwest-Lied“ verbieten zu lassen.

⁴³⁹ Vgl. Haspel (1995), S. 277: Am 4. Mai 1978 ermordete die südafrikanische Armee im namibischen Flüchtlingslager Cassinga in Angola etwa 600 Menschen durch Luftangriffe.

⁴⁴⁰ Vgl. Ebd., S. 13.

⁴⁴¹ Vgl. Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 35: Durch die Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversammlung konnte das Vorhaben aber letztlich nicht verhindert werden.

⁴⁴² Vgl. Verbaan (1990), S. 27: Hier wird die Chefredakteurin der Tageszeitung „The Namibian“ zu dieser Begebenheit wie folgt zitiert: „It is regrettable that those who fought and sacrificed their lives on the battlefield, while fighting for freedom, cannot be officially honored on this day. We understand that reconciliation prevents it.“ (Aus dem Editorial der „The Namibian“- Ausgabe vom 20. März 1990).

⁴⁴³ Vgl. Schmidt- Lauber (1998), S. 265.

⁴⁴⁴ Vgl. Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 39/40.

Deutschstämmige um Abgrenzung von den Boeren bemüht, die sie geringschätzig „Schlappohren“⁴⁴⁵ oder „Jappies“⁴⁴⁶ nennen.

Ein nicht zu unterschätzender Unterschied in der politischen Kultur liegt darin, dass zumindest direkt nach der Unabhängigkeit die Akzeptanz der SWAPO-Regierung unter den Deutschstämmigen mit 27% noch wesentlich geringer war als unter den Boeren (44%).⁴⁴⁷

Unter dem Strich bleibt trotz solcher Konkurrenzen eine grundsätzliche Ablehnung strukturellen Wandels von Seiten der meisten Weißen.⁴⁴⁸

Die vom ermordeten deutschstämmigen SWAPO- Mitglied Anton Lubowski propagierte historische Chance zur Selbstbefreiung für die Nachkommen der Kolonialherren ist bisher kaum genützt worden.⁴⁴⁹

Im Hinblick auf die Versöhnungspolitik läßt sich konstatieren, dass diese von der weißen Minderheit zwar durchweg mit Erleichterung aufgenommen, aber keinesfalls als Signal verstanden wurde, auf das sie in ähnlicher Weise geantwortet hätten.

Erhofft hatte sich die Regierung, so der stellvertretende Informationsminister Daniel Tjongarero, dass durch die Politik Nationaler Versöhnung „[...] bislang politisch und ökonomisch Privilegierte ihre Privilegien mit der bislang mit der bislang benachteiligten schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu teilen beginnen.“⁴⁵⁰ Von einer solchen Bereitschaft kann allerdings bis heute keine Rede sein.⁴⁵¹

Das gilt auch für den von Hage Geingob geforderten zusätzlichen Kilometer, den die Täter zurücklegen, um sich mit den Opfern zu versöhnen.⁴⁵² Ein wiederholter Aufruf zur „schwarz-weißen Partnerschaft“⁴⁵³ von seiten der „Interessengemeinschaft der deutschsprachigen Südwester“ (IG)⁴⁵⁴ reicht da nicht aus.

Was die schwarze Bevölkerungsmehrheit angeht, so stand diese sowohl der Unabhängigkeit als auch dem neuen namibischen Staat wie auch der Nation weitgehend positiv bis z. T. euphorisch gegenüber. (Auf Spannungen zwischen den einzelnen schwarzen Gruppen wird in Kapitel 6.2. eingegangen. T. M.)

Ihr Verhältnis zu den weißen Namibiern war natürlich durch die Vergangenheit belastet, wobei sich Abneigungen jedoch prinzipiell auf tatsächliche Vorfälle zu Apartheidzeiten gründeten und nicht auf eine rassistische Ideologie.

Entscheidend für diese Beziehung, ihre Gestaltung und Entwicklung, ist seit 1990 letztlich die Versöhnungspolitik. Deren Verlauf ist für die Mehrheit der Bevölkerung bis heute aus den

⁴⁴⁵ Vgl. Behrens, Gerd: Im Kahn ... (1992).

Siehe dazu auch Rüdiger (1993), S. 36/ 38: Historisch betrachtet ist das Verhältnis von „Südwester“- Deutschen zu Boeren ohnehin eher zwiespältig.. Ein Großteil der Deutschstämmigen fühlt sich ihnen und der National Party verpflichtet, seit sie nach den beiden Weltkriegen wieder eine erhebliche Rolle im Land spielen durften –wenn auch seither politisch weitgehend passiv. Gerade das beinahe völlige Aufgehen der deutschen Minderheit im Boerentum vor allem in den 1960er Jahren rief andererseits aber wieder völkische Überlebensängste hervor. Gerade in sprachlicher Hinsicht wurde das Afrikaans der Boeren als beinahe übermächtige Bedrohung empfunden.

⁴⁴⁶ Haspel (1995), S. 160.

⁴⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 165, nach der oben erwähnten Umfrage von Weiland 1991.

⁴⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 75

Siehe auch Melber, Henning: Politische Kultur und Versöhnung, in: issa Nr. 1/1993, S. 33 und Haspel (1995), S. 73.

⁴⁴⁹ Vgl. Ebd., S. 16.

⁴⁵⁰ Ebd., S. 15.

⁴⁵¹ Vgl. Ebd., S. 69/ 70: Ein markantes Beispiel hierfür ist die schon mehrfach erwähnte Landreformkonferenz 1991, als es von Seiten der weißen Großfarmer keinerlei Anzeichen für ein freiwilliges Entgegenkommen gab.

⁴⁵² sadec-Brief 4/ 93 IN issa 5/ 93, S. 3: Geingob benutzte dieses Bild in seiner Rede auf einer Internationalen Konferenz über Versöhnung und Demokratie 1992: „Versöhnung bedeutet für uns, die Wunden des Krieges und vieler Jahre der Unterdrückung zu heilen. Dieser Weg aber widerspricht nicht dem Prinzip, daß der Täter den zusätzlichen Kilometer zur Versöhnung mit dem Opfer zurücklegt.“

⁴⁵³ Vgl. Haspel (1995), S.157: Dieses Schlagwort geht zurück auf die 1980er Jahre, als die IG im Sinne der von Südafrika und der DTA propagierten „internen Lösung“ innerhalb der Deutschsprachigen noch relativ liberal war und gewisse Annäherungen in Form von persönlichen Treffen mit der SWAPO- Spitze stattfanden.

⁴⁵⁴ Vgl. Frankfurter Rundschau, 22. 5. 1993, S. M3. Siehe auch Rüdiger (1993), S. 19: Die IG steht politisch der DTA nahe und dieht sich im deutschen Parteienspektrum mit der CDU verbunden.

genannten Gründen unbefriedigend; sie „[...] muß eine Konzession nach der anderen machen und die Privilegien der weißen Mehrheit werden nicht angetastet.“⁴⁵⁵

Viele SWAPO- Anhänger wurden mit der Zeit mehr und mehr enttäuscht und ernüchert über den Pragmatismus der Regierung.⁴⁵⁶

Die Gefahr, dass sich aufgrund der unveränderten sozialen Lage die Situation zuspitzt⁴⁵⁷, ist nach wie vor real; sie hat sich aber bis heute so gut wie gar nicht (ausgenommen: die vereinzelt Farmbesetzungen, siehe Kapitel 5.4.1.4.) in direkt gegen Weiße gerichtete Aktionen verwandelt. Vielmehr wird die Regierung für ihre Untätigkeit oder moderate Linie kritisiert.

Stellvertretend sei hier noch einmal John Shangula zitiert, zeitgenössischer Rufer in der (Namib-) Wüste: „Ich bin kein schwarzer Rassist, aber ein Realist. Deshalb weiß ich, dass unter dem scheinbaren Frieden eine Sprengladung liegt, die unsere hart umkämpfte Demokratie in die Luft jagen könnte.“⁴⁵⁸

6.2. Das Verhältnis Schwarz-Schwarz

6.2.1. Ovambo-Dominanz?

Das Stichwort „Ovambo- Dominanz“ fällt meistens unweigerlich, wenn in irgendeiner Form vom Verhältnis der afrikanischen Bevölkerungsgruppen in Namibia die Rede ist. Daran hat weder die „One Namibia – One Nation“- Rhetorik der Unabhängigkeit etwas ändern können noch die seit Jahrzehnten von der SWAPO gebetsmühlenartig wiederholte Verneinung von jeglichem Tribalismus.

Hintergrund ist die Tatsache, dass die Gruppe der Ovambo inzwischen über 50 % der Gesamtbevölkerung stellt und seit der Unabhängigkeit die Haupt-Basis für die zunächst absolute und ab 1994 Zweidrittel-Mehrheit der Regierung bildet.⁴⁵⁹

Auch zuvor rekrutierte sich die Gefolgschaft der SWAPO zu einem guten Teil aus dem Gebiet im Norden Namibias, das Schauplatz des Befreiungskriegs war. Nicht zuletzt ist die Bewegung 1960 aus der „Ovamboland People´s Organization“ (OPO) hervorgegangen (siehe 3.3.).

Im Hinblick auf eine Beurteilung daraus resultierender Probleme, die hier nur in Form einer relativ kurzen Zusammenfassung behandelt werden können, bleibt ein wesentlicher Punkt zu bedenken: Das Forcieren von tribalistischen Tendenzen war eine der grundlegenden Maßnahmen, die das Apartheidsystem gestützt hat. „Teile und herrsche“ ist noch eine eher euphemistische Beschreibung, wenn man sich z. B. die Existenz der sogenannten „ethnischen Bataillone“ auf südafrikanischer Seite vergegenwärtigt.⁴⁶⁰

⁴⁵⁵ Lenaerts (1992), S. 26.

⁴⁵⁶ Vgl. Haspel (1995), S. 70.

⁴⁵⁷ Siehe auch 3: vgl. Lenaerts (1992), S. 27: Die Warnung von „The Namibian“- Chefredakteurin Gwen Lister vor einer explosiven Lage, in der „[...] die Habenichtse [...] immer mehr anti-weiß werden, nicht weil sie die Weißen hassen, sondern weil diese für den fortgesetzten Zustand der Benachteiligung [...] verantwortlich zu sein scheinen.“ Auch John Shangula in seinem schon zitierten Leserbrief wollte auf diese Möglichkeit hinweisen: „Sie (die Weißen, T. M.) müssen kapieren, daß lange Schlangen Arbeitsloser entlang den Straßen unserer Städte eine Zeitbombe sind.“ (vgl. Shangula (1991), S. 26.

⁴⁵⁸ Ebd., S. 26.

⁴⁵⁹ Vgl. Lessing, Hanns: Biltong und Pap. Wahlen in Namibia zementieren Swapo- Herrschaft, in: issa, Nr. 1/2000, S. 9.

⁴⁶⁰ Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 21, schreibt dazu: „Die angeblich angeborene Aversion der San- Gemeinschaften gegen „die Ovambos“ der SWAPO, auf die bei ihrer Rekrutierung immer wieder propagandistisch hingewiesen wurde, erwies sich wie so vieles unter der Apartheid- Doktrin bei genauerem Hinsehen als mystische Verbrämung der „Erfindung von Tradition“ im negativen Sinne der Schaffung von tribalistischen Ressentiments.“

Das Interesse, SWAPO als vornehmlich ethnische Bewegung der Ovambo abzutun und zu diskreditieren, gilt es auch heute noch bei dieser Thematik im Auge zu behalten und mit entsprechenden Äußerungen vorsichtig umzugehen.

Vielmehr kann die Aufmerksamkeit hier nur den Fakten gelten, wie z. B. den 4% der Entwicklungsgelder, die von 1990 bis 1996 auf die Provinz Caprivi entfielen, während dem ehemaligen Ovamboland insgesamt ein Drittel der Ausgaben zukamen.⁴⁶¹

Inwieweit die Ereignisse der letzten Jahre im Caprivi-Streifen vor diesem Hintergrund zu sehen sind, läßt sich nicht eindeutig sagen. Unbestritten ist, dass die Provinz eine der ärmsten des Landes ist.⁴⁶² Zudem steht sie bedingt durch ihre geographische Abgelegenheit Lage und relativ geringe Bevölkerungsdichte nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der Zentralregierung.⁴⁶³

Mit Reinald Wölle gesteht zudem ein differenzierterer, glaubwürdigerer Kommentator als Halbach den seit den späten 1990er Jahren massiv an die Oberfläche getretenen Sezessions- Bestrebungen eine „ethnische Dimension“ zu.⁴⁶⁴ Er verortet das Problem bei der Konkurrenz verschiedener, nebeneinander existierender Loyalitätsebenen (national vs. lokal). Darüber hinaus bestünde zwischen den wichtigsten Bevölkerungsgruppen im Caprivi, Subia und Mafwe, ein Konflikt, da erstere die SWAPO unterstützten, während letztere für den Ruf des Caprivi-Streifens als DTA-Hochburg verantwortlich sind.⁴⁶⁵

Grundsätzlich wird am Beispiel Caprivi deutlich, dass es nationale Autoritäten schwer haben, sich gegenüber sogenannten traditionellen Loyalitätsstrukturen zu behaupten.⁴⁶⁶ Wölle sieht darin deutliche Anzeichen für „strukturelle Probleme des namibischen Modells“.⁴⁶⁷

Nach Auffassung von Hanns Lessing verstärkt die Situation im Caprivi die gesellschaftliche Polarisierung Namibias, denn nicht nur dort fühlten sich Bevölkerungsgruppen außerhalb der Ovambo benachteiligt. Nach den Überfällen der „Caprivi Liberation Army“ (CLA) und der äußerst gewalttätigen Reaktion von NDF- und NamPol- Einheiten, die sich auch gegen die Zivilbevölkerung richtete⁴⁶⁸, wird dazu Kritik an der Regierung gerne als sezessionistisch gebrandmarkt – in altbewährter Manier (siehe Kapitel 5.4.), aber mit einer neuen Vokabel.⁴⁶⁹

Dadurch wird sogar – unbeabsichtigt – das Bestehen der SWAPO auf dem Einheitsprinzip durch eine ethnische Brille wahrgenommen und erscheint als partikularistischer Schachzug im Gewand des allgemeinen Interesses. Chris Tapscott weist z. B. darauf hin, dass in vielen kleineren Bevölkerungsgruppen die Regierungspartei in den 1990er Jahren zunehmend als Sprachrohr der Ovambo-Mehrheit angesehen wird.⁴⁷⁰

⁴⁶¹ Vgl. Halbach (1999), S. 20.

Anzumerken bleibt, daß hier wohl tatsächlich ein Ungleichgewicht vorliegt, allerdings muß die Frage gestellt werden, wie zulässig ein Vergleich sein kann, wenn die Bezugseinheiten sich nicht entsprechen. „Ovamboland“ besteht heute aus den vier Provinzen Omusati, Oshana, Ohangwena und Oshikoto; Caprivi ist dagegen eine einzige. Halbach spricht davon, daß die SWAPO die Ovambo „eindeutig“ bevorzuge; die Bezeichnung „ihrer“ Ethnie“ (S. 18) ist aber ausreichend, ihn vom Verdacht, tendenziös zu sein, nicht freizusprechen. Widersprüchlich ist seine Argumentation ohnehin: So verteufelt er einerseits den vermeintlichen Tribalismus der SWAPO, während er sich andererseits zu dessen verbalem Handlanger macht und über den Caprivi- Streifen schreibt: „Ethnisch hat dieses Gebiet kaum etwas mit dem übrigen Namibia gemein.“ (S. 19) (T. M.).

⁴⁶² Vgl. Möllers, Hein: Der Caprivi, in: issa, Nr.1/1999, S. 24.

⁴⁶³ Vgl. Ebd., S. 24.

Siehe auch Wölle, Reinald: Zündstoff im Caprivi, in: issa, Nr. 1/1999, S. 26.

⁴⁶⁴ Ebd., S. 23.

⁴⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 23.

⁴⁶⁶ Vgl. Ebd., S. 23/26/27.

⁴⁶⁷ Ebd., S. 23.

⁴⁶⁸ Vgl. Bauer, Gretchen: Namibia in the First Decade of Independence. How Democratic? In: Journal of Southern African Studies, No 1/200, S. 39: Bei den Angriffen auf Polizeistation, Armeelager und NBC-Büro in Katima Mulilo wurden 13 Menschen getötet. Die Regierung rief den Notstand aus, und Sicherheitskräfte verhafteten Hunderte von vermeintlichen Kollaborateuren.

⁴⁶⁹ Vgl. Lessing (2000), S. 9.

⁴⁷⁰ Vgl. Tapscott (1997), S. 5.

Von Benachteiligungen ist auch im Zusammenhang mit der Besetzung von Schlüsselpositionen in der namibischen Armee die Rede.⁴⁷¹ Solche Berichte lassen den Eindruck aufkommen, dass die Umsetzung des Exilslogans „One Namibia- One Nation“ in der postkolonialen Realität noch nicht stattgefunden hat.⁴⁷²

Tatsächlich lassen sich seit der Unabhängigkeit einige Beispiele für tribalistische Renaissancen finden. So wurde Justus Garoeb, Chef der im früheren Damaraland verankerten „United Democratic Front“ (UDF), 1993 zum König der Damara ernannt. Bestrebungen, eigene Königreiche zu errichten, gab es auch unter Herero und Mbanderu, und auch die farbige Bevölkerungsgruppe mit Basis in Rehoboth, abfällig „Baster“ genannt, flirtete intensiv mit Ideen der Selbstbestimmung und der Wiedereinführung alter Ämter und Titel.

Verbunden mit solchen Tendenzen sind vielfach Landforderungen wie im Fall der Herero, Mbanderu und Rehobother. Auch die Gruppe der San äußerte in den letzten Jahren entsprechende Ansprüche, die auch den Etosha-Nationalpark betrafen, einen der Haupt- Touristenmagnete des Landes.⁴⁷³

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurde aus den Herero-Gebieten über Versuche berichtet, das Vakuum an regionalen Strukturen nach dem Abzug Südafrikas angesichts der auf dieser Ebene noch nicht handlungsfähigen, z. T. noch gar nicht vorhandenen Zentralregierung mit einer eigenen Organisation namens „Epango“ zu füllen. Diese hatte quasi die Funktion eines Sicherheitsdienstes und stand damit in Konkurrenz zum namibischen Staat. Beteiligt waren daran auch *Chiefs* und *Headmen* der Herero. Die Antwort der Regierung hieß Repression und bestand aus Inhaftierungen und Strafprozessen. Christiaan Keulder äußert die Befürchtung, dass dadurch die Entfremdung der Herero von Staat und Regierung noch verstärkt und eine weitere Rückbesinnung auf ethnische Identitäten gefördert würde.⁴⁷⁴

Das Argument, in solchen Beispielen drücke sich nur eine Ablehnung der Zentralregierung oder gar Widerstand gegen die vielfach beklagte Ovambo-Dominanz im Rahmen der SWAPO-Herrschaft aus, wird aber durch folgende Begebenheit zumindest in Frage gestellt: Auch die Kwanyama, keinesfalls die einflussloseste Untergruppe der Ovambo, versuchten ebenfalls, ihre 1917 von Südafrika zerschlagene Monarchie wiederzubeleben.⁴⁷⁵

Dies erinnert auffällig an die Äußerungen Melbers (siehe 3.2.) über die Stärkung ethnischer Identitäten, wenn nach erreichter Unabhängigkeit die inhaltliche der formalen Dekolonisierung hinterherhinkt, sprich: soziale und wirtschaftliche Probleme das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung untergraben. Die Rückbesinnung auf die nächstkleinere Bezugsgröße als „colonial hangovers“ dient dabei dem Verschaffen von Vorteilen in Verteilungskonflikten.⁴⁷⁶

Unabhängig von der historischen Komponente in Form von alten ethnischen Rivalitäten, die heutigen Unstimmigkeiten vielfach zugrunde liegt⁴⁷⁷, aber in dieser Arbeit den Rahmen sprengen würde, taucht in solchen Konstellationen meist ein Grundproblem auf: Wenn die Artikulation von gruppenspezifischen Anliegen von der namibischen Regierung tendenziell zurückhaltend behandelt wird, hat das den aus ihrer Perspektive berechtigten Hintergrund, dass die nationale Einheit nicht nur Vorrang hat gegenüber regionalen oder ethnischen Befindlichkeiten, sondern – wie gesehen – von solchen auch in Frage gestellt wird.⁴⁷⁸

⁴⁷¹ Vgl. Preston (1995), S. 461.

⁴⁷² Vgl. Lessing (2000), S. 9.

⁴⁷³ Vgl. Malan, John: The foundations of ethnicity and some of its current ramifications in Namibia, in: *Namibia, in: Africa Insight*, No 4/1993, S. 206.

⁴⁷⁴ Vgl. Keulder, Christiaan: Epango und der Staat. Schwarze Sheriffs in Hereroland, in: *issa*, Nr. 3/1994, S. 15/ 16.

⁴⁷⁵ Vgl. Tapscott (1997) S. 6.

⁴⁷⁶ Vgl. Melber: *Ten Years ...* (2000), S. 166.

⁴⁷⁷ So etwa im Fall des Verhältnis von SWAPO zum Damara-Rat unter Justus Garoeb (vgl. Cliffe, Lionel: *The Transition to Independence in Namibia*, London 1994, S. 152), oder auch der aus der Zeit des Befreiungskampfes datierenden Probleme zwischen SWAPO und der Rehobother Gemeinschaft (vgl. Caplan, Gerald: *Elections and After*, in: *Southern Africa Report*, No 4/1990, S. 4).

⁴⁷⁸ Vgl. Kößler, Reinhard: Test für Demokratie. Swapo geht gestärkt aus Regional- und Kommunalwahlen hervor, in: *issa* Nr. 1/1993, S. 27: „Es geht um die Konzeption eines nationalen, und das kann für Namibia nur heißen, eines

So unterstützt die SWAPO-Regierung nicht die Forderung der Herero an die BRD nach Reparationszahlungen für den kolonialen Landraub und steht auch einer entsprechenden Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag ablehnend gegenüber.⁴⁷⁹

In dieser Ablehnung stoßen allerdings wieder zwei Ebenen aufeinander: zum Einen der über-ethnische Anspruch von SWAPO und Regierung, zum Anderen ihre indirekte Verpflichtung ihrer Wählerbasis gegenüber, die von den Segnungen des Deutschtums in Afrika weitgehend verschont geblieben war.⁴⁸⁰

Der Vorwurf der Ovambo-Dominanz hängt beständig drohend über Situationen wie dieser, und es braucht nicht viel, bis er artikuliert wird.

Dabei streiten sich seit der Unabhängigkeit die BeobachterInnen über seinen Wahrheitsgehalt. Beispielhaft sei hier die Kontroverse erwähnt, die 1991/1992 zwischen P. Potgieter sowie auf der Gegenseite William Lindeke, Winnie Wanzala und Victor Tonchi in der südafrikanischen Zeitschrift „Politikon“ geführt wurde. Es geht um die „Resolution 435“- Wahlen von 1989. Während Potgieter diesen aufgrund von tribalistischem Wahlverhalten und – nachrangig - diversen Einschüchterungsversuchen von Seiten der SWAPO oder ihrer Anhänger das Etikett „frei“ abspricht⁴⁸¹, argumentieren die Anderen so: das schwächere Abschneiden der SWAPO außerhalb des ehemaligen Ovambolands gehe zurück auf deren erschwerten Zugang zur Bevölkerung in den anderen Landesteilen während der südafrikanischen Besatzung sowie auf Verstöße gegen die Bedingungen freier und fairer Wahlen, allerdings zulasten der SWAPO.⁴⁸²

Zu ergänzen wäre, dass die überwältigende Zustimmung zur SWAPO in den Oshiwambosprachigen Gebieten⁴⁸³ sicherlich im Zusammenhang damit steht, dass diese Region von den Auswirkungen des Befreiungskriegs direkt betroffen war und ihre Bewohner tagtäglich mit Einschränkungen und gewalttätiger Repression konfrontiert waren.⁴⁸⁴

Offensichtlich sind solch unterschiedliche Einschätzungen eine Frage der Perspektive: Auffällig ist, dass Potgieter davon ausgeht, dass große Teile der namibischen Bevölkerung traditionellen, vorstaatlichen Werten und Denkmustern verbunden sind.⁴⁸⁵ Weiterhin führt er – in einer statisch erscheinenden Auffassung von inter- ethnischen Verhältnissen – alte Konflikte zwischen Ovambo und Herero sowie Herero und Nama ins Feld und betont, dass gerade unter den Herero die Angst von den Ovambo beherrscht zu werden, weit verbreitet sei.⁴⁸⁶

In diesem Licht betrachtet, paßt das Wahlergebnis natürlich ins Bild und läßt sich entsprechend interpretieren. Potgieters Fazit daraus ist eine relativ eindimensionale Zuordnung der Ovambo zur SWAPO, während Herero und Nama vorwiegend DTA gewählt hätten, Damara UDF und DTA, Weiße DTA und ACN und die „Farbigen“ FCN. Folglich hält er fest: „The SWAPO victory seems to have been based to a large extent on a massive tribal vote of the Ovambo. [...] In essence the election results show a rift between the Ovambo part of the population [...] and the rest.“⁴⁸⁷

Pikanterweise schürte die DTA im Wahlkampf im Süden und den zentralen Teilen des Landes offensichtlich erfolgreich die Angst vor einer „Ovambo-Dominanz“ und bestach im Vorfeld der Wahlen hauptsächlich mit Anti-SWAPO-Rhetorik.⁴⁸⁸

Lindeke, Wanzala und Tonchi dagegen betonen weit zurückreichende Gemeinsamkeiten von Ovambo, Herero, Kavango und Lozi hinsichtlich sozialer und kultureller Merkmale wie z. B. der

nicht- ethnischen Zusammenhangs.“

⁴⁷⁹ Vgl. Jere- Malanda, Regina: The tribe Germany wants to forget, in: New African, No 385/2000, S. 17-21.

⁴⁸⁰ Vgl. Ebd., S. 21.

⁴⁸¹ Vgl. Potgieter, P.J.J.S.: The Resolution 435 Election in Namibia, in: Politikon No 2/1991, S. 26.

⁴⁸² Vgl. Lindeke, William/Wanzala, Winnie/Tonchi, Victor: Namibia's Election Revisited, in: Politikon, No 2/1992, S. 121.

⁴⁸³ Vgl. Potgieter (1991), S. 35: Der Stimmenanteil der SWAPO betrug dort 92,3%.

⁴⁸⁴ Vgl. Balch/ Scholten (1990), S. 84.

⁴⁸⁵ Vgl. Potgieter (1991), S. 31.

⁴⁸⁶ Vgl. Ebd., S. 39.

⁴⁸⁷ Ebd., S. 40/44.

⁴⁸⁸ Vgl. Becker (1990), S. 37.

Sprache. Entsprechend sehen sie den heutigen Einfluß von Tribalismus als eindeutig überbewertet an und weisen erneut auf seine Verbindung zum Kolonialismus hin. Im Unterschied zu Potgieter halten sie die SWAPO für eine wirkliche nationale, über- ethnische Partei.⁴⁸⁹ Die herausragende Bedeutung des SWAPO-Ergebnis unter den Ovambo bestreiten sie deswegen nicht, halten aber dennoch ihre Unterstützung in den anderen Landesteilen keinesfalls für so unbedeutend wie Potgieter. Allein in den überwiegend von Herero bewohnten Gebieten hätte sie wirklich schlecht abgeschnitten.⁴⁹⁰ Nichtsdestotrotz verfüge SWAPO aber über eine landesweite Gefolgschaft, wogegen gerade die DTA einen engeren, nämlich ethnisch-partikularistischen Ansatz verfolge.⁴⁹¹ Als weiteren Beweis für den nationalen Anspruch der Regierungspartei wird angeführt, dass nur 14 ihrer 41 Abgeordneten in der ersten Nationalversammlung Ovambo waren und Oppositionspolitiker frühzeitig und freiwillig in die Kabinettsbildung miteinbezogen wurden.⁴⁹² Die Vergabe des Postens als erster Chef der „neuen“ Polizei NamPol an einen Herero ist ein weiteres solches Zeichen.⁴⁹³ Auch du Pisani betont die Symbolik solcher Gesten, die auch bei der Kabinettsbesetzung ins Auge fallen: beinahe die Hälfte der MinisterInnen der ersten Regierung Sam Nujomas stammte aus nicht-oshiwambosprachigen Bevölkerungsgruppen.⁴⁹⁴ Gerade im Hinblick auf die Entstehung und Geschichte der SWAPO, die er eine nicht-rassische nennt, bescheinigt er ihr, mehr als eine reine Bewegung der Ovambo zu sein.⁴⁹⁵ Ebenso weist Gerhard Toetemeyer in seiner Bilanz nach sechs Jahren Unabhängigkeit auf eine ethnien- übergreifende Loyalität gegenüber der Regierung hin.⁴⁹⁶ Eine solche muß auch nicht zwangsläufig im Widerspruch dazu stehen, dass andere Beobachter aufgrund des spezifischen Wahlverhaltens im Norden von einer „Zweiteilung“ Namibias sprechen.⁴⁹⁷

An den überwältigenden Mehrheiten für die SWAPO in den Ovambo- Provinzen änderte sich auch bei den folgenden Wahlen nichts. Halbach hält die im ganzen Land tendenziell sinkende Wahlbeteiligung allerdings für ein Indiz für abnehmende Zustimmung zur Regierungspolitik selbst innerhalb SWAPOs wichtigster Basis.⁴⁹⁸

Cliffe argumentiert, dass ethnische Aspekte zur Erklärung von Wahlergebnissen nicht ausreichen können und führt u. a. die Auswirkungen der südafrikanischen Verwaltungsstrukturen ins Feld, wodurch er die Möglichkeit scheinbar offensichtlicher ethnischer Zuordnungen erleichtert sieht. Er gesteht beiden großen Parteien zu, jeweils alle ethnischen Gruppierungen zu repräsentieren, sieht aber einen entscheidenden Unterschied: Während die DTA sich auf ethnische Hierarchien und Strukturen stütze, hätten die Verantwortlichen der SWAPO zumindest nach außen hin immer eine nationale Identität propagiert.⁴⁹⁹

Die Frage nach der Bedeutung ethnischer Faktoren in der heutigen namibischen Politik läßt sich allerdings kaum allein durch den Blick auf das Wahlverhalten alleine beantworten. Sie stellt sich auch hinsichtlich parteiinterner Prozesse und Konstellationen. Was die SWAPO angeht, werfen ihr viele Stimmen diesbezüglich ebenfalls ein Ungleichgewicht zugunsten der Ovambo vor. Caplan

⁴⁸⁹ Vgl. Lindeke/Wanzala/Tonchi (1992), S. 122/127: SWAPOs Ursprünge liegen demnach in der Fusion von OPO mit der Herero-dominierten SWANU. Von ihrer Gründung an hätte die SWAPO die Unterstützung des *Herero Chief Council* sowie des legendären Chief Hosea Kutako gehabt.

⁴⁹⁰ Vgl. Ebd., S. 128,129.

⁴⁹¹ Vgl. Ebd., S. 133.

⁴⁹² Vgl. Ebd., S. 134.

⁴⁹³ Vgl. Preston (1995), S. 461.

⁴⁹⁴ Vgl. du Pisani (1991), S. 171.

⁴⁹⁵ Vgl. Ebd., (1990), S. 202.

⁴⁹⁶ Vgl. Toetemeyer, H. G. (1997), S. 381.

⁴⁹⁷ Weiland (1999) IN A.P.U.Z. S. 26, zitiert nach Ansprenger (1991): Freie Wahlen in Namibia, Ffm. Cliffe (1994), S. 185/ 186 konstatier: „Ovamboland is a case apart, deserving separate consideration because of its size alone and because the result was so different from everywhere else. [...] what is striking is that, Ovamboland apart, the returns indicate mixed party support in most regions.“

⁴⁹⁸ Vgl. Halbach (1999), S. 20.

⁴⁹⁹ Vgl. Cliffe (1994), S. 187 f.

sieht das als eine Tatsache an und behauptet, dass sich Personen mit anderer Herkunft in der Bewegung schon vor der Unabhängigkeit als Außenseiter gefühlt hätten.⁵⁰⁰

Dem ist entgegenzuhalten, dass sich die Partei zumindest in der Anfangszeit nach 1990 um eine ausgewogene, repräsentative personelle Struktur bemüht hat (s. o.).

Allerdings zeigt die vor der Verfassungsänderung zugunsten der dritten Amtsperiode für Sam Nujoma angebrochene Diskussion um dessen mögliche Nachfolge, dass ethnische Gesichtspunkte auch nicht vollkommen außen vor bleiben. Einem Aufsatz in *New African* zufolge existieren zum einen Rivalitäten zwischen zwei Ovambo-Gruppen: den Kwanyama, vertreten durch den Handels- und Industrieminister Hidipo Hamutenya, Fischereiminister Hifikepunye Pohamba und Landwirtschaftsminister Helmut Angula, und den Ngandjera, zu denen Nujoma selbst zählt. Beide Fraktionen würden zudem weder SWAPO-Vizepräsident Hendrik Witbooi aus den Reihen der Nama noch Nationalversammlungssprecher Moses Tjitendero, einen Herero, als Nachfolger akzeptieren. Dasselbe gelte auch für den Damara Hage Geingob.⁵⁰¹

Es bleibt reine Spekulation, inwieweit die per Verfassungsänderung durchgesetzte dritte Amtsperiode Sam Nujomas in Verbindung mit internen Zusammenhängen steht.

Nicht nur der Vollständigkeit halber soll aber auch erwähnt werden, dass innerhalb der DTA-Spitze ein Konkurrenzverhältnis um den Vorsitz zwischen Herero und Mafwe besteht, das durch die Unruhen im Caprivi-Streifen (s. o.) offen zum Vorschein getreten ist.⁵⁰²

Dies legt den Schluß nahe, dass trotz anderslautender Beteuerungen „Ethnizität“ durchaus ein Thema in der politischen Kultur Namibias ist.⁵⁰³ Wie sollte es – nicht nur nebenbei bemerkt - auch anders sein in einer Gesellschaft, die innerhalb eines Jahrhunderts durch einen wahren kollektiven Schleuderwaschgang der Transformationen gegangen ist?

Entscheidend ist allerdings, dass sich dies nicht an der SWAPO allein festmachen oder gar auf sie beschränken ließe; andere Parteien sind davon genauso oder sogar stärker betroffen. Mit Sicherheit ist es keine Besonderheit von SWAPO oder Ovambo, die ethnische Karte zu spielen (siehe oben).

Ein Thema, das zum Überleben, bzw. Wieder-Aufleben ethnischer Identitätsmuster erheblich beigetragen hat, ist der Umgang der SWAPO mit ihren Gefangenen aus den eigenen Reihen während des letzten Jahrzehnts des Befreiungskampfes. Als *detainees issue* zum zeitweiligen Dauerthema der Tagespolitik geworden, ist diese Frage auch für den Prozeß der Nationalen Versöhnung so bedeutend, dass sie im folgenden Kapitel (6.2.) gesondert behandelt wird.

6.2.2. „Detainees Issue“: Vom Klotz am Bein der SWAPO zum Stolperstein der Versöhnungspolitik?

Es gibt wenige Themen im Zusammenhang mit Namibia, über die im vergangenen Jahrzehnt soviel geredet und geschrieben worden ist wie über die Menschenrechtsverletzungen der SWAPO gegen vermeintliche südafrikanische Spione.

⁵⁰⁰ Vgl. Caplan (1990), S. 4: „Ovambo domination was real.“

⁵⁰¹ Vgl. (keine Autorenangabe) After Nujoma who?, in: *New African*, No 352/1997May 1997, S. 22.

Siehe auch Gatter (1990), S. 35: Nach dieser Quelle forderten die Kwanyama schon ein halbes Jahr nach der Unabhängigkeit mehr Ämter und Einfluß innerhalb der SWAPO. Vor diesem Hintergrund bekommt auch die Ernennung Solomon Hawalas, ebenfalls ein Kwanyama, zum Kommandierenden der Streitkräfte, eine pikante neue Dimension.

⁵⁰² Vgl. Lessing (2000), S. 23/26/27.

⁵⁰³ Isaak (1997), S. 58, weist darauf hin, daß der Begriff „ethnicity“ ähnlich wie „tribalism“ oder „racism“ koloniale Ursprünge habe und einen Zustand des getrennt-Seins beinhalte; „ethnic diversity“ dagegen beschreibe einen natürlichen oder durch historische Entwicklungen geprägten Zustand, der durch das Aufeinander-Bezogensein verschiedener Gruppen gekennzeichnet sei.

Bereits im Wahlkampf 1989 war dieser Punkt präsent⁵⁰⁴, und viele Stimmen behaupteten damals, er habe die SWAPO die angestrebte Zweidrittel-Mehrheit gekostet.⁵⁰⁵

Bereits 1986 hatte das „Eltern-Komitee“ seine Aufklärungs- Kampagne im Land gestartet und das Buch „Namibia - a struggle betrayed“ veröffentlicht.⁵⁰⁶

Große Wellen schlug das Thema dann, als am 6. Juli 1989, zwei Tage nach ihrer Rückkehr aus Angola, einige der über 150 Dissidentin Windhoek eine Pressekonferenz gaben. Dort enthüllten sie die Wahrheit über ihr Schicksal und führten zum Beweis die Narben ihrer Folterungen vor.⁵⁰⁷

Die SWAPO wies die Vorwürfe zunächst kategorisch zurück. Hidipo Hamutenya stritt ab, dass solche Greuelthaten stattgefunden hätten; aktuelle Gefangene gebe es nicht mehr, und die ehemaligen seien tatsächlich feindliche Spione gewesen.⁵⁰⁸

Politisch blieb das Thema allerdings im Gespräch und auch auf der Agenda des Wahlkampfes, nachdem einige der Ex- Gefangenen das „Patriotic Unity Movement“ (PUM) gegründet oder der „Workers' Revolutionary Party“ (WRP) beigetreten waren. Beide Parteien gingen ein Wahlbündnis mit der UDF ein und vertraten ihr Anliegen weiter in der Öffentlichkeit.⁵⁰⁹

Die Rede war von mehr als 2.000 SWAPO-Mitgliedern, die unter äußerst unmenschlichen Bedingungen in angolanischen Lagern der Befreiungsbewegung festgehalten worden seien. Außerdem wären sie gefoltert und zu falschen Geständnissen gezwungen worden. Bis zu der Hälfte von ihnen sei entweder direkt hingerichtet worden oder an den Folgen der Mißhandlungen gestorben.⁵¹⁰

Hamutenya hatte anfangs noch sehr entschieden gesagt, wenn es zu Folterungen gekommen sei, handele es sich dabei um Einzelfälle, und die Täter hätten weder im Auftrag noch im Namen der SWAPO gehandelt, weswegen sich die Partei davon distanzieren.⁵¹¹

Wenig später bekannte sie allerdings, dass es „Unregelmäßigkeiten“ gegeben habe, eine solche Art der Behandlung hätte aber nie zur SWAPO-Politik gehört. Die Forderung nach Entschädigungszahlungen für die Opfer wurde zurückgewiesen.⁵¹²

Das Anliegen nach Aufklärung der Vorwürfe war aber in der Öffentlichkeit, in Bevölkerung und Medien, sehr verbreitet. Unter dem Motto „Wir können vergeben, aber nicht vergessen“ machte sich die selbst betroffene Rechtsanwältin Bience Gawanas für eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stark, obwohl sie sich nach wie vor zur SWAPO bekannte und ihr auch wieder beitrug.⁵¹³

⁵⁰⁴ Vgl. Weiland, Heribert: Namibias Demokratie auf dem Prüfstand: Ist das Experiment gescheitert? In: A.P.U.Z., Bd. 27/1999, S. 25.

⁵⁰⁵ Vgl. Balch/Scholten (1990), S. 90.

Siehe auch Groth, Siegfried: Gedenken oder vergessen. Der Umgang mit den Swapo-Dissidenten und Vermissten, in: issa, Nr. 2/1993, S. 30, sowie auch Becker (1990), S. 37: Im Nachhinein gestanden dies auch der ehemalige Generalsekretär, Andimba Toivo ya Toivo, und außenpolitische Sprecher der SWAPO und heutige Außenminister, Theo-Ben Gurirab, ein.

Potgieter (1991), S. 43, zufolge wurde dadurch vor allem das Wahlverhalten der Damara und Nama beeinflusst.

⁵⁰⁶ Vgl. Ansprenger (1990), S. 18.

⁵⁰⁷ Vgl. Ebd., S. 18

Außerdem Helbig, Helga und Ludwig/medico international: Menschenrechtsverletzungen der SWAPO. Eine Auseinandersetzung, Frankfurt am Main 1990, S. 11.

⁵⁰⁸ Vgl. Ebd., S. 11.

⁵⁰⁹ Vgl. Ansprenger (1990), S. 18.

⁵¹⁰ Vgl. Balch/ Scholten (1990), S. 89/ 90.

⁵¹¹ Vgl. Helbig/ Helbig/ medico international (1990), S. 13.

⁵¹² Vgl. Balch/ Scholten (1990), S. 90.

⁵¹³ Vgl. Gawanas (1990), S. 34/ 35.

Helbig/ Helbig/ medico international (1990), S. 10, berichten, daß die Gefangenen ab Anfang 1990 von hochrangigen SWAPO- Führern – erwähnt werden Präsident Sam Nujoma, der Verwaltungssekretär des Politbüros, Moses Garoeb, der Chef des Sicherheitsdienstes und einer der Hauptbeschuldigten Solomon Hawala und der damalige Generalsekretär Andimba Toivo ya Toivo - vor die Wahl gestellt wurden, zur SWAPO zurückzukehren und – in einigen Fällen auch- sie zu wählen, oder andernfalls weiter verfolgt, bzw. An Südafrika übergeben statt repatriert zu werden.

Die offizielle Version lautete – entsprechend SWAPOs Beteuerung, nur tatsächliche Spione inhaftiert zu haben – dass die Befreiungsbewegung denjenigen, die sie schändlich verraten wollten, großzügigst verziehen habe.⁵¹⁴ Aufrechterhalten sollte dadurch auch das klare Bild eines eindimensionalen Opfer-Täter-Gegensatzes werden.⁵¹⁵ In dieser Sichtweise konnte SWAPO gerade nach Erreichen der Unabhängigkeit nur den Sieg der Gerechtigkeit verkörpern. Die „detainees“ traten im Vergleich dazu als Bittsteller auf, gebückt gehend unter der Last ihrer angeblichen Schuld: Einzig auf Vergebung und Wiederaufnahme in SWAPO und Gesellschaft hoffend; sodass der Wunsch nach Rehabilitierung utopisch und anmaßend erschien.⁵¹⁶

In dieser Position fanden sich die Betroffenen auch häufig im Alltag wieder: In offensichtlicher Entsprechung ihrer Behandlung durch die SWAPO wurden viele nach ihrer Rückkehr von ihrem alten sozialen Umfeld ausgegrenzt und als Spione und Verräter gebrandmarkt.⁵¹⁷

Gawanas – stellvertretend für viele andere – setzte sich konsequent für die Dekonstruktion einer solchen Sichtweise der Vergangenheit ein, ohne dadurch jedoch den Befreiungskampf an sich als diskreditiert anzusehen.⁵¹⁸

Ein scheinbar unerreichbares Ziel; zumal sich die SWAPO durch den Bericht einer Expertenkommission unter Leitung des nigerianischen UN-Botschafters Clarke bestätigt sah: Im September 1989 konnten weder in sambischen noch in angolanischen SWAPO- Lagern Anzeichen entdeckt werden, dass die Anschuldigungen berechtigt wären.

Unbeeindruckt davon blieben sie allerdings im Raum und wurden zu einem Ballast, den die SWAPO nicht loswurde. Zunehmend unter Druck, berief Premierminister Hage Geingob im Juni 1990 eine Mehrparteien-Kommission ein, die grundsätzlich das Schicksal von Kriegstoten und vermißten beider Seiten untersuchen sollte.⁵¹⁹ Ihr Bericht blieb allerdings unschlüssig und brachte kein eindeutiges Ergebnis hervor. Er legte nahe, die Sachlage mit juristischer Hilfe oder unter Einbeziehung des Internationalen roten Kreuzes zu untersuchen. Verhandlungen mit letzterem blieben aber ergebnislos und verliefen schließlich im Sand.⁵²⁰

Hervorzuheben ist innerhalb der SWAPO Theo Ben-Gurirab, der in einer Rede erklärte, trotz der Kriegsbedingungen, die für geschehenes Unrecht verantwortlich seien, hätten die Handlungen, die seiner Partei vorgeworfen werden, nicht passieren dürfen. Nach diesem Quasi-Eingeständnis entschuldigte er sich für das Geschehene, mußte diese Äußerungen aber Ende 1990 auf internen Druck hin widerrufen.⁵²¹

Trotz des andauernden Kampfs verschiedener Gruppen gegen den Monopolanspruch auf die Interpretation der Vergangenheit gingen Aufmerksamkeit und öffentliches Interesse an dem Thema in der Folgezeit zurück. Die ungelösten Fragen wurden Teil des Alltags, mit dem man sich zu arrangieren hatte. Der Ruf nach Bestrafung der Schuldigen wurde leiser, und Beispiele von „detainees“ in relativ hohen Positionen im Öffentlichen Dienst oder in der Verwaltung dienten als Vorbilder gelungener Reintegration.⁵²²

Mitte der 1990er Jahre wurde die Debatte durch zwei Bücher neu entfacht: Zum einen erschien „Namibia's Liberation Struggle: The Two-Edged Sword“, das den Befreiungskampf aus einem differenzierten Blickwinkel unter die Lupe nahm. Es war ein Versuch und zugleich ein Appell, die

⁵¹⁴ Vgl. Ebd., S. 10: Toivo ya Toivo zu Journalisten: „We have pardoned them.“ Groth (1993), S. 30, zitiert dazu Garoeb wie folgt: „SWAPO verfolgt die Politik der nationalen Versöhnung, sodaß die Wunden der Vergangenheit geheilt werden können. Die SWAPO ist bereit, jeden zu akzeptieren, der sich anschließt, sodaß die Aufgabe des Baus einer Nation leichter sein kann.“

⁵¹⁵ Vgl. Thomsen, Sigrid: Dünner Boden für demokratische Kultur. Konferenz zog Bilanz über Namibias Entwicklung nach neun Jahren Unabhängigkeit, in: afrika süd, Nr. 5/1999, S. 14.

⁵¹⁶ Vgl. Lüdemann, Adolf: Wenn die Toten wieder reden, in: taz, 21. März 1996.

⁵¹⁷ Vgl. Groth (1993), S. 29-31

⁵¹⁸ Vgl. Gawanas (1990), S. 34: „[...] die heilige Sache unserer Befreiung [...]“

⁵¹⁹ Vgl. Balch/ Scholten (1990), S. 90.

⁵²⁰ Vgl. Simon (1991), S. 8.

⁵²¹ Vgl. Ebd., S. 8.

⁵²² Vgl. Balch/ Scholten (1990), S. 90.

Menschenrechtsverletzungen der SWAPO nicht länger zu ignorieren und sich damit auseinanderzusetzen, ohne dabei ihren Kampf als solchen zu deligitimieren oder in Frage zu stellen⁵²³ – vergleichbar mit der Position von Gawanas (siehe oben).

Wie bereits in Kapitel 5.4.2. erwähnt, löste schließlich die Veröffentlichung von „Namibia- The Wall of Silence“ eine Flut von Diskussionen aus. Der Autor Siegfried Groth erneuerte darin die Anschuldigungen gegen die SWAPO und führte der gesamten Nation vor Augen, dass Vergangenheitspolitik in Namibia entweder Aussitzen oder „Totschweigen“ bedeutet.

Noch deutlicher erschien dies durch das Wissen, dass im Nachbarland Südafrika gerade zu dieser Zeit die TRC ihrer Aufgabe nachging.⁵²⁴ Umso schärfer die SWAPO in Form von Einschüchterungsversuchen und Drohgebärden reagierte, desto extremer kamen die Gegensätze zum Ausdruck.⁵²⁵

Zudem wurde auch klar, wer die Definitionsmacht über Inhalt und Verlauf der Versöhnungspolitik beansprucht und diese sehr rigide handhabt: Kurz nach Erscheinen von Groths Buch erklärte Moses Garoeb, inzwischen zum SWAPO- Generalsekretär aufgestiegen, die Versöhnungspolitik für tot; die Regierungspartei habe ihre Geduld verloren.⁵²⁶

Weiter schimpfte Garoeb, er weine der Versöhnungspolitik keine Träne nach; die SWAPO werde sich nicht entschuldigen und auch nicht an einer geplanten Konferenz des „Council of Churches in Namibia“ (CCN) zur „detainees“- Frage teilnehmen.⁵²⁷

Als unmittelbare Folge der Veröffentlichung von Groths Buch gründete sich eine Organisation mit dem Namen „Breaking the Wall of Silence“, die sich die Aufklärung des komplexen Themas zum Ziel gesetzt hat. Ihre wöchentlichen Treffen zogen mehr und mehr Menschen an, die sich in der Öffentlichkeit zunehmend bestimmter äußerten.⁵²⁸

Auch die Forderung nach einer unabhängigen Wahrheitskommission wurde wieder laut, vor allem von Abgeordneten der Nationalversammlung, aber auch von Seiten der „Nationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (NSHR).⁵²⁹

Zu diesem Zeitpunkt hatte es sich bereits als Fehler herausgestellt, dass sich die SWAPO durch ihr ausweichendes Verhalten und durch ihre Ablehnung und Unterdrückung einer offenen Auseinandersetzung die Diskussion aus der Hand nehmen ließ.⁵³⁰ Dadurch vergab sie letztlich den moralischen Vorteil, den sie zu Beginn des Transformationsprozesses zweifellos hatte.⁵³¹

⁵²³ Vgl. Colin Leys/ John S. Saul (1995), S. 2.

⁵²⁴ Vgl. Weiland (1999), S. 25.

⁵²⁵ Siehe Staby, Hans-Erik: „Reconciliation, Unity and Ethnicity“. The Namibian Community. Die Regierung lehnte zu diesem Zeitpunkt das südafrikanische Modell als für Namibia unpassend ab.

<http://community.namibian.com.na/WebX?50@141.BDF1aG3MaLv^0@.ef267fe>

⁵²⁶ Vgl. von Lucius, Robert: Die nationale Versöhnung ist tot, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 1996.

⁵²⁷ Vgl. Lüdemann (1996): Hier wird Garoeb sogar mit diesen Worten zitiert: „Wir haben jetzt den Punkt erreicht, an dem wir sagen: Genug ist genug! Die Partei könnte gezwungen sein, den Krieg wieder aufzunehmen.“

⁵²⁸ Vgl. Dobell (1996), S. 33.

⁵²⁹ Vgl. Vereinigte Evangelische Mission: Namibische Passion. Chronik einer Debatte., Mitarbeiterbrief-Materialmappe, Wuppertal 1997, S. 133. Hier wird dazu der Sprecher der NSHR, Phil Ya Nangolo, zitiert.

⁵³⁰ Vgl. Gatter (1990), S. 35.

⁵³¹ Im Rahmen der früheren weltweiten Sympathie und Solidarisierung mit der SWAPO sowie ganz aktuell aus Erleichterung oder Freude über die namibische Unabhängigkeit hätten zu diesem Zeitpunkt wohl sehr viele einer Meinung wie der zugestimmt, die Weiland (1999), S. 25, noch zehn Jahre später äußerte: „Daß es Gefangenenlager gegeben hat, in denen vermeintliche oder tatsächliche „Spione Südafrikas“ festgehalten und zu Geständnissen gezwungen wurden steht außer Frage. Und kann angesichts der Bedrohung durch sie südafrikanische Besatzungsarmee durchaus verstanden werden. Unverständlich bleibt jedoch, Daß sich die SWAPO von den menschenunwürdigen Folterungen, unter denen auch Unschuldige gelitten haben, nie distanziert hat. Vgl. auch Melber: Which Way ... (2000), S. 2.

In der Folgezeit wurden jedoch wiederholt Anfragen von Oppositionspolitikern in der Nationalversammlung⁵³² abgewehrt, und auch die Möglichkeit eines Parteikongresses zwecks interner Aufarbeitung wurde nicht genutzt.⁵³³

So blieb das Thema ein ständiger wunder Punkt der Regierung und stellte für sie eine latente Angriffsfläche dar. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass es im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1999 erneut auftauchte – diesmal hatte sich der CoD des „detainees issue“ angenommen.⁵³⁴

„Mit Lubango⁵³⁵ ist etwas Kollektives verbunden, das in das Bewußtsein aller Namibierinnen und Namibier geht [...]“ faßt du Pisani die Langzeitwirkung des Themas zusammen.⁵³⁶

Auch er sieht- wie eigentlich alle außer der SWAPO selbst - keine andere Möglichkeit als zumindest eine „öffentliche Entschuldigung“, um diesen Bereich und vor allem die von ihm Betroffenen, die beteiligten Akteure in die Versöhnungspolitik überhaupt miteinzubeziehen.⁵³⁷

Gerade dies ist nämlich bis jetzt nicht geschehen: „Die SWAPO-Führung hat unter Versöhnung immer nur die Weißen und die DTA gemeint. Die Dissidenten waren stets davon ausgeschlossen. Sie konnten zur SWAPO zurückkehren, das war die einzige Konzession“, klagt Ludwig Helber und weist damit noch auf eine größere Dimension des Problems hin.⁵³⁸

Die „detainees“ sind nämlich zu den Leidtragenden der Parole „Nicht Zurückschauen!“ geworden. Die so unterdrückte Debatte wurde dennoch indirekt ausgetragen, und zwar auf den Rücken der nicht rehabilitierten Dissidenten.

Je ablehnender sich die Regierungspartei verhalten hat, desto mehr geriet sie unter Druck. Mehr Vorwürfe wiederum bewirkten schärfere Reaktionen der sichtlich in die Ecke gedrängten SWAPO. Hinsichtlich der angestrebten Versöhnung kann ein solcher Kreislauf nur kontraproduktiv sein und wirft ernsthafte Zweifel am namibischen Modell der Versöhnungspolitik auf. Die verzweifelten Versuche, das Geschehene zugedeckt zu halten, läßt diese umgekehrt wieder als Ablenkungsmanöver erscheinen, hinter dem sich die Regierung verstecken kann.⁵³⁹

So sehen auch viele Beobachter dahinter zumindest die Möglichkeit, dass hochrangige Parteimitglieder in die Affäre verwickelt sind.⁵⁴⁰

Im Unterschied zum ANC in Südafrika, der mit vergleichbaren Vorwürfen konfrontiert war, konnte die SWAPO dahingehend keinen Integritätsbeweis in Form der jahr(zehnt)elangen Verhaftung ihrer wichtigsten Führer vorbringen. Vielmehr waren diese im Exil, und durch die räumliche Entfernung und ihre besonderen Lebensumstände dort entstand eine zunehmende Distanz zum internen Flügel der Befreiungsbewegung. Daraus resultierende Spannungen haben womöglich auch den Verlauf des „spy drama“ mitbeeinflusst und seine Eskalation bewirkt.⁵⁴¹

Die Brisanz dieses Themas wird noch dadurch verstärkt, dass der Konflikt keineswegs unbelastet von ethnischen Gesichtspunkten ist. Es ist letzten Endes nicht zu beweisen, doch in vielen Quellen finden sich bedenklich übereinstimmende Hinweise darauf, dass die Meisten der Inhaftierten, Verschwundenen und Gefolterten nicht aus den Reihen der Ovambo kamen.⁵⁴² Dementsprechend

⁵³² Über diese hielt Gatter (1990), S. 35, sehr zutreffend fest: „[...]von denen einige vor dem 1. 4. 1989 das Thema Menschenrechte höchstens vom Hörensagen kannten.“

⁵³³ Vgl. Ebd., S. 35.

⁵³⁴ Vgl. Hintze (2000), S. 12.

⁵³⁵ Gemeint ist das berüchtigte SWAPO- Lager in Lubango in Süd- Angola. Das Wort ist zum Synonym für die Vorgehensweise der SWAPO gegen ihre eigenen Mitglieder geworden. (T. M.)

⁵³⁶ Hintze (2000), S. 12.

⁵³⁷ Ebd., S. 12.

⁵³⁸ Vgl. Helbig, L.: Den Deckel ein wenig gelüftet, in: Namibische Passion. Chronik einer Debatte. Mitarbeiterbrief-Materialmappe der VEM Wuppertal 1997, S. 145.

⁵³⁹ Vgl. Weiland (1999), S. 25.

⁵⁴⁰ Vgl. Ebd., S. 25. Helbig/ Helbig IN Helbig/Helbig/medico international (1990), S. 6–10.

⁵⁴¹ Vgl. Ebd., S. 8: Nach dieser Quelle war die vorherige interne Tätigkeit, oft genug der Fluchtgrund, neu in SWAPO- Lagern angekommener Exilanten in mehreren Fällen schon ein Verdachtsmoment gegen diese.

⁵⁴² Vgl. Caplan (1990), S. 4; Ähnliches berichten auch Helbig/ Helbig (1990), S. 10. Cliffe et. al. (1994), S. 167, konstatieren „[...] it was argued that the majority of those detained and those who had still not been repatriated, were

wurde das Thema auch unterschiedlich aufgenommen: Während es in den Ovambo- Gebieten im Wahlkampf von 1989 überhaupt nicht auftauchte⁵⁴³, löste es im Süden des Landes von Beginn an große Aufregung aus.⁵⁴⁴

Ansprenger führt in diesem Zusammenhang mehrere mündliche Berichte an, denen zufolge „[...] bei den Herero, den Damara und den Nama und eigentlich allen Volksgruppen Namibias außerhalb der Ovambo die Tendenz überwog, den Rückkehrern zu glauben [...]“ und Vorwürfe gegen die SWAPO zu erheben.⁵⁴⁵

Gerade angesichts dieser Dimension, die wie in Kapitel 6.2.1. beschrieben ohnehin schon sehr heikel ist, bleibt festzuhalten, dass der hier von der SWAPO verfolgte Weg der Versöhnungspolitik offensichtlich nicht funktionieren kann. Daran ändert auch die nicht zu ignorierende tendenziöse, politisch motivierte Argumentation reaktionärer Kräfte nichts.

Die Situation ist im Laufe der Jahre zunehmend verfahren und der Weg aus der Sackgasse heraus damit immer schmaler geworden. Ein Eingeständnis wurde mit jedem Dementi schwieriger und unwahrscheinlicher und ist heute nicht mehr zu erwarten.

7. Fazit

Im Rahmen der in 2.1. erstellten „Typologie“ von Versöhnungspolitik nimmt die namibische Variante unbestritten eine Sonderstellung ein..

Sie zeichnet sich – im Vergleich mit den dort skizzierten Ansätzen – dadurch aus, dass sie weder auf eine Wahrheitskommission noch auf Strafverfahren oder Tribunale setzt. Stattdessen ist eines ihrer wesentlichen Merkmale die schon vor der Unabhängigkeit beschlossene Generalamnestie.

Im Unterschied zu Beispielen aus Lateinamerika stand in Namibia vor dieser nicht die Zwischenstufe einer ermittelnden Kommission; auch der in Südafrika praktizierte Weg eines Tauschs „Geständnis gegen individuelle Amnestie“ wurde als unzutreffend verworfen.

Während im Nachbarland die zentrale Bedeutung der Wahrheitsfindung – aus moralischen oder zweckgebundenen, „präventiven“ Gründen – betont und deren heilender Charakter hervorgehoben, kann der namibischen Versöhnungspolitik insgesamt nur eine Schlußstrich-Mentalität bescheinigt werden.

Dieser lagen allerdings durchaus ähnliche Absichten zugrunde: Der Blick nach vorne wurde nicht zuletzt mit der Begründung propagiert, statt der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit das Werk der zukünftigen Nationalen Einheit in Angriff zu nehmen. Angesichts der Größe dieser Aufgabe und der Dringlichkeit der anstehenden Probleme ist dies in gewisser Weise auch nachvollziehbar.

Zusätzlich erschwerend wirkte auch die enorme Fragilität des Transitionprozesses, die eine schnelle Konsolidierung verlangte.

Niemand wird ernsthaft bezweifeln, dass die Frage nach dem „richtigen Maß“ an Gerechtigkeit von grundlegender Bedeutung für die Versöhnung ist. Ihr aber von vorne herein, wie in Namibia geschehen, auszuweichen, rückt die dortige Politik „Nationaler Versöhnung“ eindeutig in die Nähe von von bloßem Augenschließen und Verdecken.

non- Ovambo especially from coloured, Damara, Nama and other communities in the south [...]“; Balch/ Scholten(1990), S. 89/ 90, sehen „[...] young intellectuals and members of non- Ovambo origin [...]“ als Haupt-Betroffene.

⁵⁴³ Vgl. Becker (1990), S. 37.

⁵⁴⁴ Vgl. Cliffe (1994), S. 167.

⁵⁴⁵ Ansprenger (1990), S. 18. – An der Stelle, an der er von der spezifischen zur verallgemeinernden Aussage übergeht, begibt sich Ansprenger dabei auf äußerst dünnes Eis. T. M.

Das Ziel, die Versöhnung in der politischen Kultur zu verankern, wurde und wird durch Denk- und Aussprechverbote sicherlich nicht erreicht; vielmehr sorgt das Fortbestehen von Tabus für einen belasteten, verkrampften Umgang mit der kollektiven Vergangenheit.

Dabei soll hier nicht ausgeklammert werden, dass die Einrichtung einer der TRC vergleichbaren Institution in Namibia zweifellos organisatorisch wesentlich schwerer gewesen wäre, hatten doch auf südafrikanischer Seite Viele derjenigen mit den schmutzigsten Händen 1990 bereits das Land verlassen. Ein Druckmittel, sie zu Geständnissen zu bewegen, bzw. einen Anreiz wie durch das Angebot der individuellen Amnestie, hätte höchstens in Zusammenarbeit mit der Regierung in Pretoria erreicht werden können. Dies wäre zum Zeitpunkt der namibischen Unabhängigkeit aber bestenfalls utopisch gewesen.

Die verfassungsmäßig garantierte Übernahme großer Teile der Apartheid- Rechtsprechung sicherte die Generalamnestie im Nachhinein ab; allerdings fehlte wohl auch beiden früheren Konfliktparteien der politische Wille zu einer anderen Lösung.

Was die SWAPO angeht, so ist bis heute der Vorwurf nicht verstummt, sie schiebe die Versöhnungspolitik nur vor, um dahinter ihre eigenen Verfehlungen zu verbergen. Da diese zweifellos stattgefunden haben und von der Regierung noch immer mit einem „Nicht- Berühren!“- Zaun aus Drohgebärden und aggressiver Rhetorik umgeben werden, ist er wohl auch berechtigt.

Zudem begibt sich die frühere Befreiungsbewegung in den Verdacht, Ziele wie die nationale Einheit und das Zusammenwachsen ehemals verfeindeter Gruppen zu instrumentalisieren, wenn die in diesen Fällen bemühten Szenarios à la 'Enthüllung der Vergangenheit kann nur zu Blutvergießen führen' allein Teil einer Verschleierungstaktik sind.

In jedem Fall aber ist es auffällig und kommt gerade beim Umgang mit dem 'detainees' issue' zur Geltung, dass die SWAPO einen Alleinvertretungsanspruch hinsichtlich Inhalt und Verlauf des Versöhnungsprozesses hegt.

Offensichtlich soll hier ein eher eindimensionales Täter-Opfer-Schema aufrechterhalten und die Sichtweise 'edle Befreiungsbewegung kämpft gegen unmenschliches Unterdrückersystem' konserviert werden. Demnach ist die SWAPO in der Position – und will dort um jeden Preis bleiben – Vergebung zu *gewähren*, nicht um sie zu bitten.

Dadurch werden die ehemaligen 'detainees' außerhalb der Versöhnungspolitik gestellt und vom Nationbuilding- Prozeß ausgeschlossen. Auf ihre Kosten verstößt die Regierung damit gegen ihren eigenen Anspruch der nationalen Einheit.

Ohne diese strikte Diskussionsverweigerung wäre dem Einwand nichts entgegenzusetzen, dass die Kriegsumstände für die Menschenrechtsverletzungen auf Seiten der SWAPO und auch für das 'spy drama' verantwortlich zu machen sind. So wenig das grausame Vorgehen gegen zahlreiche eigene Mitglieder an sich zu rechtfertigen ist, so klar ist andererseits, dass es sich dabei ursprünglich um eine Reaktion auf tatsächliche Infiltration durch die südafrikanische Regierung handelte.

Über das Dissidenten-Thema hinaus ist allerdings der Hauptkritikpunkt an der namibischen Versöhnungspolitik, dass ihre soziale, materielle Dimension weit hinter der moralischen zurücksteht. (Klargestellt werden sollte hier aber, dass sie sicherlich nicht konzipiert wurde, um der einen oder anderen politikwissenschaftlichen Definition zu genügen.)

G. Toetemeyer⁵⁴⁶ oder P.J. Isaaks⁵⁴⁷ haben den Anspruch einer praktischen, egalitären Komponente über die Jahre immer wieder geäußert, und die sozio-ökonomische Situation des Landes 1990 hätte zu grundsätzlichen Maßnahmen in diese Richtung bei allen Schwierigkeiten Anlaß gegeben.

So aber ist, mehr als ein Jahrzehnt später, Melber nur zuzustimmen, wenn er von „Versöhnungspolitik bis zur Selbstverleugnung“⁵⁴⁸ oder von der „Harmonisierung herrschender

⁵⁴⁶ Vgl. Toetemeyer, Gerhard: The Reconstruction of the Namibian National and Local State, Basel (ohne Jahresangabe), S. 10.

⁵⁴⁷ Vgl. Isaaks (1997), S. 54.

⁵⁴⁸ Melber, Henning: Versöhnungspolitik bis zur Selbstverleugnung? In: issa, Nr. 2/1991, S. 23/24.

Interessen“⁵⁴⁹ spricht oder die bisherige Entwicklung sinngemäß so zusammenfasst: Vom kontrollierten Wandel zur gewandelten Kontrolle.⁵⁵⁰

Ohne Zweifel hat die namibische Versöhnungspolitik die soziale Emanzipation des größten Teils der Bevölkerung nicht vorangetrieben, sondern eher den status quo zementiert.

Allerdings macht es sich bei weitem zu einfach, wer die kontinuierlich katastrophalen Lebensbedingungen und die fortbestehenden eklatanten sozialen Gegensätze einzig der Regierung in die Schuhe schieben will.

Dass in deren Fall auch Korruptiertheit und Machthunger eine Rolle spielten, soll hier gar nicht angezweifelt werden. Auch mag wohl z. T. der politische Wille zu wirklich tiefgreifenden Änderungen gefehlt haben.

Das Motto „Pragmatismus und harte Tatsachen“ sollte allerdings *im Ganzen* wörtlich genommen werden, sind doch letztere für den realpolitischen Pragmatismus verantwortlich, der die namibische Versöhnungspolitik kennzeichnet und für viele scheinbar so überraschend kam.

In dieser Arbeit sollte deutlich geworden sein, wie begrenzt der Handlungsspielraum war, der sich der Regierung bot, um überhaupt eigene Akzente zu setzen. Im Besonderen gilt dies natürlich gerade für die Politik der „Nationalen Versöhnung“.

Sich der Verbindlichkeit der Vorgaben durch Resolution 435 und die Verfassungsprinzipien der Kontaktgruppe zu beugen, war nicht mehr und nicht weniger als der einzige Weg, die Unabhängigkeit doch noch zu erreichen. Bis in die späten 1980er Jahre war diese in weite Ferne gerückt.

Der Preis dafür war, die Möglichkeiten, den Dekolonisierungsprozeß massiv zu beeinflussen, aus der Hand zu geben. Symptomatisch war die Tatsache, dass dieser durch Verhandlungen eingeleitet wurde, an denen die SWAPO noch nicht einmal teilnehmen durfte.

Der übrig gebliebene, stark eingeschränkte Raum ist dennoch gerade groß genug für einen unmöglichen Spagat. Diesen mußte die Regierung halten, um einerseits einen Exodus der Weißen zu verhindern und zunächst einmal die akute Gefahr zu bannen, die vom reaktionären Teil unter diesen ausging. Andererseits sah sie sich mit den Erwartungen und Hoffnungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und nicht zuletzt ihrer wichtigsten Wählerklientel, der Ovambo, konfrontiert. Wie sich schnell zeigen sollte, steht es sich zwischen weißer Angst und schwarzen Ansprüchen recht wacklig.

Die Zugeständnisse an die Weißen wurden von diesen allerdings nicht als solche verstanden und angenommen; der Schritt in ihre Richtung nicht als Signal aufgefaßt, sondern als Selbstverständlichkeit; und die Idee, dass die Täter ein längeres Stück auf dem Weg zur Versöhnung zurücklegen, vollkommen ignoriert.⁵⁵¹

Während sich unter der schwarzen Bevölkerung Kritik am moderaten Pragmatismus der Regierung breitmachte, haben weite Teile der Weißen die Zwickmühlensituation der SWAPO ausgenutzt und sich den Versöhnungsprozeß angeeignet, sei es mutwillig oder aus Gewohnheit.

Gegensätzliche Positionen zur Frage der „Nationalen Versöhnung“ innerhalb der Regierung lassen darauf schließen, dass das Thema auch intern durchaus das Potential für eine Zerreißprobe hatte.

Das „Eingeklemmtsein“ der SWAPO läßt sich von Anfang an in einem beständigen Hin-und-Her-Lavieren erkennen. Letztendlich ist das Pendel aber konstant in eine Richtung ausgeschlagen.

⁵⁴⁹ Melber: Krieg und Kriegsbewältigung ... (1991), S. 40: Gemeint sind die Interessen der alten ökonomischen und neuen politischen Eliten.

⁵⁵⁰ Melber, Henning: Befreiung und Demokratie im Süden Afrikas. Der Fall Namibia, in: afrika süd Nr. 3/2001, S. 14-17. Das Schlagwort 'kontrollierter Wandel' geht zurück auf die von Südafrika in den letzten Jahren vor 1990 initiierten Modifizierungen der Apartheid in Namibia, um die Unabhängigkeit des Landes zu verzögern, bzw. zu verhindern.

Siehe dazu auch Melber: Ten Years ... (2000), S. 166.

⁵⁵¹ Siehe dazu Melber: Politische Kultur ... (1993), S. 33: „Die Brücke, so scheint es mir, ist bisher von den Tätern nicht geschlagen worden.“

Die Macht des Faktischen stand wirklichen Umverteilungsmaßnahmen beständig im Weg. Dass sich der Versöhnungsprozeß auch auf sozio-ökonomischer, materieller Ebene niederschlagen sollte, wurde ständig gefordert, aber nie umgesetzt.

Vorausschauende Stimmen haben diese Lage schon 1989/1990 erkannt und richtig interpretiert, als sich viele westliche Beobachter noch in Lobeshymnen auf die liberaldemokratische Verfassung des Landes ergingen und sich freuten, dass das junge Namibia so gelehrig in die vorgefertigten Klamotten schlüpfte. Es sollte sich bald in einer Zwangsjacke wiederfinden ...

Mit dem erheblichen konkreten emanzipatorischen Defizit der Versöhnungspolitik steht auch die Zunahme radikaler Rhetorik in den ausgehenden 1990er Jahren in Verbindung. Das Verharren in der kolonialen Terminologie hat dabei zwei Dimensionen: Zum Einen ist es ein verbales Muskelspiel und, wie Melber festhält, eine Ersatzhandlung⁵⁵²: die wirklich dringenden Umverteilungsmaßnahmen sind nicht ergriffen worden und werden es wohl auch nicht.

Andererseits spiegelt eine solche Ausdrucksweise aber auch die (Weiter-) Existenz einer (neo-) kolonialen Konstellation wider. Sie wirkt auf den ersten Blick überholt, und ihr irrationaler Gebrauch diskreditiert sie in Teilen; beim genaueren Hinsehen finden sich aber durchaus Entsprechungen in der Realität.

Dass gerade in Krisensituationen das Projekt der nationalen Einheit durch eine Renaissance ethnischer und tribalistischer Bestrebungen gefährdet wird, erklärt sich aus der jüngeren Geschichte des Landes. Nach wie vor stellt dieses Problem ein noch nicht überwundenes Hindernis im Nation-Building-Prozeß dar. Zu den Fortschritten auf diesem Weg hat trotz aller Kritik auch die Versöhnungspolitik in formeller, symbolischer Hinsicht beitragen können. Sozialen und materiellen Ansprüche konnten sie dagegen nicht gerecht werden, geweckte Hoffnungen nicht erfüllen, und ist daher in diesem Bereich bisher als fehlgeschlagen zu bezeichnen. So bestätigt sich letzten Endes die einvernehmliche Meinung der Teilnehmer einer Podiumsdiskussion der NaDS, dass Nationale Versöhnung nach wie vor ein enorm komplexes Thema ist, das sehr viel Aufmerksamkeit fordert und im Sinn eines fortschreitenden Prozesses auch noch nicht abgeschlossen ist.

8. Literaturverzeichnis

- Africa Political Magazine: Who is Who. Namibia Today. Special Edition. Hrsg.: Kene B. Cisse. Windhoek 1992.
- African Policy Information Centre: Vergebung statt Vergeltung. Zur Entstehungsgeschichte der Wahrheitskommission. Nach einem Vortrag von Bronwen Manby (Human Rights Watch/ Africa, London), in: afrika süd Nr. 5/ 96, S. 10-12, Bonn 1996.
- Ansprenger, Franz: Die SWAPO als Regierungspartei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (A. P. U. Z.) B 8/ 1990, S. 14-23.
- Arnold, Guy: Five Years After, in: New African, No 338/1996, S. 29.

- Balch, Jeffrey/ Scholten, Jan- Nico: Namibian Reconsruction and Reconciliation: Putting the Horse before the Cart, in: Review of African Political Economy, No 49/1990, S.82-93.
- Bauer, Gretchen: Namibia in the First Decade of Independence: How Democratic? In: Journal of Southern African Studies, No 1/2001, S. 33-55.
- Becker, Joachim: Vor einem schwierigen Übergang. Kolonialwirtschaft wie aus dem Lehrbuch: Begrenzter Handlungsspielraum für ein unabhängiges Namibia, in: informationsdienst südliches afrika (issa) Nr.5/1989, S. 12-14.
- Becker, Joachim: Mit dem Wahlerfolg der SWAPO wurden die Weichen auf Unabhängigkeit gestellt. Ein Sieg für die gesamte Nation, in: Dritte Welt Nr. 1-2/1990, S. 36-39.

⁵⁵² Vgl. Melber: Which Way ... (2000), S. 3; siehe Kapitel 5.4.2.

- Behrens, Gerd: Im Kahn der Vergessenheit. Aus nationalistischem Schrot und Korn: Deutsche in Namibia, in: Süddeutsche Zeitung, SZ am Wochenende, 11./12. Januar 1992.
- Behrens, Gerd: Die Mühe beim Laufenlernen nicht zu stolpern. Konkurrenz unter den Schwarzen, alte Gegensätze zu den Weißen und die wirtschaftliche Krise behindern den Aufbau Namibias, in: Süddeutsche Zeitung, 30. 11. 1992.
- Behrens, Gerd: Ihr werdet in den großen Häusern auf der anderen Seite der Straße wohnen. Namibias helle Zukunftsvisionen und die düstere Realität des Alltags, in: Süddeutsche Zeitung, Beilage Nr. 49, 1. März 1994.
- Behrens, Gerd: Labor für Südafrika. Interview mit Ministerpräsident Hage Geingob, in: Süddeutsche Zeitung, Beilage Nr. 49, 1. März 1994.
- Bittorf, Susanne: Bundespräsident auf Afrika-Reise: Rau sorgt sich um Simbabwe, in: Süddeutsche Zeitung, 21. Januar 2002.
- Braun, Joachim: Versöhnung braucht Wahrheit. Der Bericht der südafrikanischen Wahrheitskommission. Gütersloh 1999.
- Brender, Reinhard: Es läuft besser als erwartet. Die Nachfahren der Kolonialherren Südwestafrikas fühlen sich in Namibia nicht unwohl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. September 1993.
- Brinkmann, Peter: Im Schatten der Apartheid. Interview mit Präsident Dr. Sam Nujoma, in: Süddeutsche Zeitung, Beilage Nr. 49, 1. März 1994.
- Burkert, Andreas: Fußball wird die Welt vereinen. Südkoreas Präsident Kim Dae Jung mahnt bei der Eröffnung der Weltmeisterschaft zur Versöhnung, in: Süddeutsche Zeitung, 1./2. Juni 2002.

- Cabral, Amilcar: Kurze Analyse der Sozialstruktur in 'Portugiesisch'-Guinea. Bremen 1983.
- Caplan, Gerald: Elections and After. In: Southern Africa Report, No 4/1990, S. 3/4.
- Chhabra, Hari Sharan: Tasks Facing SWAPO Leadership, in: Gupta, Vijay (Ed.): Independent Namibia. Problems and Prospects, Delhi 1990, S. 32-44.
- Cliffe, Lionel with Bush, Ray; Linsay, Jenny; Mokopakgosi, Brian; Pankhurst, Donna; Tsie, Bakfi: The Transition to Independence in Namibia. London 1994. Darin: Chapter 7: The Parties and the Issues, S. 145-179; Results and Explanations, S. 183-195.
- der überblick, Nr. 4/1995: Versöhnung als kollektiver Prozeß. Vom schwierigen Umgang Südafrikas mit seiner Vergangenheit. Interview mit Dullah Omar, S. 110/ 111.

- Dobell, Lauren: The Legacy: SWAPO in Office, in: Leys, Colin/Saul, John S.: Namibia's Liberation Struggle: The Two-Edged Sword, London 1995, S. 171-190.
- Dobell, Lauren: Namibia's wall of silence, in: Southern Africa Report, No 4/1996, S. 30-33.
- Dobell, Lauren: The Ulenga Moment. Swapo and Dissent, in: Southern Africa Report, No 1/1998, S. 3-8.
- Dobbye, B.: Das Parteiensystem in Namibia, in: KAS-Auslandsinformationen, Nr.12/1995, Hrsg. Josef Thesing, Konrad- Adenauer- Stiftung, S. 49-52.
- Doerfler, Kordula: Schwierige Suche nach Wahrheit: Eine Zwischenbilanz der Wahrheitskommission, in: afrika süd Nr. 5/1996, S. 8-10.
- Dollie, Na-Iem/Strauss, André: To Be Born A Nation. A Critique, in: Dollie: A Political Review of Namibia. Nationalism in Namibia, Windhoek 1998, S. 135-148.
- du Pisani, André: Namibia: A Nation In The Making. in: South Africa International, No 4/1990, S. 195-204.
- du Pisani, André: Rumours of rain. Namibia's post-independence experience, in: Africa Insight, No 3/1991, S. 171-179.
- du Pisani, André: Limited Choice: The 1994 national and presidential elections in Namibia, in: ai Bulletin, No 1/1995, S. 1-4.

- Erasmus, Gerhard: Is There enough Consensus for Namibia's Constitution? In: International Affairs Bulletin, No 3/1990, S. 34-42.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 9. 1995: SWAPO bekennt sich zu Marktwirtschaft. Kabinettsumbildung in Namibia - Kaum Reaktionen auf Investitionsanreize.
- Frankfurter Rundschau, 18. Mai 2000: Interview mit dem Oppositionspolitiker Ben Ulenga.

- Mayr, Gaby/Beyer, Günther: Autowracks am Straßenrand und leere Kassen, in: Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 1992.
- Friedrich-Ebert-Stiftung/Venter, Minnie (Compiler): Konferenzbericht „Reconstruction and Reconciliation: Critical Choices for Southern Africa“, Windhoek 1991.
- Frommlet, Wolfram: Die einen haben die Freiheit – die anderen haben das Land. Namibia im dritten Jahr der Unabhängigkeit. In: issa Nr. 4/1992, S. 8-10.
- Gawanas, Bience: „Wir können vergeben, aber nicht vergessen.“ Plädoyer für eine Vergangenheitsbewältigung in Namibia, in: issa Nr. 4/1990, S. 34/ 35.
- Gatter, Frank: Die ersten zweihundert Tage, in: issa Nr. 6/1990, S. 31-35.
- Gellner, Ernest: Nation Building, in: Bogdano, Veron (Ed.): The Blackwell Encyclopaedia of Political Science, Oxford/Cambridge, Massachusetts, 1987/1991, S. 379-381.
- German- Namibian Foundation for Cultural- Co-operation (NaDS): Report on Panel Discussion: Reconciliation as an Ethical or Religious Value, Windhoek 2000.
- Germund, Willi. Angst der weißen Bauern vor der Reform. Namibias Regierungspartei Swapo hofft auf eine Zweidrittelmehrheit bei den heute beginnenden Wahlen. 44% des kommerziell genutzten Landes soll umverteilt werden, in: taz, 7. Dezember 1994-
- Glover, Susan K.: Namibia's Recent Election: Something New or Same Old Story? In: South African Journal of International Affairs, No 2/ 2000, S. 141-149.
- Government Gazette, No 16579/1995: Truth and Reconciliation Commission.
- Groth, Siegfried: Gedenken oder vergessen. Der Umgang mit den Swapo- Dissidenten und Vermissten, in: issa Nr. 2/1993, S. 29-31.
- Groth, Siegfried: Namibische Passion. Tragik und Größe der namibischen Befreiungsbewegung, Wuppertal 1995.
- Hailonga, Pandu: Drachen im Keller. Versöhnung und <<Kultur des Schweigens>> in Namibia, in: afrika süd, Nr. 3/1996, Seite 18.
- Halbach, Axel: Politische Eskapaden vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Stagnation, wachsender Armut und sozialer Ungleichheit. Sonderdruck aus ifo-Schnelldienst Nr. 4/1999, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.
- Handelsblatt, 12. Oktober 1994: Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Die Wirtschaft wird nach wie vor von den Weißen dominiert. Die Swapo muß noch ihre alten Versprechen einlösen.
- Hansohm, Dirk/Presland, Cathy: Poverty, Inequality and Policy in Namibia. The state of knowledge and the way ahead in poverty research, in: NEPRU (The Namibian Economic Policy Research Unit): In Search of Research. Approaches to socio- economic issues in contemporary Namibia. Papers presented at a NORAD- sponsored workshop of: the Chr. Michelsen Institute (CMI); the Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU) and the Social Science Division (SSD) of the Multidisciplinary Research Centre at the University of Namibia. Windhoek 1999, S. 51-94.
- Hansohm, Dirk: Macro- Economic Framework, in: Melber, Henning: Ten Years of Independence, Windhoek 2000, S. 19-26
- Haspel, Annelie: Kontinuität oder Wandel: Das besondere Verhältnis der Deutschen zu Namibia. Hamburg 1995.
- Helbig, Helga und Ludwig: Die soziale Ungleichheit muß ausgeglichen werden, in: issa, Nr. 1/1993, S. 30-32.
- Helbig, Helga und Ludwig: Die schwierige Rückkehr aus dem Exil, in: issa Nr. 2/1993, S. 32.
- Helbig, Helga und Ludwig/ medico international: Menschenrechtsverletzungen der SWAPO. Eine Auseinandersetzung, Frankfurt am Main 1990.
- Helbig, Ludwig: Den Deckel ein wenig gelüftet, in: Helbig, Helga und Ludwig/ medico international: Menschenrechtsverletzungen der SWAPO. Eine Auseinandersetzung, Frankfurt am Main 1990, S. 144/145.
- Hintze, Rolf- Henning: Visionen braucht das Land. Interview mit Tsudao Gurirab, in: afrika süd, Nr. 2/1999, S. 8-10.
- Hintze, Rolf-Henning: Heimkehr in ein armes Land. Ex-Botschafter Ulenga gründet in Namibia neue Partei. Der Regierung in Windhoek Nepotismus vorgeworfen, in: Frankfurter Rundschau, 3. Mai 1999.

- Hintze, Rolf- Henning: Abweichende Meinung nicht als legitim verstanden. Interview mit André du Pisani, in: afrika süd Nr. 1/2000, S. 10-12.
- Hopwood, Graham: Drought devastes communal farms, in: Namibia. Development Briefing. The Voice of the Namibian Non-Governmental Organisation Forum, No's 1-2/1992, S. 2.
- ICLTD: Models of National Reconciliation. A Summary, via Internet: <http://www.icltd.org/reconcile.htm> (20. April 2002).
- ICLTD: What is The ICLTD?, via Internet: <http://www.icltd.org/whatis.htm> (20. April 2002).
- Informationsstelle Südliches Afrika (issa): Der Krieg und seine Folgen wurden uns aufgezwungen. Erklärung von Präsident Sam Nujoma im namibischen Fernsehen am 6. März 1994, in: issa, Nr. 2/1996, Seite 24.
- Informationsstelle Südliches Afrika: Der Kongreß der Demokraten, in: afrika süd, Nr. Nr. 2/1999, Seite 9.
- Informationsstelle Südliches Afrika (issa): Archivmaterial: Kategorie B4/ Datum 2. 4. 2001, Thema Rechtsalltag, Schlagwörter NSHR- Erklärung.
- B4/ 31. 3. 2001/ Rechtsalltag/ NSHR Pressemitteilung Schwule Lesben.
- B4/ 8. 9. 2000/ Rechtsalltag/ Innenminister Ekandjo greift Richter an.
- Jauch, Herbert M.: Affirmative Action in Namibia. Redressing the imbalance of the past? Windhoek 1998.
- Jenrich, Holger: Deutschtum gedeiht in der Wüste. Teutonische Unglaublichkeiten in Namibia, in: Frankfurter Rundschau, 22. Mai 1993.
- Jenrich, Holger: Man spricht deutsch, in: taz, 23. April. 1994.
- Jere- Malanda, Regina: The tribe Germany wants to forget, in: New African, No 385/2000, S. 17-21.
- Kelly, Sean: Constructing a New Nation, in: Africa Report, July/August 1990. S. 28-30.
- Keulder, Christiaan: Epango und der Staat. Schwarze Sheriffs in Hereroland, in: issa Nr. 3/1994, S. 15/16.
- Köbller, Reinhard: Test für Demokratie. Swapo geht gestärkt aus Regional- und Kommunalwahlen hervor, in: issa Nr. 1/1993, S. 27-29.
- Köbller, Reinhard: Bricht die Mauer des Schweigens? In Namibia sind Menschenrechtsverletzungen und Verschwundene wieder ein Thema, in: afrika süd Nr. 2/ 1996, Seite 23/25.
- Lemberg, Eugen: Nationalismus. Band 2, Hamburg 1964
- Lenaerts, Johnny: Bring back a bit of socialism, in: Analyse und Kritik, Nr. 345/ 1992, S. 26/27.
- Leskien, Jürgen: Ein treuer deutscher Reiter unter fremdem Himmel. Namibias Fußnoten zur Geschichte, in: Freitag, 20. Januar 1995.
- Lessing, Hanns: Biltong und Pap. Wahlen in Namibia zementieren Swapo- Herrschaft, in: afrika süd, Nr. 1/2000, Bonn. S. 8-10.
- Leys, Colin/Saul, John S.: Introduction, in: Leys/Saul: Namibia's Liberation Struggle: The Two-Edged Sword. London 1995, S. 1-15.
- Lindeke, William/ Wanzala, Winnie/ Tonchi, Victor: Namibia's Election Revisited, in: Politikon. South African Journal of Political Studies, No 2/1992, S. 121-136.
- Lüdemann, Adolf: Wenn die Toten wieder reden, in: taz, 21. März 1996.
- Malan, John: The foundations of ethnicity and some of its current ramifications in Namibia, in: Africa Insight, No 4/1993, S. 205-207.
- Maletsky, Christof: Farmers urged to assist on land reform, in: The Namibian 14 September 2001, via Internet: <http://www.namibian.com.na/2001/September/news/0112D1178FE.html> (20. April 2002).
- Marais, Hein: Heilung der Nation? Oder neue Erfindung der Vergangenheit? Ein Kommentar, in: afrika süd, Nr. 5/1996, Seite 13/14.

- Margalit, Avishai: Gedenken, Vergeben, Vergessen, in: Smith, Gary/ Margalit: Amnestie oder Die Politik der Erinnerung in der Demokratie, Frankfurt am Main, S. 192-205.
- Melber, Henning: Die Dekolonisierung Namibias, in: Jahrbuch Dritte Welt 1990. Daten, Übersichten, Analysen. Hrsg.: Deutsches Übersee-Institut Hamburg, München 1989, S. 203-223.
- Melber, Henning: Krieg und Kriegsbewältigung in Namibia. Wir können vergeben, aber nicht vergessen. Aktuelle Informations-Papiere zu Entwicklung und Politik Nr. 15. Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg 1991.
- Melber, Henning: Versöhnungspolitik bis zur Selbstverleugnung? Namibia nach einem Jahr Unabhängigkeit, in: issa, Nr. 2/1991, S. 23-24.
- Melber, Henning: Demokratie kann man nicht essen. Namibias Versöhnungspolitik auf dem Prüfstand, in: der überblick, Nr. 1/1992. S. 58-60.
- Melber, Henning: Politische Kultur und Versöhnung, in: issa, Nr. 1/1993, S. 33/ 34.
- Melber, Henning: Namibia, in: Handbuch der Dritten Welt. Herausgegeben von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler, Band 5: Ostafrika und Südafrika, Bonn 1993, S. 401-415.
- Melber, Henning: Hart am Wind. Namibias Last mit der Bürokratie, in: issa, Nr. 4/1994, S.23/24.
- Melber, Henning: Namibias nachkolonialer Alltag: Eine „Befreiungsbewegung an der Macht“, in: Jahrbuch Dritte Welt 1998. Daten, Übersichten, Analysen. Herausgegeben von Joachim Betz und Stefan Brüne. Deutsches Übersee- Insitut Hamburg, München 1997. S. 95-112.
- Melber, Henning: Musterbeispiel oder Normalfall: Ein Jahrzehnt nachkolonialer politischer Herrschaft in Namibia, in: Vereinte Nationen Nr. 5/2000. Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, S. 168-172.
- Melber, Henning: The Culture of Politics, in: Melber: Ten years of Independence, Windhoek 2000, S. 165-210.
- Melber, Henning: The Politics of Nation- Building. A Theoretical Introduction, in: Melber: Ten Years of Independence, Windhoek 2000, S. 1-13.
- Melber, Henning: Liberation and Democracy in Southern Africa: The Case of Namibia, in: Melber/Saunders, Christopher: Transition in Southern Africa – Comparative Aspects. Two Lectures. Nordiska Afrika Institutet, Discussion Paper No 10, Uppsala 2001, S. 17-25.
- Melber, Henning: Befreiung und Demokratie im Süden Afrikas. Der Fall Namibia, in: afrika süd, Nr. 3/2001, S. 14-17. Deutsche Übersetzung von Britta Döpp.
- Melber, Henning: Which Way, Namibia? In: The Namibian Community, 29 September 2000, via Internet: <http://community.namibian.com.na/WebX?50@141BDF1aG3MaLv^0@.ef269fe> (20. April 2002).
- Meredith, Martin: Coming to terms. South Africa´s search for truth, New York 1999.
- Möllers, Hein: Umstrittene Ernennung. Ex- Sicherheitschef der Swapo soll Heereskommando übernehmen. in: issa, Nr. 6/1990, S. 36.
- Möllers, Hein: Der Caprivi, in: afrika süd, Nr. 1/1999, S. 24/25.

- Namibia – Constitution, via Internet:
- <http://www.uni-wuerzburg.de/law/wa00000.html> (20. April 2002).
- News Round-Up, in: Namibia. Development Briefing . The Voice of the Namibian Non-GovernmentalOrganisation ForumBriefing, No´s 1-2/1992, S. 10.
- Nanyeni, Saima: The ticking bomb, in: New African, No 390/2000, S. 25.
- New African: After Nujoma Who? In: New African, No 352/ 1997, S. 22.
- Neue Zürcher Zeitung, 2./3. Oktober 1994: Bodenreform als Wahlkampfthema in Namibia.
- Neue Zürcher Zeitung, 11. Juli 1997: Namibias alte Kämpfer werden ungeduldig. Unerfüllte Versprechen von Präsident Nujoma.

- Oyowe, Augustin: Namibia. Status Quo and National Reconciliation, in: The Courier, No 135/ 1995, S. 32/33.
- Oyowe, Augustin: Struggling for the ´economic empowerment ` of Namibians. An interview with President Sam Nujoma, in: The Courier (s.o.), S. 34-36.

- Potgieter, P. J. J. S.: The Resolution 435 Election in Namibia,in: Politikon. South African Journal of Political Studies, No 2/ 1991, S. 26-44.

- Pottas, Marietjie: *The Namibian Way*. Foreword by the First Lady, Mrs. Kovambo Nujoma, Windhoek 1991.
- Preston, Rosemarx: *Integrating Fighters After War: Reflections on the Namibian Experience, 1989 – 1993*, in: *Journal of Southern African Studies*, No 3/1997, S. 453-472.
- Rosenberg, Tina: Foreword/Afterword: Confronting the painful past, in: Meredith, Martin: *Coming to terms. South Africa's search for truth*, New York 1999, S. Vii-Xii/327-358.
- Rüdiger, Klaus H.: *Die Namibia- Deutschen. Geschichte einer Nationalität im Werden*, Stuttgart 1993.
- Ruffert, Michael: Williger Verkäufer, williger Käufer. In Namibia soll das Farmland ohne Enteignungen nach streng rechtsstaatlichen Prinzipien neu verteilt werden, in: *Frankfurter Rundschau*, 6. März 2001.
- sadec- Brief 4/1993: Namibia in den 90er Jahren, in: *issa*, Nr. 5/1993, S. 1-4.
- Saunders, Christopher: *From Apartheid to Democracy. Namibia and South Africa Compared*. BAB Working Paper No 3, Basel 1998.
- Saunders, Christopher: *From Apartheid to Democracy in Namibia and South Africa. Some Comparisons*, in: Melber, Henning/Saunders: *Transition in Southern Africa – Comparative Aspects. Two Lectures*. Nordiska Afrika Institutet, Discussion Paper No 10, Uppsala 2001, S. 5-16.
- Saxena, S.C.: *Guiding Principles for Constitution Making*, in: Gupta, Vijay: *Namibia. Problems and Prospects*, Delhi 1990, S. 45-56.
- Schade, Klaus: *Poverty*, in: Melber, Henning: *Ten Years of Independence*, Windhoek 2000, S. 111-123.
- Schmidt- Lauber, Brigitta: „Die verkehrte Hautfarbe.“ Ethnizität deutscher Namibier als Alltagspraxis, Berlin/ Hamburg 1998.
- Shalunga, John: Gefährliche Arroganz. Ein Bürger aus Katutura warnt vor Überheblichkeit der Weißen, in: *issa*, Nr. 2/1991, S. 25/26. Abdruck des Leserbriefs von John Shangula im „Windhoek Advertiser“ 12. Januar 1991: *How the Black Citizens of Namibia View the Presidential Guard*. Deutsche Übersetzung von Werner Hillebrecht.
- Shigweda, Absalom: Nujoma ignites a race row, in: *In New African*, No 367/ 1998, S. 25.
- Simon, David: *Independent Namibia One Year On*. Research Institute for the Study of Conflict and Terrorism (RISCT), 1991.
- Simon, David: *Namibian Elections: SWAPO Consolidates its Hold on Power*, in: *Review of African Political Economy*, No 83/ 2000, S. 113-115.
- Simpson, Graeme/Van Zyl, Paul: Amnestie, keine Amnesie. Die Kommission für Wahrheit und Versöhnung, in: *issa*, Nr. 4/1995, S. 10-12.
- Smith, Gary: Ein normatives Niemandsland? Zwischen Gerechtigkeit und Versöhnungspolitik in jungen Demokratien, in: Smith/Margalit, Avishai (Hrsg.): *Amnestie oder Die Politik der Erinnerung in der Demokratie*, Frankfurt am Main 1997. S. 11-20.
- Strand, Per: *SWAPO and Nation Building in Namibia. Transfer of Power in the Post- Communist Era*. Discussion Paper No 8, Namibian Institute for Social and Economic Research, Uppsala 1991. Darin: S. 44-56: *From Liberation Struggle to Nation Building*.
- *Süddeutsche Zeitung*, 30. 11. 1993: Regierungskrise in Namibia. Versöhnungspolitik gefährdet. Präsident Nujoma entlässt Agrarminister Wietersheim.
- *Süddeutsche Zeitung*, 27. Oktober 1994: Streit um Landreform in Namibia. Weiße Farmer werfen der Regierung Vertrauensbruch vor.
- *Südwest LB: Länderbericht Namibia*, Stuttgart 1992.
- SWAPO: Politisches Programm der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) von Namibia. Verabschiedet auf der Tagung des Zentralkomitees vom 28. Juli bis 1. August 1976 in Lusaka (Sambia), Lusaka 1976.
- SWAPO: Satzung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) von Namibia. Verabschiedet auf der Tagung des Zentralkomitees vom 28. Juli bis 1. August 1976 in Lusaka (Sambia), Lusaka 1976.
- SWAPO: *To Be Born A Nation*, London 1981.
- SWAPO: *Better Opportunities for all Namibians. Election Manifesto 1994*, Windhoek 1994.

- Staby, Hans-Erik: „Reconciliation, Unity and Ethnicity“, via Internet:
<http://community.namibian.com.na/WebX?50@141.BDF1aG3MaLv^@ef267fe> (20. April 2002).
- Tapscott, Chris: Land Reform in Namibia. Why Not? In: Southern Africa Report, No 3/ 1994, S. 3-6.
- Tapscott, Chris: The Autocratic Temptation. Politics in Namibia Now, in: Southern Africa Report, No 3/1997, S. 3-6.
- Toetemeyer, Gerhard: Reconstruction of the Namibian National and Local State (unveröffentlicht, Eigentum der Basler Afrika-Bibliographien).
- Toetemeyer, Gerhard: Versöhnung in einer ethnisch- pluralen Gesellschaft. In: Afrikanischer Heimatkalender. Windhoek 1996, S. 51-55.
- Toetemeyer, Hans- Günther: Die Entwicklung Namibias seit der Unabhängigkeit, in: internationales Afrikaforum Nr. 1/1997, S. 377-385.
- Thomsen, Sigrid: Dünner Boden für demokratische Kultur. Konferenz zog Bilanz über Namibias Entwicklung nach 9 Jahren Unabhängigkeit, in: afrika süd, Nr. 5/1999, S. 14-15.
- Tomuschat, Christian: Die Verfassung Namibias, in: Vereinte Nationen Nr. 3/1990, S. 95-100.
- Tutu, Desmond: Vorwort, in: Braun, Joachim: Versöhnung braucht Wahrheit Der Bericht der südafrikanischen Wahrheitskommission, Gütersloh 1999, S. 22-30.
- Venter, Minnie/ Friedrich-Ebert-Stiftung: Reconstruction and Reconciliation. Critical Choices for Southern Africa, Windhoek 1991.
- Verbaan, Mark: Opening A New Chapter, in: Africa Report, No 2/1990, S. 25-28.
- Vereinigte Evangelische Mission: Namibische Passion. Chronik einer Debatte. Mitarbeiterbrief-Materialmappe, Wuppertal 1997.
- von Lucius, Robert: Die nationale Versöhnung ist tot, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 1996.
- Weiland, Heribert: Demokratie und nationale Entwicklung in Namibia. Eine Zwischenbilanz nach zweieinhalb Jahren Unabhängigkeit. In: Afrika - Spectrum 27 (1992). Herausgegeben vom Institut für Afrika- Kunde (IAK), Hamburg. S. 273-299.
- Weiland, Heribert/Braham, Matthew (Eds.): The Namibian Peace Process: Implications for the Future. A review of an international conference jointly organized by the Arnold Bergstraesser Institute and the International Peace Academy, 1–4 July 1992, Freiburg 1994.
- Darin: Chapter VII: The Constitutional Process and the Challenge of National Reconciliation. S. 163-178.
- Weiland, Heribert: Landslide Victory for SWAPO in 1994. Many New Seats But Few New Votes, in: Journal of Modern African Studies No 33/1995. S. 348-357.
- Weiland, Heribert: Verfassung und Verfassungsgrenzen in der Dritten Welt: der Fall Namibia, in: Nord-Süd aktuell Nr. 1/1996, S. 93-101.
- Weiland, Heribert: Namibias Demokratie auf dem Prüfstand: Ist das Experiment gescheitert? In: A.P.U.Z. B 27/1999, S. 21-29.
- Weinbrenner, Dietrich: Die vertagte Landreform, in: afrika süd, Nr. 2/1995, S. 9-12.
- Werner, Wolfgang: Zum Besseren – zum Schlechteren. Die Landreform in Namibia, in: afrika süd, Nr. 2/1998, S. 31/32.
- Werner, Wolfgang: Machtkontrolle und Armutsbekämpfung. Landfrage in Namibia, in: afrika süd, Nr. 5/2000, S. 9-12.
- Werner, Wolfgang: Agriculture and Land, in: Melber, Henning: Ten Years of Independence, Windhoek 2000, S. 29-44.
- Wölle, Reinald: Zündstoff im Caprivi, in: afrika süd, Nr. 1/1999, S.23-27.